

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 4. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Arbeitswilligenschutz.

In entsetzlicher Weise häufen sich die Fälle, in denen Streikbrecheragenten, die zu Mördern geworden, von den bürgerlichen Gerichten freigesprochen werden, und das Bürger-tum nimmt dieses Zeugnis, daß der Rechtsinn der bürger-lichen Welt so völlig abhanden gekommen ist, gleichgültig hin. Ja noch mehr! Es macht sich durch das Gesetz nach immer mehr Arbeitswilligenschutz mit verantwortlich für die Taten der Mörder und Kowidies wie für die milden Richter-sprüche, die zu immer neuen Untaten aufreizen müssen.

Daß die Unternehmer sich mit ihren Mietlingen, den Keilings und Brandenburgs, solidarisch fühlen, das ist ja schließlich nicht so wunderbar. Wie kommt es aber, daß auch jene bürgerlichen Schichten, die an der Niederknüppelung der Arbeiterbewegung nicht so unmittelbar interessiert sind, gleich-falls in den arbeitswilligen Verrätern Mätyrer und Helden sehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein Vortrag, den der Heidelberger Universitätsprofessor Alfred Weber kürzlich ge-halten hat und der jetzt als Broschüre unter dem Titel „Arbeitswilligenschutz“ bei Reinhardt in München erschienen ist.

Weber meint — freilich viel zu optimistisch — das deutsche Bürgertum erkenne das Recht der Arbeiter auf Organisation an. Aber ebenso heilig dünkt ihnen die persönliche Freiheit des einzelnen, seiner Ueberzeugung gemäß zu handeln; also, wenn es ihm beliebt, jeder Organisation fernzubleiben, sich den Be-schlüssen der Organisation nicht zu unterwerfen, an ihren Aktionen, zum Beispiel an einem Ausstand, nicht teil-zunehmen. Diese Freiheit hält das Bürgertum für bedroht. In Müttern, wie denen Brandenburgs oder Keilings, glaubt es, „den Notthier Terrorist“, von ihren Mitarbeitern Ver-gewaltigter“ zu vernehmen. Der „Schutz der Arbeitswilligen“, das ist den bürgerlichen Ideologen der Schutz der persönlichen Freiheit für Leute, „die zum Streik gezwungen werden, während sie verdienen wollen, die in die Organisation hinein-gepreßt werden, während sie selbständig bleiben wollen“. Die Forderung der Unternehmer scheint auch den Unbeteiligten begründet, weil sie an das „Freiheitsempfinden der Allge-meinheit“ appelliert. Aber wenn die bürgerlichen Ideologen den Kampf um den „Schutz der Arbeitswilligen“ für einen Kampf um die Freiheit des einzelnen halten, unterliegen sie auch nach Webers Ansicht einer groben Täuschung.

Die Wirklichkeit, in der die Forderung nach dem Schutze der „Arbeitswilligen“ steht, ist, so sagt Weber, „nicht der Kampf zwischen organisierten und nichtorganisierten Ar-beitern, sondern der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“. In diesem Kampfe haben sich in letzten Jahr-zehnt die Machtverhältnisse zum Nachteil der Arbeit ver-schoben. Stand in den neunziger Jahren der organisierten Arbeiterschaft noch ein unorganisiertes Unternehmertum gegen-über, so ist heute die Organisation des Unternehmertums der Arbeiterorganisation überlegen. Das Unternehmertum sucht jetzt die Organisation der Arbeiter zu schwächen, womöglich zu zerkleinern. Zu diesem Zwecke sucht es durch die Schwär-zung der Listen die ihm unbequemen Arbeiter von den Be-trieben fernzuhalten; durch die Monopolisierung des Arbeits-nachweises in den Händen der Unternehmerverbände gefügiges Arbeitermaterial den Unternehmern bereitzustellen; schließlich dieses Material der „Arbeitswilligen“ in Scheinorganisationen zusammenzufassen, „die vom Unternehmer subventioniert und be-zahlt werden und die also eine wirkliche Herrschafts-dependance des Kapitals innerhalb der Sphäre der Arbeiter repräsentieren“. Diese Scheinorganisationen sind die gelben Gewerkschaften. Und Sie wissen“, fügt Weber hinzu, „wie zur Verhüllung des eigentlichen Vor-ganges eine eigene patriotische Ideologie geschaffen worden ist als fruchtbarer Mantel um die mageren Knochen dieses kapitalistischen Kaufgeschäfts.“

Aber diese Mittel kapitalistischer Selbsthilfe genügen dem organisierten Unternehmertum nicht. Es verlangt die Hilfe der Gesetzgebung. Zwar wagen die Unternehmerver-bände nicht, die förmliche Aufhebung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu verlangen. Aber sie wollen die tatsächliche Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich machen. Zu diesem Zwecke verlangen sie, daß die Aufstellung von Streik-punkten verboten werde, damit die Gewerkschaften nicht kon-trollieren können, ob die Genossen an dem Solidaritätsbeschlusse festhalten, und damit sie nicht an das Solidaritätsgefühl der Unorganisierten appellieren können. Zu demselben Zwecke verlangen sie, daß alle Vertrauensmänner der Gewerkschaften stets von dem Fallbeil verschärfter Strafbestimmungen, vor allem des Erpressungsparagrafen, bedroht werden, damit die tatsächliche Ausübung des Koalitionsrechtes möglichst erschwert werde. So soll die Arbeiterschaft wehrlos dem erstarkten Unternehmertum ausgeliefert werden. So wollen die Unter-nehmerverbände, wie Weber sagt, „einen wirtschaft-lichen Kulstaaat aufrichten, in dem der Zwang gilt und nicht die Freiheit; einen Wirtschaftstaaat autoritärer Art, der, wenn er erst einmal konstituiert ist, auch unsere allgemeinen politischen und geistigen Verhältnisse mit seinen Zwangstendenzen durchsetzen müßte“. Der Kampf gegen den „Terrorismus“ der Arbeiter, der Kampf um den Schutz der „Arbeitswilligen“ wird von den Unternehmerverbänden für einen Kampf um die Freiheit des

einzelnen ausgegeben und viele Unbeteiligte sind ununter-richtet genug, ihn dafür zu halten. In Wirklichkeit aber ist er ein Kampf um die Auslieferung einer wehrlos zu machenden Arbeiterschaft unter die schrankenlose Herrschaft des Kapitals.

Wir leben im Zeitalter der Organisation. Und keine Or-ganisation kann Zwangsmittel entbehren. Weber erinnert an das vortreffliche Buch über den „Organisationszwang“, in dem Herr Restner, heute ein höherer Beamter im Reichs-amt des Innern, den Nachweis geführt hat, welcher Zwangs-mittel sich die Kartelle und Unternehmerverbände im Kampfe gegen die nichtorganisierten Unternehmer bedienen. „Da gibt es die Materialsperr, die diese Außenstehenden von der Roh-stoffseite her ausschloß, da steht die Kreditentziehung zur Verfügung, bei der man ihnen mit Hilfe der verbündeten Banken das goldene Blut des Kapitals aus den Adern saugt, da ist die Abzäpfung, die ihnen die Lusträume ihres Atmens in der Verwertungs-sphäre nimmt. Und hat man so den Außenstehenden in die Organisation gezogen, so stehen Konventionalstrafen, Wechelhinterlegungen und ähnliche Dinge zur Verfügung, durch die Abtrünnigkeit empfindlich gestraft werden kann.“ Viel schlimmer sind die Arbeiter gestellt. Ihnen fehlen wirtschaftliche Nachmittel gegen die Unorganisierten. Ihre einzige gesetzliche Waffe ist der Appell an das Solidaritätsgefühl. Ist es also schon in den wirt-schaftlichen Verhältnissen begründet, daß den Organisations-tendenzen der Arbeiter weit stärkere Hindernisse entgegen-treten, als denen der Unternehmer, so wird diese Ungleichheit durch die Gesetzgebung und die Rechtsprechung noch vergrößert. Der Organisationszwang der Unternehmer wird als rechts-verbindlich anerkannt. Den Koalitionen der Arbeiter verweigert das Gesetz jede Rechtskraft. Die Gerichte behandeln den „Arbeitswilligen“ milder als den Streikenden. Der Terror der Unternehmer bleibt straflos; der Terror der Ar-beiter wird als Erpressung bestraft.

Wenn die unbeteiligte Öffentlichkeit diese Tatsachen er-kennt, wird sie, so hofft Weber, nicht mehr den Unternehm-erverbänden in die Hölle gehen, sich den Kampf um schranken-lose Herrschaft des Kapitals nicht mehr als einen Kampf um die persönliche Freiheit ausschauen lassen. Die öffentliche Meinung muß endlich erkennen, welche Rolle die Unorganisierten im Klassenkampf spielen. „Es gilt der öffentlichen Mei-nung klarzumachen“, sagt der Heidelberger Gelehrte, „daß der alte Standpunkt, als ob der nichtorganisierte Ar-beiter ein gleichwertiges und gleich anzu-erkennendes Element neben den Organi-sierten sei, verkehrt ist. Schon immer ist in Wahr-heit dieser Mensch nicht das wertvolle Subjekt der Phantasie gewesen. Schon immer ist er derjenige gewesen, der keine Aufopferungsfähigkeit gehabt hat, der von der Aufopferung, von dem Kampfe der anderen pro-fitiert hat, ohne auch nur die regelmäßigen Lasten und Bei-träge zu übernehmen, die die anderen leisten; der indolente, indifferente Egoist, der kein Korporationsbewußtsein und keinen Mut besitzt. Heute aber ist er noch etwas Schlim-meres. Heute ist er derjenige, der durch einen sorgfältig ausgebildeten Apparat des Unternehmertums gekauft wird, der durch diesen Apparat hierhin und dorthin dirigiert wird, der sich dazu bemüht, die Selbstbehauptungsinter-essen seiner Klasse systematisch zu zerstören. Heute muß die Öffentlichkeit endlich zu einem neuen Standpunkt kommen, der es als eine Selbstverständlichkeit ansieht, daß sich die Arbeitskraft jeder Arbeitssphäre irgendeiner Or-ganisation anschließt. Zu das nicht geschehen, so ist der Mensch heute in die großen Organisationsgebilde, von denen unser Leben aufgebaut ist, nicht eingegliedert. Er ist dann einfach nicht in der notwendigen Weise in unser heutiges Dasein eingestellt.“

Aus dieser Erkenntnis nun zieht Weber folgende Schlüsse: „Den schädlichen Druck, der daraus abzielt, die Nichtorgani-sierten zu veranlassen, in die Organisation einzutreten; einen solchen Zwang, der zum Beispiel darin besteht, daß man ihnen und den Unternehmern erklärt, man wolle nur mit Or-ganisierten zusammenarbeiten“, einen solchen Druck müsse die Gesetzgebung und die Rechtsprechung als berechtigt an-erkennen, da sie ja auch den Organisationszwang der Unter-nehmerverbände nicht verhindern will und nicht verhindern kann. Wenn die Arbeiter dagegen einen Arbeitsgenossen durch Weisung in Wort oder Tat zum Beitritt zur Organisation oder zur Befolgung ihrer Weisungen zwingen wollen, dann fallen ihre Handlungen allerdings unter die allgemeinen Be-stimmungen des Strafrechtes. Aber auch dann dürfe der Or-ganisationswillige nicht strenger bestraft werden als der Or-ganisationsbrecher, der Terror der Arbeiter nicht strenger als der Terror der Unternehmer. Und so schließt denn Weber seinen Vortrag: nicht „Arbeitswilligenschutz“ brauchen wir; Gesetzgebung und Rechtsprechung haben eine andere Aufgabe, „die allerelementarste, die für einen Staat besteht: gleiche ge-setzliche Lage und Gerechtigkeit zu schaffen — nicht mehr, aber auch nicht weniger.“

Wir haben den Vortrag des Heidelberger Gelehrten nicht zur Belehrung der Unternehmer so ausführlich wiedergegeben. Daß die Kapitalisten ihr Klasseninteresse verteidigen, daß ihnen darum jedes Mittel zur Schwächung der proletarischen Or-ganisation recht ist, finden wir begreiflich; wir wünschten nur, daß alle Arbeiter ihren Klassenkampf so tatkräftig und so einig zu führen verstünden wie die Unternehmer! Aber den

Schichten des Bürgertums, die am Kampfe zwischen Unter-nehmertum und Arbeiterschaft nicht unmittelbar beteiligt sind, empfehlen wir, den Vortrag des deutschen Gelehrten zu be-achten, der nach seiner Herkunft und nach seinen Ansichten der bürgerlichen Intelligenz weit näher steht als uns. Erscheinun-gen wie das Urteil über den Mörder Keiling oder Branden-burg, wie die Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung zu allen Massenurteilen gegen streikende Arbeiter oder zum Miß-brauch des Erpressungsparagrafen gegen Vertrauensmänner der Gewerkschaften, solche Erscheinungen sind nur möglich, weil die öffentliche Meinung unter der Suggestion der Unter-nehmerverbände steht; weil sie sich die aberwitzigen Märchen über den „Terrorismus“ der Arbeiter ausbilden läßt; weil sie sich aufschwanken läßt, daß für den Schutz der Freiheit des ein-zelnen notwendig sei, was in Wahrheit der Knechtung aller dienen soll. Wir aber wissen: nicht durch den Schutz des einzelnen gegen die Organisation, sondern nur durch die Organisation gegen die erstarkenden Herr-schaftsgelüste des Kapitals gewinnt die Arbeiter-klasse die Freiheit. Und deshalb: hinein in die Or-ganisation!

## Raub der Selbstverwaltung in den Krankenkassen.

„Kommunalisierung der Krankenkassen“ war schon seit Jahren ein Programmpunkt der preussischen Regierung. Die-mem Ziele ist sie durch die ihr in der Reichsversicherungsordnung gebotenen Hand-haben mit zäher Energie nachgegangen. Und die Regierung wird es erreichen, wenn die Arbeiter ihr nicht mit aller Kraft entgegen-treten.

Den letzten entscheidenden Schritt hat die preussische Regierung jetzt mit einem soeben veröffentlichten, vom 18. Februar datierten Erlaß an die Oberversicherungsämter unternommen. Wir zitieren nur folgende Stellen aus dem Erlaß:

„Auf Grund des § 359 Abs. 4, § 413 Abs. 2 R.V.O. über-tragen wir den auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen sowie der Kassenverbände die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten.“

„Neben dem Vorstande der Kasse oder des Kassenverbandes ist dem Landrat . . . bei Kassen, die der Aufsicht eines gemeindlichen Versicherungsamtes unterliegen, dem Bürger-meister . . . ein Dienstaufsichtsrat über die Be-amten einzuräumen.“

„Die Kassenbeamten sind auf die allgemeinen Dienst-pflichten der Beamten hinzuweisen; es ist zu be-stimmen, daß sie den Staatsdienereid binnen 4 Wochen nach dem Tage, an dem die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten auf sie übergegangen sind, vor der unter 2 be-zeichneten Behörde abzulegen haben.“

„Es ist durch Aufnahme entsprechender Bestimmungen in das Regulatorische Vorwort zu treffen, daß die Vorbildung der Kassenbeamten nicht hinter der Vorbildung derjenigen gemeindlichen Beamten zurücksteht; denen sie in Rechten und Pflichten gleichgestellt werden.“

„Die Oberversicherungsämter haben von der ihnen im § 359 Abs. 2 R.V.O. verliehenen Befugnis, die Anstellung der geschäfts-leitenden Beamten auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhe-gehalt anzuordnen, grundsätzlich bei allen Orts-, Land- und Innungskrankenkassen sowie Kassenverbänden Gebrauch zu machen, die mit Einschluß der freiwilligen Mitglieder mehr als zehntausend Versicherte umfassen. . . Die Anordnungs-befugnis bezieht sich nur auf die Geschäftsleiter der Krankenkassen. . . Angestellte, die in der Kassenverwaltung eine leitende Stelle ein-nehmen (Bureau-, Registrier- und Kasseneinrichter, Kassen-führer, Leiter selbständiger Reibe- und Zählstellen u. a. m.), sind in der Regel als Geschäftsleiter im Sinne des § 359 R.V.O. an-zusehen.“

„Zur Anstellung eines Kassenbeamten auf Lebens-zeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt ist nach § 359 Abs. 1 R.V.O. die Genehmigung des Oberver-sicherungsamtes in jedem einzelnen Falle er-forderlich.“

Damit sind die Kassenverbände beiseite geschoben. Die Be-förden üben das Disziplinarrecht aus und ge-nügen, wer angestellt werden soll oder nicht. Damit auch diejenigen, die im Sinne des Gesetzes nicht „Beamte“, sondern „Angestellte“ der Kasse sind, nicht gegen den Willen der Behörden angestellt werden, was schon vorher in einer Ruferdienstordnung von der Regierung bestimmt worden:

„Personen, welche sich um die Anstellung im Kassendienst be-werben, haben den Nachweis der fachlichen Befähigung zu er-bringen. . . Zum Nachweis ihrer fachlichen Befähigung haben sich die anzustellenden Personen einer Prüfung, durch den Prüfungsausschuß zu unterwerfen. . . Der Prüfungsausschuß besteht aus drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden. Den Vorsitzenden bestellt das Versicherungsamt nach Anhörung des Kassenvorstandes. . . Der Prüfungsausschuß entscheidet nach Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende ist berechtigt, Befähigte des Prüfungsausschusses mit aufschiebender Wirkung zu beauftragen. Ueber die Beantragung entscheidet der Vorsitzende des Ver-sicherungsamtes endgültig.“

Dadurch ist dafür gesorgt, daß ohne den Willen des Versicherungsamtes (Landrat oder Bürger-meister) niemand in die Kassenverwaltung hin-einkommt. Dem Vorstande ist auch hier die Verwaltung aus der Hand genommen.

Es ist ja klar: wer die Beamten hat, hat die Verwaltung der Kasse in Händen. Vorstand und Ausschuß der Kasse haben nur

Die Insertions-Gebühr  
Beträgt für die sechsgepostete Anzei-gelle über deren Raum 20 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt die erste Zeile 20 Pfg. (zuletzt 2 Zeilen je Zeile), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellungs- und Schloßstellenan-zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-staben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

die Gelder zu bewilligen, die die Beamten nach den Anordnungen der Behörden verwalteten.

Mit einigen Federstrichen hat also die Regierung auf dem Verwaltungswege der Selbstverwaltung den letzten Rest gegeben. Keine freie Initiative, keine Selbstbestimmung der Versicherten mehr, nur der Wille der preussischen Regierung und ihrer Beamten ist maßgebend. Ein wichtiges Recht, das die Arbeiter ein Vierteljahrhundert lang besaßen, wird ihnen so stillschweigend genommen, als wenn es ein wertloser Lappen wäre.

Als wir seinerzeit darlegten, durch die Reichsversicherungsordnung ist den Arbeitern das Recht der Selbstverwaltung genommen, gab es Leute, die da annahmen, wir sähen zu schwarz, übertrieben usw. Der Erfolg hat uns vollumfänglich Recht gegeben.

## Der Kampf um die englische Freiheit.

London, 28. Februar. (Eig. Ber.)

Jeder, der das englische Volk kennt und die mächtige Arbeiterversammlung besucht, mit der gestern abend im Londoner Opernhaus der Feldzug gegen das Attentat der südafrikanischen Regierung gegen die elementarsten Freiheiten des Volkes eingeleitet wurde, mußte zur Erkenntnis kommen, daß wir am Vorabend großer Ereignisse stehen. Es lag etwas Wildes, Herausforderndes in dem vielstimmigen Schrei „Aye!“ (Ja!), der die einstimmige Annahme der Resolution kennzeichnete. Ein solches „Aye“ haben wir noch nie in den Hunderten englischer Massenversammlungen, die wir besucht haben, gehört. Es war ein Schrei, der von der Einigkeit der sonst so zerstückelten und zerklüfteten britischen Arbeiterbewegung zeugte und die Herrschenden warnte, daß die Arbeiterklasse wenigstens die südafrikanische Schmach nicht ruhig hinnehmen wird. Auf zur Verteidigung der Magna Charta, des großen Freibriefs, des Fundaments der englischen Freiheit! Das war der Grundton der begeisterten Stimmung, der in der rein politischen Versammlung herrschte. Jedem Engländer ist in der Schule eingepaukt worden, wie der König John auf Runnymede am 15. Juni 1215 der großen Freibrief unterzeichnete mußte. Und jeder Schuljunge kennt die Stelle aus der Magna Charta auswendig, wo es heißt: „Kein Freier darf genommen oder gefangen genommen oder enteignet oder verbannt oder in irgendeiner Weise zerstört werden, auch werden wir nicht gegen ihn vorgehen oder noch ihm ausschicken außer nach dem gesetzlichen Rechtspruch seiner Gleichen oder nach dem Gesetz des Landes.“

Und nun ist das Unfassbare, das Unglaubliche geschehen. In Südafrika, einem Teile des Reiches, dessen Boden mit dem Blute von dreißigtausend britischen Soldaten bedüngt ist, die dort, wie es zur Zeit des Burenkrieges hieß, die Burenoligarchie stürzen und den dort beschäftigten britischen Arbeitern die Freiheit bringen sollten, hat die Regierung neun Arbeiterführer bei Nacht und Nebel gepackt und sie ohne Verhör und Anklage aus dem Lande verbannt. Ohne Verhör hat man unsere neun Freunde eingeperrt, deportiert und verurteilt: das lassen wir uns von keiner Regierung gefallen, rief der Vorsitzende Genosse Henderson aus, der mehr als irgend ein anderer den ruhigen, schmerz zu bewegendem britischen Gewerkschafter repräsentiert. Wir sind hier, um einen Kampf einzuleiten zur Wahrung der Rechte und Freiheiten, die mit dem Blute unserer Vorfahren besiegelt sind. Der Vorsitzende verlas ein Begrüßungsschreiben der belgischen Gewerkschaften und einen Brief des erkrankten Sekretärs des Gewerkschaftsbundes Appleton, in dem dieser im Namen seiner Organisation und der 9 Millionen dem internationalen Sekretariat angeschlossenen organisierten Arbeitern gegen die an den südafrikanischen Genossen verübte Vergewaltigung protestierte. „Keine Stimme einem Regierungs-kandidaten“, heißt es in dem Schreiben, „bis sich die Regierung ihrer Verantwortlichkeit bewußt wird und auf Gerechtigkeit besteht; keine Ehre den Gerichtshöfen, bis diese ihrer Ehre Achtung verschafft haben, indem sie gegen die Ungesetzlichkeiten Bothas und Smuts protestieren; keine Unterbrechung in den Bemühungen, bis das Parlament das überlieferte Recht jedes britischen Untertans auf ein öffentliches und ehrliches Verhör feierlich proklamiert und gesichert hat.“

Der ehrenvollste Kosten, den die englische Arbeiterklasse zu vergeben hat, ist das Präsidium des Gewerkschaftskongresses. Der jetzige Inhaber, Genosse Seddon, war erkoren, die Resolution zu begründen, deren Wortlaut wir bereits telegraphisch gemeldet haben.

Die Redner, die sich zu der Resolution äußerten, vertraten alle Teile des englischen Sozialismus und alle gewerkschaftlichen Organisationen.

Der Empfang der Südafrikaner, der darauf folgte, war ein Schauspiel, das niemand leicht vergessen wird. Die Deportierten hatten drei ihrer Freunde zu Rednern bestimmt, nämlich die Genossen Botha, Smuts (Sekretär der Eisenbahner), „Papa“ Bain (Sekretär des Gewerkschaftsbundes) und Waterston (Sekretär der Arbeiterpartei). Sie wurden mit einem unbeschreiblichen Jubel empfangen.

Wir wollen hier die Rede Bothas in kurzen Umrissen wiedergeben:

Ich bin ein naturalisierter britischer Untertan. Vor 25 Jahren wurde ich Sozialdemokrat und bin seitdem nie etwas anderes gewesen. Vor 13 Jahren ging ich als Kriegs-Korrespondent nach Südafrika. Dann pflegte ich in Pretoria die verwundeten Soldaten der Buren und Briten. Nachdem ich mit dem früheren Präsidenten Steyn Europa besucht hatte, kehrte ich nach Südafrika zurück und errichtete dort ein Waisenheim, eine Gewerkschaft und eine Mutterfarm. Zwei Jahre lang machte ich über 80 der ärmsten Kinder. Als mein Geld alle war, verkaufte ich mein Institut an die Regierung und verdiente dann mein Leben als Redakteur einer Zeitung, die ich verließ, als sie ihre Richtung änderte. Darauf gab mir der südafrikanische Unterrichtsminister eine Anstellung als Sprachlehrer und als später die Eisenbahner einen Beamten suchten, bewarb ich mich um den Posten, den ich aus Dankbarkeit für die Dienste, die ich den Arbeitern bei den Wahlen in Bloemfontein geleistet, erhielt. Als Sekretär der Eisenbahner gelang es mir, die Mitgliedschaft der Organisation in neun Monaten von 3000 auf 18000 zu bringen. Ich gründete auch ein Fachblatt der Eisenbahner, das bald florierte. Anfangs lobte mich die Regierung. Es hieß, es sei doch gut, daß sich die Eisenbahner einen so vernünftigen und gebildeten Sekretär zugelegt hätten. Die Lobsprüche wurden immer länger, und das überzeugte mich, daß ich auf dem rechten Wege war. Die Meinung mit der Betriebsführung der Eisenbahnen erreichte im Juni 1913 ihren Höhepunkt. Als in dem Streik der Bergarbeiter 400 Personen niedergeschossen worden waren und nicht nur die Arbeiter, sondern das ganze Publikum aufgeregt war, rief ich den Eisenbahnern in einer Versammlung in Pretoria, als feierlichen Protest gegen die unverantwortliche Ermordung friedlicher Bürger einen Tag von der Arbeit fern-

zugeben. Am Begräbnistage der Opfer wurde nicht eine Lokomotive angerührt. Händeringend kamen die Behörden zu mir, um mich zu bitten, doch wenigstens die Hauptzüge fahren zu lassen. Ich sagte zuerst, wie man uns so oft gesagt hatte: Die Sache wird in Erwägung gezogen werden. Schließlich willigte ich ein, daß der europäische Postzug abfähre, damit die Bürger ihren Verwandten in Europa von den schrecklichen Ereignissen berichten könnten. Aber damit der Zug sicher durch das Streikgebiet komme, bestimmte ich, daß von der Lokomotive die rote Fahne wehen müsse. So fuhr denn der Zug ab. Und das war mein erstes Verbrechen. Deshalb haßte mich die südafrikanische Regierung. Ich bin stolz darauf.

Nach dem Streik schickte die Regierung die Betriebs-einschränkung trotz der Einsetzung einer Kommission, die sich mit den Beschwerden der Eisenbahner befassen sollte, fort. Unter den Eisenbahnern herrschte die größte Verärgerung. Zu Weihnachten nahm man links und rechts Arbeiterentlassungen vor. Leute, die jahrelang auf den Eisenbahnen tätig waren, Familienväter mit 6 und 7 Kindern wurden erbarmungslos nach 24stündiger Kündigung auf den überfüllten Arbeitsmarkt geworfen. Unser Gesetzausschuß beschloß, alle legalen Mittel anzuwenden, um diese unerträglichen Zustände abzuschaffen. Wir wandten uns in der Abwesenheit der Minister an den Generalgouverneur Gladstone, der uns an den Minister Smuts verwies, von dem wir keinerlei Genußnahme erhalten konnten. Schließlich wurden wir von dem Eisenbahnminister als Privatpersonen empfangen und in einer beleidigenden Weise behandelt. Unsere Leute fielen buchstäblich auf die Knie vor ihm und baten ihn, die Entlassungen einzustellen; alle Eisenbahner würden gern eine Stunde Arbeitszeit täglich opfern, wenn sie ihre Kameraden nur davor schützen könnten, daß sie brotlos gemacht würden. Alles war umsonst. Beim Hinangehen ließ einer der unsrigen die Bemerkung fallen: „Das bedeutet ein Unglück“, worauf der Minister lachend erwiderte: „Reinen Sie einen Streik? O, wir sind auf einen Streik vorbereitet.“ Am 8. Januar dieses Jahres brach der Streik aus; am 9. wurde ich ergriffen und ins Gefängnis geworfen. Meine Frau und meine Kinder mußten nicht, was aus mir geworden war. Im Gefängnis mußten wir auf dem nackten Boden schlafen und man gab uns morgens eine ekelregende Suppe zu essen. In einer Nacht wurden wir im Gefängnis ergriffen und mit Bajonetten ge-

Von Botha ist darauf folgendes Antwortschreiben an den Genossen MacDonald eingelaufen: „Das Telegramm, das Sie im Namen der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei abgesandt haben, hat auf die Regierung großen Eindruck gemacht. Die Regierung ist jedoch überzeugt, daß die Zurückziehung des Ablasses 4 der Indemnitätsbill nicht im öffentlichen Interesse der organisierten Arbeiterklasse in Südafrika sein wird.“

Daraus ist am besten zu ersehen, daß Botha nicht mit Unrecht den Ruf genießt, ein einfältiger Bauer zu sein.

Ende der Woche werden die Frauen einiger der deportierten Arbeiterführer in Southampton ankommen. Die organisierten Frauen Englands haben beschlossen, ihnen einen demonstrativen Empfang zu bereiten.

### Die Krönung der Gewalttat.

Kapstadt, 3. März. Der Abschnitt der Indemnitätsbill, der die Deportation und Verbannung der neun Arbeiterführer bestätigt, wurde vom Parlament mit 72 gegen 15 Stimmen angenommen.

## Politische Uebersicht.

### Einzelwünsche und Einzelfragen.

Aus dem Reichstag, 3. März. Die Sache selbst bringt es bei der Beratung des Postetatats mit sich, daß sehr auf Einzelwünsche und Einzelfragen eingegangen werden muß, und so vertiert sich die Debatte leicht ins Breite und ist selten von einem atemberaubenden Interesse. Auch heute wurden von den Rednern der Parteien solche Einzelwünsche in reicher Fülle vorgetragen und solche Einzelfragen in großer Menge behandelt. Der Volksparteiler Kiel trat unter anderem für das Petitionsrecht der Beamten und für Beamten-Ausschüsse ein, der Reichsparteiler Mertin ritt in der Frage der weiblichen Angestellten und der postlagernden Sendungen seinen reaktionären Klepper vor und der Antisemitisch Werner-Giech mußte sich mit Erfolg um den kleinen Befähigungsnachweis, daß er nicht nur der unsympathischste, sondern auch der geistig bedürfnisloseste und langweiligste aller 397 Reichsboten ist. Die Polen ließen durch Abgeordneten Brandys, wie jedes Jahr, über die schändliche Behandlung polnischer Adressen und ähnliche Ausschreitungen des Nationalitätenhasses Beschwerde führen. Dann rückte Genosse Jubel mit einer solchen Fülle von nachgewiesenen Mißständen im Postbetriebe Herrn Kraetke auf den Leib, daß dem Staatssekretär gar unbehaglich zu Mute ward. Als dieser Postjunker dem sozialdemokratischen Redner eine patige Antwort erteilte, holte er sich sogar von Herrn Dr. Campf eine — bei einem Regierungsvertreter und diesem Präsidenten so seltene! — Rüge.

Vor Eintritt in die Tagesordnung waren zwei kleine Anfragen der Genossen Keil und Brey beantwortet worden. Morgen: Weiterberatung des Postetatats.

### Scharfmacherei und Wucherpolitik.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Dienstag nach kurzer Debatte, in der neue Gesichtspunkte nicht mehr geltend gemacht wurden, den Entwurf eines Kommunalabgabengesetzes an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern und nahm hierauf in zweiter Lesung den Entwurf eines Ausgrabungs-gesetzes in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung an.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es anlässlich der Beratung des auch bereits vom Herrenhause genehmigten Gesetzentwurfs betr. die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungs-Krankenkassen. Während der Entwurf, der die Vorschriften des Gesetzes betr. die Dienstvergehen der nichtärztlichen Beamten auf bestimmte Kategorien von Krankenkassenbeamten übertragen will, bei den Rednern der bürgerlichen Parteien im großen ganzen auf Sympathie stieß, übte namens der Sozialdemokraten Genosse Braun scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die preussische Regierung teils auf dem Verwaltungswege, teils durch Erlass von Ausführungsbestimmungen den ausgesprochenen Willen der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs mit Füßen zu treten sich bemüht. Die von großer Sachkenntnis zeugende Rede unseres Genossen war für die sogenannten Arbeiterführer des Zentrums das Signal zu allerhand Angriffen auf die Sozialdemokratie im allgemeinen und die „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassenverwaltungen im besonderen. Hatte sich der Handelsminister Dr. Sydow in seiner Entgegnung auf die Ausführungen Brauns einer gewissen Sachlichkeit befleißigt, so erging sich Herr Bronowski, angefeuert durch Zurufe seines Freundes Imbusch in allerhand unqualifizierten Angriffen, deren Widerlegung durch die Allgemeinheit und durch die fehlende Angabe von Details naturgemäß eripart wurde. Trotzdem war es Braun möglich, wenigstens die allertörichtesten Angriffe auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Der Entwurf wurde schließlich der Handelskommission überwiesen.

In vorgerückter Stunde begann das Haus noch die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung, und zwar wurde die Besprechung des nationalliberalen Antrages vorweg genommen, der an die Regierung das Ersuchen richtet, im Bundesrat dahin zu wirken, daß rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, die bei der in Aussicht stehenden Keuzerlegung der handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten. Beurteilt man den Antrag nach seinem Wortlaut, so wird man nichts Gefährliches daran finden, denn daß die deutschen wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden müssen, ist selbstverständlich. Aber die von Herrn Deumer (natl.) gegebene Begründung zeigt, wie der Hase läuft. Man will die Wucherzölle verewigen, womöglich noch verschärfen und keinerlei Rücksicht auf die Konsumenten nehmen.

Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt.

### Rüstungstreiberi.

Gestern haben wir die Aeußerung MacDonalds, des Führers der englischen Arbeiterpartei, wiedergegeben, der im Unterhause erklärte, daß die deutschen Rüstungs-firmen im Begriff stünden, eine neue Panik zu erregen. Schnell ist die Prophezeiung eingetroffen. Der Petersburger Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ — und ähnliches läßt sich die „Germania“ melden — macht allerlei vage Andeutungen, über den Fortgang der russischen Rüstungen. Heute sei zwar Rußland noch nicht kriegsbereit, aber mit flieberhaftem Eifer werde an der Ergänzung der Artillerie und des Kriegsmaterials gearbeitet und 1917 — der Mann weiß es genau — werde Rußland bereit sein und alles heute darauf hin, daß diese Bereitschaft sich vor allem gegen Westen, also gegen Deutschland richtet.

Unseren großen Rüstungsinteressenten ist vor kurzem bekanntlich ein glänzendes Geschäft entgangen. Krupp war



## Pflichten der Roten Woche:

### Die Rote Woche

ist gewidmet der intensivsten Agitation unter den uns fernstehenden organisationsfähigen Arbeitermassen.

### Die Rote Woche

macht es jedem Genossen zur Pflicht, wenigstens einen Indifferenten für die Organisation zu gewinnen.

### Die Rote Woche

muß benutzt werden zu unermüdlicher Werbearbeit, die Leserschaft des „Vorwärts“ gewaltig zu steigern.

## Werbt neue Klassenkämpfer!



zungen, den Eisenbahnzug und das Schiff zu besteigen. Für den höchst prächtigen Empfang in London und für alles, was man für uns getan hat, danken wir den Wägern Londons. Wir müssen nach Südafrika zurückkehren. Was mich anlangt, so werde ich zurückkehren und wenn der Himmel einlärzt.

Wie der Genosse Botha, so verteidigte sich auch der greise Genosse Bain gegen die gegen ihn geschleuderten schmutzigen Angriffe, die der Minister Smuts für Argumente hält. Genosse Bain verneinte auch, daß er ein Syndikalist sei; in ganz Südafrika gebe es keine 50 Syndikalisten. Die Angabe Smuts, daß es sich in Südafrika, um eine syndikalistische Verschwörung gehandelt habe, entbehre auch den Schein der Berechtigung. Eine Stelle aus seiner Rede lautete:

Ich bin kein Syndikalist. Der Sozialismus genügt mir vollumfänglich. Ich bin der Ansicht, daß die Entwicklung der modernen Gesellschaft nach dieser Richtung geht, und wenn Botha sagt, es könne nicht gescheitert werden, daß der Sozialismus in Südafrika Wurzel fassen und daß er ausgedehnt werden müsse, so macht er damit die wichtigste Bemerkung, die ein Minister machen kann. Wenn Sie erfahren, daß er eine solche Aeußerung getan hat, so werden Sie besser verstehen, als ich es Ihnen mit anderen Worten erläutern kann, mit welcher Art Politiker wir es in Südafrika zu tun haben. Der Sozialismus kann nicht durch eine Burenautokratie hinweggefegt werden. Er wird leben, wenn die Namen und Taten der Botha und Smuts tot und vergessen sind.

Als letzter Redner kam der Genosse MacDonald zu Wort. Der leider gegen die lauten Unterbrechungen der Suffragetten und ihrer Helfershelfer anzukämpfen hatte, erklärte im Namen der Arbeiterpartei:

Heute abend ist die Bewegung absolut und unerschütterlich einig. Was uns anlangt, so wird uns keine Meinungsdivergenz davon abhalten, die neun Männer, die ohne Verhör, nur auf den Beschluß einer Exekutive, verurteilt und deportiert worden sind, willkommen zu heißen. Wenn wir erlauben, daß diese Dinge stattfinden, dann ist es mit den Freiheiten dieses Landes absolut und vollständig dahin und sie werden nie wieder gewonnen werden. Soweit die Arbeiterpartei in Frage kommt, so wird sie für die Freiheit im Reich eintreten, ob nun diese Freiheit von einer selbstregierenden Kolonie oder von einer Regierung zu Saufe bedroht wird.

Es ist sonderbar, wie gelassen das englische Bürgertum den südafrikanischen Gewaltstreich hinnimmt. Hier wie anderswo ist zurzeit die Arbeiterklasse die einzige Verteidigerin der bürgerlichen Freiheiten.

### Bothas Antwort.

London, 3. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ausschüsse der Arbeiterzentralen sandten vor einigen Tagen folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten Botha: „Die drei nationalen Ausschüsse der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei beschloßen heute einstimmig in einer Sitzung, die Unionregierung an die Haltung der organisierten Arbeiterklasse zu mahnen, als Südafrika vom Kriege heimgejagt war und sie zu ersuchen, den Ablass 4 der Indemnitätsbill zurückzuziehen, da er alle Traditionen der britischen Freiheit und Gerechtigkeit verleiht und das gute Einvernehmen im Reich dauernd schädigt.“

bereit, sich an dem Ausbau der Pullow-Werke, der großen russischen Rüstungsfirma, zu beteiligen und seine Erfahrungen und Patente in den Dienst des „Feindes“ zu stellen. Die französische Regierung sorgte dafür, daß dieses patriotische Vorhaben vereitelt und Schneider-Creuzot die Sache Krupp wegschnappen konnte. Was liegt näher, als für den Entgang des ausländischen Geschäfts sich im Inlande schadlos zu halten? Dazu läge ein bißchen Panitz recht gelegen. Und das dürfte wohl der Hauptzweck der Uebung gewesen sein.

### Zabern-Vertuschungen.

Wie von dem offiziellen Depeschsbureau aus Straßburg mitgeteilt wird, hat das Generalkommando seinen Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Straßburger Neuen Zeitung“ und des „Elßässer“ zurückgezogen, der wegen Beleidigung des Leutnants Forstner gestraft worden war. Anlaß zum Strafantrag hatte die von beiden Blättern verbreitete Nachricht gegeben, daß Leutnant v. Forstner die französische Fahne in einer Ansprache an die Rekruten in der bekannten Weise beschimpft habe.

Wie das offiziöse Depeschsbureau mitteilt, steht das Generalkommando noch wie vor auf dem Standpunkt, daß Forstner sich dieser kindischen und gemeinen Beleidigung, die ja auch von der Regierung im Reichslande ohne weiteres aufschärft verurteilt wurde, sofern sie gefallen sei, nicht schuldig gemacht habe. Denn wenn auch in der früheren Kriegsgerichtsverhandlung eine Reihe von Rekruten zugunsten des Forstner ausgesagt hätten, so sei doch auch eine Anzahl von Zeugen vorhanden, deren Aussagen zugunsten Forstners in Betracht kommen. Inmehrin nehme das Generalkommando an, daß die beiden Blätter im guten Glauben gehandelt hätten.

Auch diese neueste Zurücknahme des Strafantrages beweist, wie geküßelt man bestrebt ist, jeder Neuaufklärung der schändlichen Zabernaffäre aus dem Wege zu gehen. Die Opfer des Pandurenkesslers hat man mit 80 M. abgefunden, dem lahmen Schuster hat man 150 M. für die Zurücknahme seines Strafantrages angeboten, und nun zieht man vorichtigterweise auch den Strafantrag gegen die beiden Blätter zurück, um den Leutnant Forstner nicht noch mehr bloßzustellen und die anmutige Vorgeschichte der Zaberner Militärdictatur nicht noch in ein helleres historisches Licht zu rufen!

Weiläufig: Was ist denn eigentlich aus der Verführungsgeschichte des Leutnants Forstner geworden? Das Verfahren wegen Verführung einer Minderjährigen sollte doch angeblich nur so lange verschoben werden, bis Forstner das Mündigkeitsalter erreicht hätte. Angeblich sollte es sich nur um einige Wochen handeln, aber seitdem ist es von der Geschichte vollständig still geworden. Sollte auch hier inzwischen eine entsprechende Entschädigungssumme gezahlt worden sein, um das Verfahren gegen den Helden von Zabern, dem mit einem Ehrenfabel beschnittenen Sieger von Detmolder, aus der Welt zu schaffen?

Um baldige Antwort wird gebeten!

### Ein Zentrumblatt als Verteidiger der Steuermogler.

Es ist bezeichnend, daß ausgerechnet die Zentrumspresse die größten Besorgnisse hegt, den reichen Steuermoglern möge aus dem gewöhnlichen Generalparabon nachträglich ein Postskript gedreht werden. Am unerschämtesten geberdet sich die ultramontane „Tremonia“ in Dortmund, wo von amtlicher Stelle aus sehr nachdrücklich der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß auch jetzt noch betrogen würde, obwohl dort infolge des Generalparabons 1 Billion Mark mehr aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer zu exportieren ist. Die „Tremonia“ befürchtet, daß solches Ergebnis des Generalparabons auch für die Zukunft zu „Schuldköpfen“ und „Daumenschrauben“ für die Reichen werden könnte. Insbesondere ist sie in heller Aufregung über den Artikel eines Bürgermeisters in der „Täglichen Rundschau“, der dort, um auch in Zukunft den Drückerbergern beikommen zu können, folgendes System entwickelt hatte:

Ein Steuerpflichtiger hatte vor so und so viel, sagen wir sieben Jahren, als er seine Berufstätigkeit oder sein Geschäft anfang, ein ererbtes oder erheiratetes Vermögen von 30 000 M. Jetzt gibt er ein Vermögen von 100 000 M. an. Woher stammt das Mehr von 70 000 M.? Bis zum Nachweis einer anderen Quelle ist anzunehmen, daß er von seinem Einkommen 70 000, also jährlich 10 000 M. zurückgelegt hat. Nun hatte der Mann aber nur 8000 M. Einkommen angegeben und versteuert. 8000 M. hat er aber jährlich für seine Hauswirtschaft verbraucht. Wenn er noch obendrein 10 000 M. jährlich sparen konnte, so hat er 18 000 M. Jahreseinkommen gehabt. Wegen der Steuer, die er hinterzogen hat, können wir ihm nichts tun; aber die Zukunft gehört uns. Wir betanlagten ihn auf Grund obiger retrospektiver Rechnung zu 18 000 M. Einkommen. Wenn ihm das nicht befiel, so kann er die Nachmittel ergreifen und den Nachweis liefern, aus welcher anderen Quelle er die 70 000 M. Vermögen geschöpft hat und wie es mit den einzelnen Einnahmequellen steht.

Dazu bemerkt in zorniger Erregung (Nr. 53) die „Tremonia“ als kerisale Sachwalterin der Steuermogler:

„Wenn dieses Verfahren bei der Veranlagungsbehörde in Aufnahme kommt, so führt der Generalparabon nicht zum Frieden, sondern zu Schlägen und Aergernissen. Man kann doch nicht ohne weiteres annehmen, daß der Unterschied zwischen der früheren und jetzigen Vermögensschätzung aus Ersparnissen herrühre. Etwas ist es zweifelhaft, ob nicht schon bei der früheren Schätzung, die jetzt grundlegend sein soll, ein höheres Vermögen vorhanden war. Zweitens kann der Zuwachs aus Schenkungen, aus Hinterlassenschaften, aus gelegentlichen Spekulationen, aus allen möglichen Glückszufällen hervorgegangen sein. Wollte man den Jahresdurchschnitt des Vermögenszuwachses einfach dem Einkommen zurechnen, so würde der Betroffene das als Strafe für seine Offenbarkeit finden. Für manchen wäre das eine Art Tortur. Denn nicht jeder ist in der Lage, über die Herkunft seines Vermögens ohne Scheu und Schaden der Behörde eingehende Nachweisung zu geben, und mancher bezahlte lieber jährenweise eine zu hohe Einkommensteuer, ehe er im Streitverfahren seine ganzen Bücher oder seine Berufsgeheimnisse vor fremde Augen und Nasen bringt. Der Hinweis auf die „Nachmittel“ macht das Verfahren nicht human. Wenn man jemanden „verschuldete“ zu hoch einschätzt, so ist das ein objektiver Expressionsverstoß.“

Wir meinen: ehrliche Geschäftsleute brauchen sich niemals zu scheuen, die Karten blank zu legen, d. h. ihre Bücher offen vorzulegen. Nur den unglücklichen Elementen kann es eine Tortur sein. Bücher öffentlichlegen. So schamlos jedoch auch das Gebahren der „Tremonia“ ist, es entspricht durchaus dem Charakter des Zentrums, das immer bereit ist, die Arbeiter rücksichtslos auszuräumen, für die reichen Ausbeuter schonungslosste Rücksichtnahme verlangt.

### Die Hüter der Korruption.

Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht hat der Abgeordnete für Köln im preussischen Landtag, Herr Frank, am 20. Februar über die Zustände in der Kölner Polizei gesagt: „Meine Herren, der Polizeiberuf ist ein ernster Beruf, und es gehören nur ernste Leute in diesen Beruf hinein;

Leute, die darauf ausgehen, Prüßische zu mokieren (Heiterkeit) und Seltgelade abzuhalten, gehören nicht in die Polizei hinein. Nun müssen Sie bedenken, die Leute, die das gemacht haben — es waren ja glücklicherweise nur einzelne — haben das eine ganze Reihe von Jahren getrieben. (Sehr richtig! im Zentrum.) In Köln hat es lange Jahre jeder gewußt, daß das die Leute waren, die immer darauf aus waren, die Birte zu särföpfen, bei ihnen aut zu schlückden und noch besser zu trinken. (Hört! hört! im Zentrum.) Da ist es schwer verständlich, um mich mit meinem Kollegen einzusprechen, daß man die Bügel so lange hat am Boden schleifen lassen.“

In Köln hat es also „lange Jahre jeder gewußt“, mit-hin doch auch wohl der Herr Zentrumabgeordnete Frank, daß höhere Polizeibeamte sich schmierien lassen. Trotzdem hat keine bürgerliche Partei das geringste gegen die Korruption getan. Ohne ein Wort der Kritik hat das Zentrum, die Mehrheitspartei im Kölner Rathaus, alljährlich 1 050 000 M., letztlich sogar noch 25 000 M. mehr, für diese königliche Polizei zu Köln bewilligt, für eine Polizei, von der „jeder“ wußte, daß ein beachtlicher Teil ihrer Beamten käuflich ist.

Noch mehr: Freunde des Herrn Zentrumabgeordneten Frank haben dem am meisten kompromittierten Polizeikommissar Kaulz noch vor drei Jahren einen hohen päpstlichen Orden verschafft, obwohl die „frommen“ Herrschaften mit jedem Renner Kölner Verhältnisse damals schon wissen mußten, daß die ganze „Religion“ der rechten Hand des Kölner Polizeipräsidenten lautete:

Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang,  
Der bleibt ein Narr sein Leben lang.

Von Abgeordneten, die trotz ihrer Kenntnis der Dinge nicht gegen die Korruption eingeschritten sind, war allerdings nicht zu erwarten, daß sie jüngst dem von Hue begründeten Antrage zustimmen, die Polizeiverhältnisse in ganz Preußen zu untersuchen. Die Belämpfung der Korruption bleibt eben der Sozialdemokratie überlassen.

### Ein „Vollwerk“ gegen den preussischen Partikularismus.

Die Zweite Kammer des badischen Landtags genehmigte am Dienstag gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten die Kosten für die Wiederherstellung der Münchener Gesandtschaft. Die Nationalliberalen hatten wieder einmal eine Schwenkung vorgenommen. Abg. Rehmann begründete diese mit dem Thronwechsel. Hierdurch sei München wieder ein Brennpunkt politischer und wirtschaftlicher Fragen geworden. Ferner müsse die Finanzhoheit der Einzelstaaten, die stark bedroht sei, gewahrt werden. In derselben Lage wie Baden befänden sich auch die anderen Bundesstaaten. Ein Zusammenschluß der Bundesstaaten sei notwendig. Dafür brauche man auch die Gesandtschaft. Endlich müsse dem preussischen Partikularismus, den er als schweres Hindernis für die Entwicklung des Deutschen Reiches ansehe, der badische Partikularismus entgegengesetzt werden. — Staatsminister Freiherr v. Dusch suchte mehr den Nützlichkeits- als den Notwendigkeitsstandpunkt bei dieser Frage hervorzulehren. Auf die Frage der partikularistischen Bestrebungen wollte er nicht näher eingehen.

### Nicht recht zu machen

ist es den preussischen Behörden. Am 30. Januar fand in Düsseldorf eine große Arbeitslosen demonstration statt. Der Vorsitzende der Düsseldorfert Arbeiterorganisation, Genosse Verten und der Vorsitzende des Gewerkschaftsartikels, Genosse Agnes wurden deshalb wegen Veranlassung eines nicht erlaubten öffentlichen Umzuges der Arbeitslosen angefaßt. Die gerichtliche Verhandlung fand am Montag statt. Beide Angeklagte wurden zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Nachweis dafür, daß die Angeklagten den Umzug veranlaßt hätten, nicht erbracht sei, von der Beschuldigung der Veranlassung wären sie freizusprechen, dagegen sei erwiesen, daß Verten und Agnes sich bemühten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie seien also zwar nicht Veranstalter, aber Leiter des Demonstrationzuges gewesen und als solche zu bestrafen.

Der preussische Justiz und Polizei ist nichts recht zu machen. Gätten die beiden Genossen nicht für Ruhe und Ordnung gesorgt, dann wären Bestrafungen wegen Ruhestörung erfolgt. Da sie die sehr staatsverhätende Tätigkeit ausgeübt haben sollen, die große Menschenmasse in Ordnung zu halten und zu verhindern, daß die Ruhe gestört wird, werden sie auch bestraft.

### Auch die Gendarmen von Zabern müssen ins Exil.

In Zabern ist am Dienstag die Nachricht eingetroffen, daß sämtliche in Zabern stationierten Gendarmen verabschiedet werden sollen, und durch Gendarmen aus verschiedenen Teilen der Reichslande ersetzt zu werden. Selbstverständlich steht die Maßregel im Zusammenhang mit den bekannten Zaberner Vorgängen.

### Volls-„Erzieher“.

Die „Süddeutsche konservative Korrespondenz“ beschäftigt sich mit der Frage, ob die Stadt Zabern bald wieder Militär erhalten, oder ob dauernd darauf verzichtet werden soll, wieder Soldaten nach Zabern zu legen. Sie kommt zu dem Resultat, daß es aus pädagogischen Gründen geraten sei, Zabern seine Garnison dauernd zu entziehen. Es seien Entscheidungen in dieser Richtung vorauszu sehen, wenn nicht im letzten Augenblick strategische Gründe die Erhaltung der Zaberner Garnison gebieterisch verlangten. Wenn die Zaberner Bevölkerung nicht willens sei, mit den Neunundneunzigern in Frieden zu leben, müsse ihr der volle Ernst der Situation in unzweideutiger Weise demonstriert werden.

Wir zweifeln nicht, daß in der Zaberner Bevölkerung auch pädagogische Talente schlummern, und daß, wenn man sie mit der Entziehung der Garnison strafen will, der Vorschlag kommt, dann auch nichts mehr für den Militarismus zu bezahlen. Mit diesen pädagogischen Mitteln wäre der Reaktion ungleich besser beizukommen, als mit dem zeitweiligen Auf-lehnen gegen blutdürstige Wades-Feinde im Offiziersrock.

### Der Aufstand in Epirus.

Athen, 3. März. Aus Arghrocastro wird gemeldet: Trotz aller militärischen Maßnahmen plüde es 8000 Aufständischen, außerhalb der Stadt zusammenzukommen. Zographos ver-ländete die Autonomie von Epirus und führte aus, Griechenland sei gezwungen, Epirus höheren Interessen zu opfern, aber für das epirische Volk sei es unmöglich sich einem Barbaren-volk zu unterwerfen. Er sagte weiter, daß die versprochenen Garantien nicht gehalten werden könnten und daß die Epiroten heute den Traum verwirklichten, den sie schon seit fünf Jahr-hunderten gehabt hätten. Sie seien entschlossen, für die Freiheit zu sterben. Zographos proklamierte sodann Gleichheit vor dem Gesetz und drohte strenge Strafen für jeden Störer der Ordnung an. Später begaben sich die Teilnehmer zu der Veranstaltung vor den Regierungspalast, wo der Metropolit Velas eine Ansprache hielt. An den Kundgebungen beteiligten sich auch griechische Sol-daten.

## Ungarn.

### Ein politischer Riesenprozeß.

Barmarod Sziget, 3. März. Heute mittag ist das Urteil im Ruthenenprozeß gefällt worden. 32 Angeklagte wurden wegen Aufreizung gegen die Religion und den Staat zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Höchststrafe erhielt der Hauptangeklagte Kabalyn mit 4 Jahren 6 Monaten Staatsgefängnis und 100 Kronen Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden zu Strafen von 6 Monaten bis zu 3 Jahren Staatsgefängnis verurteilt, jeder außerdem zu einer Geldstrafe. 23 Angeklagte wurden freigesprochen. Allen Verurteilten wird die Untersuchungshaft angerechnet.

## Frankreich.

### Freisetzung der Wahlen.

Paris, 3. März. Der Ministerrat hat die Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften endgültig auf den 26. April anberaumt.

## England.

### Hochgestellte Gesetzesverächter.

London, 3. März. Die Zeitungen veröffentlichen einen Aufruf des Lord Roberts, Großadmirals Seymour, des Lord Milner, des Schriftstellers Kipling und anderer Unionisten. Sie fordern darin, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß, sobald die Home Rule Bill Gesetz wird, man sich für berechtigt halte, alles zu tun, um dieses Gesetz nicht wirksam werden zu lassen und namentlich zu verhindern, daß die Armee dazu verwendet werde, die Bevölkerung von Ulster ihrer Rechte als Bürger der Vereinigten Königreiche zu berauben.

## Schweden.

### Auflösung des Reichstags.

Stockholm, 3. März. In beiden Kammern des Reichstags wurde heute ein königliches Dekret verlesen, durch das die Auflösung des Reichstags auf Donnerstag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt wird.

## Aus der Partei.

### Die Bildungsarbeit in der belgischen Partei.

Man schreibt uns aus Brüssel: Am Sonntag verammelten sich die Sekretäre der „Ecoles Socialistes“ — der von der Bildungs-zentrale eingerichteten sozialistischen Schulen — um über Methoden und Ausbau der proletarischen Bildungsarbeit zu beraten. Hierbei sei erwähnt, daß diesen Winter 63 Schulen funktionierten, die einen Schülerebestand von 1899 Arbeitern aufwiesen.

Es handelte sich in der Hauptsache um eine Beratung der Lehrmethode, um diese insbesondere auch für jene wirksam zu gestalten, die keinerlei Vorbereitung für die Kurse mitbringen. Ungefähr 50 Delegierte nahmen an der Beratung teil. Den Vorsitz führte der Sekretär der Bildungs-zentrale, Genosse De Ran. Gemeinhin wurden die günstigen Resultate der Kurse hervorgehoben. De Ran findet, daß an dem bisherigen Lehrstoff festgehalten werden müßte, daß man ihn aber etwas einschränken soll. Ganderwilde unterstützt die Ausführungen eines Delegierten, der bei Einführung von Elementarkursen eigens für die Arbeiterkinder bestmögliche und Großkurse zur Verbreitung vorschlägt. Alle diese Vorschläge werden dem Vorstand der Bildungs-zentrale zugewiesen. — Weiter werden Anregungen gegeben über Unterrichtsform, über die Heranziehung von Schülern und auf welche Weise der Unterricht durch Lektüre zu unterstützen ist. Genossin Ganderwilde, die Sekretärin des Kunstzentrums der Bildungs-zentrale, macht verschiedene Vorschläge zur Hebung der proletarischen Kunstbildung, die man den Kursen anschließen könnte. Genosse Ganderwilde verweist in einem Schlusswort auf die Fruchtbarkeit der Diskussion und ihren Nutzen für die künftige Weiterbildung der Bildungsarbeit der Partei.

### Ein Fezt der Brüsseler Arbeiter.

Man meldet uns aus Brüssel: Die Brüsseler Genossen feierten am Sonntag den dreißigjährigen Bestand ihres Wahlvereins. Am Vormittag gab es einen festlichen Empfang der Delegierten im Weißen Saale des Volksbauvereins und am Abend im großen Festsaal eine künstlerische Feier. Der Deputierte Bertrand, der Vertreter einer von der Arbeiterpartei, fizizierte ein Bild der Bewegung von ihren kleinsten Anfängen bis heute: von dem Kongreß der zwei bis drei Duzend Delegierten bis zum letzten, der eine Volksversammlung von 1500 Vertretern der belgischen Arbeiterpartei darstellte. Bei der Vorfeier am Sonnabend, der die Mitglieder des Wahlvereins und die Veteranen und Führer der Brüsseler sozialdemokratischen Partei vereinte, hielten die Deputierten Ganderwilde, Bertrand, Guymans und De Schutter (Antwerpen) Ansprachen.

## Letzte Nachrichten.

### Der englische Flottenetat.

London, 3. März. (W. L. B.) Das Unterhaus hat den Flottenergänzungsetat angenommen.

### Englands Eingreifen in die mexikanische Krise.

London, 3. März. (W. L. B.) Im Parlament hat heute der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, eine Erklärung über die Stellung Englands im Denton-Falle abgegeben. „Falls die Vereinigten Staaten,“ so erklärte der Leiter der auswärtigen Politik Englands, „nicht wünschen, Schritte gegen Mexiko zu unternehmen, um wegen der Ermordung Dentons England Genugtuung zu schaffen, so müsse England selbst sich bemühen, sich die gewünschte Satisfaktion zu erzwingen.“ Wie Sir Edward Grey jedoch hinzufügte, würde England sich nicht etwa auf ein phantastisches Kriegsabenteuer einlassen und große Truppenmassen in Mexiko landen.

### Das Befinden des Kardinals Kopp

Troppau, 3. März. (W. L. B.) Der über das Befinden des Kardinals von Kopp um 7½ Uhr abends ausgegebene Krankheitsbericht besagt: Die vollständige Bewußtlosigkeit hat den ganzen Tag über angehalten. Kräftezustand und Fertigkeit lassen weiter nach.

### Ausperrung der Waffenarbeiter in Solingen.

Solingen, 3. März. (W. L. B.) Der Waffenfabrikantverein hat heute nachmittag die Ausperrung der sämtlichen Waffenarbeiter in allen dem Fabrikantenverbände angeschlossenen Fabriken beschlossen. Der Ausperrungsbeschuß, von dem etwa 900 Arbeiter betroffen werden, wird damit begründet, daß eine hiesige Firma, um derenwillen der Streik entstanden ist, die Teilarbeiten in Waffen, die sie von auswärts bezogen hat, nicht unter dem Tarifpreise bezahlte und daß der Streik über diese Firma verhängt wurde, bevor dem Arbeitgeberverbände Gelegenheit gegeben war, zu der Sache Stellung zu nehmen.

**Öffentliche politische Versammlungen.**

# Große Protestversammlung

gegen das unerhörte Urteil  
der Frankfurter Strafkammer

am

Donnerstag, den 5. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im „Deutschen Hof“, Luckauer Straße 15.

Tagesordnung:

## Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse.

Referenten:

**Genossin Dr. Rosa Luxemburg**

und

**Genosse Dr. Kurt Rosenfeld.**

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

199/5\*

### Todes-Anzeigen

Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Genosse, der frühere Abteilungsleiter

**Hermann Seidler**  
Weberstr. 40a, verstorben ist.

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 5. März, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Bezirksführer des 200. Bezirks  
15. Abteilung, 4. Kreis.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Frankfurter Viertel, Bezirk 209.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genosse, der Gastwirt

**Hermann Seidler**  
Weberstr. 40a, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. März, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 211/19  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands,**  
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

**Hermann Seidler**  
Weberstr. 40a, Bezirk 3  
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. März, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
78/10 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Bezirk 530.

Am Sonntag, den 1. März, verstarb unser Genosse

**Hermann Guder**  
Kastanien-Allee 23.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
225/13 Der Vorstand.

**Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen**  
Zahlstelle Berlin

Den Mitgliedern diese zur Nachricht, daß der Kollege

**Hermann Guder**  
(Schulzeibrauerei, Wdt. I)  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März 1914, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
42/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**August Lindenau-Sprengel**  
am 1. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Spittel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Formner

**Willi Klose**  
(Dohrenstr. 43) am 1. d. M. an Lungenentzündung.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Gnaben-Kirchhofes in der Barfußstraße aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
114/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 28. Februar der Kollege

**Karl Kemmerich**  
im 61. Lebensjahre am Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet vom Trauerhause, Nahlendorf, Hönower Straße 108 aus, am Mittwoch, den 4. März, nachm. 4 $\frac{1}{2}$  Uhr statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
141/7 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter

**Fritz Schneider**  
im Alter von 44 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Halle des Gumnans-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
84/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

**Friedrich Sziedal**  
welcher im Betriebe des städtischen Gaswerkes V in Schmargendorf beschäftigt war, an den Folgen eines erlittenen Betriebsunfalls verstorben ist.

Es werden ihm ein ehrendes Andenken bewahrt.  
33/13 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes 11385

**Karl Lindner**  
sage hiermit allen daran Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

**Witwe Else Lindner.**

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Adlerhof.

Am 28. v. M. verstarb die Frau des Kollegen

**Hermanowski**  
im Alter von 44 Jahren.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 4. März, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, von der Leichenhalle in Zenthen aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
73/9 Der Vorstand.

Am Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, entfiel nach langem, schwerem Leiden meine ungeliebte Frau und gute Tochter

**Klara Liehr geb. Klunter**  
im 53. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an  
Berlin, den 4. März 1914  
Franz Liehr.

**Mathilde Klunter, Vandsberg a. B.**  
Kondoleanzbesuche dankend entbieten. 11355  
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 5. März, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde (Gudrunstraße) aus statt.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem 7. Bezirk des Wahlvereins unseren herzlichsten Dank. 11228

Die trauernde Witwe

**Frau M. Mollnau**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Krangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schlegelvaters und Großvaters

**Gustav Schönberg**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Parzellenbesitzerverein Falkenhofst unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.  
Reutbahn, Zonasstr. 35 — Kneiseledstraße 100.

**Dankfagung.**

Zurückgeführt vom Grabe meines unversöhnlichen lieben Sohnes Bruno, unseres lieben Bruders, sagen wir allen, die ihm das letzte Geleit gegeben haben, unseren besten Dank. Insbesondere Herrn Vege für seine am Grabe gesprochenen Worte, ferner dem Deutschen Metallarbeiterverband, Zahlstelle Berlin, seinem wertigen Chef, seinen Kollegen und seinen lieben Freunden. 13294

**Ewe. M. Ende**  
nebst Kindern.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Werkstatt Plantz u. Co. meinen herzlichsten Dank. 13291

**Otto Hasse.**

# Warten Sie

mit der Besorgung Ihrer  
Frühjahrgarderobe bis zur  
Eröffnung unserer bedeutend  
erweiterten Räume

**Chausseestrasse 113**  
beim Stettiner Bahnhof

am 7. März

Es wird sich lohnen!



# Garbáty

Cigaretten

# Qualität

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.  
Witwe Raue nebst Kindern.

### Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Krangspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie dem Vorstand der Brauerei- und Mühlenarbeiter unseres herzlichsten Dank. 11994  
Elise Dreiwills nebst Kindern.

**Mohrenstr. 37**  
Kolonnaden.  
Gr. Frankfurterstr. 115

**Trauer-Magazin**  
Kleider, Hüte etc.  
äußerste Preise

**Farbige Konfektion**  
in größtem Maßstabe  
zubilligsten Preisen—  
**Westmann**

**Frankfurter Herren-Moden**  
Gediegene Maas-Anfertigung  
guter Sitz garantiert  
Vornehmer

**Anzug oder Paletot**  
zu 3 Kleidungspreisen  
**35.— 42.— 48.—**  
am Alexanderplatz  
Eingang Französer Str. 32

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83—85.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins  
in den Rüsler-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal).  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Branchenanangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 5. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Versammlung**  
d. Autogenschweißer  
im Lokal von Anösig, An der Stralauer Brücke 3  
(am Bahnhof Jannowbrücke).  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschid. 2. Diskussion. 3. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet  
113/20 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.**  
Bureau: Reichstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachw.: Müllerstr. 9  
Fernspr.: Amt Moritzpl. 4787. Fernspr.: Amt Norden 6708

Donnerstag, den 5. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Sektions-Versammlung der Lackierer**  
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Genossen Wilh. Düwll über: „Der Wert und die Notwendigkeit der Organisationen“. 2. Diskussion. 3. Branchenanangelegenheiten. — Sie erwarten, daß die Mitglieder vollständig erscheinen.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
183/3 Die Sektionsleitung.

Die reellsten und solidesten  
**MÖBEL**  
Liefert anerkannt Mobelfabrik von Schulz, Reichenberger Straße 5,  
seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassapreisen  
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung.  
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen  
von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Bewerkschaftliches.

Konkurrenz für Keiling & Ko.

Der christliche Arbeitersekretär Schwarz in Weiden (Oberpfalz) versendet gegenwärtig an Arbeiter ein Schreiben, das weiter nichts als eine Verleumdung zum Streikbruch ist.

Weiden, 19. Februar 1914.

Sehr geehrter Kollege!

Es haben eine größere Anzahl von Kollegen, Pflasterstein-Fabrikanten und -Ritzer zugelegt, Stellung bei Firma Hartmeyer in Kolmar (Elsas) zu nehmen.

Ich bitte also die Kollegen, mir die Namen derjenigen Kollegen mitzuteilen, welche bestimmt am Freitag, den 27., oder Sonnabend, den 28. Februar, in Nürnberg zur Abreise eintreffen wollen.

Mit kollegialem Gruß!

Nich. Schwarz, Bezirksleiter.\*

Die berufsmäßigen Streikbrecherlieferanten werden bald überflüssig sein; die christlichen Gewerkschaftsführer können das auch.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Retenarbeiter! Bei der Firma Karl Haffe und Wrede, Werkzeugmaschinenfabrik, Christianiastr. 116a, stehen die Dreher und Revolverdreher seit Montag, den 2. März, im Streik.

Die Berliner Stukkateure klagen über Tarifverhöbe. Eine Stukkateurversammlung verurteilte hier die Nichterhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit durch einen Teil der Verbandsmitglieder.

Achtung, Töpfer! Das Ergebnis der Vorstandswahl am Sonntag, den 1. März, ist folgendes: Abgegebene Stimmen 389. Gewählt ist als 1. Vorsitzender: Franz Segawa (387), 2. Vorsitzender, zugleich Kassierer: Max Kemnitz (321), 1. Kassierer: Eduard Kapputau (385), 1. Schriftführer: Hugo David (360), 2. Schriftführer: Ernst Müller (349), Beisitzer: Karl Liepe (242), Otto Kronfeld (191), Berthold Griesche (167), Fritz Scheffler (154), Revisor: Willi Donner (162), Arbeitsnachweisführende: Hugo David (219), Ernst Müller (201), Hermann Böhm (171), Karl Proberg (190), Lohnkommissionsmitglieder: Otto Kronfeld (190), Karl Schühe (180).

Der Vorstand.

Kleines Feuilleton.

Kaspertheater. Herren und Damen der Berliner Hofgesellschaft haben sich zusammengesetzt und zu einem edlen Jwed Theater gespielt. Sie wollten irgend ein Stiff mit dem Ertrag unterstützen, und das ist schließlich ihre Sache.

In der konservativen Presse ging es recht ruhig und anständig zu. Man nahm Notiz von einem gesellschaftlichen Ereignis, belobte galant die darstellenden Damen, zählte auch wohl ein wenig auf, wer alles dagewesen sei — was einige Leser angeben mochte — aber damit wars aus.

Und nun hatte man gegen diese einwandfreien Reportagen das schmuckhafte Benehmen eines Pads, das vorn auf der ersten Seite sich nicht genug damit tun kann, den Bürgermann, und an hohen Feiertagen auch den Arbeiter, gegen Junker und Adel in Schutz zu nehmen.

Die Herren an der „Vossischen Zeitung“ oder vom „Tageblatt“ wählten sich nicht zu lassen. Sie überboten einander: der eine druckte den papiernen Prolog des Intendanten ab, der auch das Reimen nicht verachtete, der andere botte sich eine ablige Dame engagiert, und die mußte nun den glerig aufstrebenden Epichern erzählen, wie es so bei feinen Leuten zugeht.

Das Feuilleton daran ist, daß die Dame, die das schrieb, für die „Post“ einen durchaus sauberen Bericht geschrieben hat. Für Unflätigkeiten genügt der nicht. Sie kannte ihre Wappenstein, die so gern vor einer Komtesse salutieren. Nein, wie ungezwungen!

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die Differenzen mit dem Restaurateur Behrend, Weihenburger Straße 29, sind durch tarifliche Vereinbarungen geregelt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Berband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung I.

Deutsches Reich.

Ein Musterbetrieb.

Weit ab vom allgemeinen Leben und Treiben der industriellen Tätigkeit liegt an der Bahnstrecke Hannover-Köln, wenige Stationen hinter Bielefeld, in beschaulicher Ruhe das Städtchen Hebe i. W., welches ungefähr 5-6000 Einwohner zählt.

Es sind wohl nicht mehr viel Betriebe in der Metallindustrie vorhanden, in denen noch über 60 Stunden pro Woche gearbeitet wird. In den „Simons-Werken“ dagegen beträgt noch heute die wöchentliche Arbeitszeit 61 1/2 Stunden.

Wenn am 10. und 20. jeden Monats die Löhnung stattfindet, dann hält wohl mancher Arbeiter und vielleicht auch manches Mädchen zähnelnd die Faust über die Bezahlung, die mitunter so gering ist, daß mancher Arbeiter kaum weiß, wie er seine Familie erhalten soll.

In den letzten Jahren sind Arbeiter aus allen Gegenden des deutschen Vaterlandes zusammengeführt worden, selbst aus Ungarn sind ganze Familien nach diesem „Edorado“ gezogen, weil sie glaubten, hier den Himmel auf Erden zu haben.

Die Arbeiter verdienen in der Fabrik 1,75 bis 2,50 M. pro Tag im Afford verdienen. In den üblichen Affordtagen werden im Anfang Zuschläge gezahlt, daß die vorstehend aufgeführten Verdienste erzielt werden sollen.

Table with 3 columns: Insgesamt, Abzüge, Auszahlung. Rows show various wage categories and amounts.

Diese Ziffern sprechen für sich selbst. Das sind aber nicht etwa vereinzelte Fälle, in denen so niedrige Verdienste erzielt werden. Es ist sogar vorgekommen, daß nach Ablauf der Lohnperiode nicht soviel ausgezahlt wurde, daß die Arbeiter das Allernotdürftigste kaufen konnten.

Schänt ihre Verlogenheit vorzuhalten: vorn wird Männerlos verzapft und weiter hinten imponiert man mit Perlen fabelhafter Größe, mit Brillanten und dem gestifteten Hoffleib der Prinzessin Vitrum-Stirum.

Es ist eine Schmierigkeit, die zu Herzen geht, weil sie von Herzen kommt.

Die Geographie der Gerüche. Vor einiger Zeit erwähnte Rudyard Kipling in einem Vortrag die Tatsache, daß bei dem Zustandekommen von Erinnerungsbildern an fremde Städte und Länder Geruchssensoren eine wesentliche Rolle spielen.

Die falsche Nase der Gioconda. Eine letzte Neuigkeit, die die Pariser „Revue“ über die Gioconda zu berichten weiß, muß uns all die Mühe, die man sich mit den Meisterwerken der großen Künstler gibt, in etwas groteskem Lichte erscheinen lassen.

Die falsche Nase der Gioconda. Eine letzte Neuigkeit, die die Pariser „Revue“ über die Gioconda zu berichten weiß, muß uns all die Mühe, die man sich mit den Meisterwerken der großen Künstler gibt, in etwas groteskem Lichte erscheinen lassen.

ausgeschrieben, damit sie für ihre Familie wenigstens Brot kaufen konnten.

Nun hat die Firma auch ein sogenanntes „Mädchenheim“ errichtet, in dem die von auswärtig herangezogenen Arbeiterinnen wohnen sollen. Einigen Mädchen, die vollständig mittellos wegen längerer Arbeitslosigkeit von Berlin nach Hebe gekommen sind, und die bis 11 Uhr Urlaub hatten — wie in der Kaserne — sind von dem Hausverwalter die unfähigsten Schimpfwörter an den Kopf geworfen worden.

Die Firma sollte nur anständige Löhne zahlen, die Arbeiter anständig behandeln, und aus ihrem Betriebe alles fernhalten, was dazu beitragen kann, die Verhältnisse zum Gegenstand der öffentlichen Kritik zu machen.

Achtung, Schuhmacher! In Köln-Rippes reichten in der Schuhfabrik Vohlig u. Co. die Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung ein, weil die Firma die ortsüblichen Bedingungen in der Lohn- und Pensionsfrage nicht anerkennen wollte.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Parlamentarisches.

Die Abänderung des Militärstrafgesetzbuches.

Mit ganz unerbittlicher Schnelligkeit wurde am Dienstag die Vorlage der Regierung, betreffend Abänderung des Militärstrafgesetzbuches, von der Kommission in erster Lesung erledigt.

Der § 70 des Militärstrafgesetzbuches bedroht die Fahnenflucht mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren; im ersten Rückfall von einem Jahre bis zu fünf Jahren, im wiederholten Rückfall mit Zuchthaus von fünf bis zu zehn Jahren.

Der § 78 des Militärstrafgesetzbuches droht dem Strafe an, der einen anderen zur Fahnenflucht vorsätzlich verleitet oder die Fahnenflucht befördert. Das Gesetz droht Strafe an von 6 Monaten bis zu 2 Jahren, im Felde Gefängnis von 6 bis zu 10 Jahren.

Notizen.

— Tesla-Versuche in der Urania. Bei dem populär-technischen Vortrag „Hochspannung“, den Artur Fürst zum ersten Male am Donnerstag, den 5. März, im Wissenschaftlichen Theater der Urania, Lindenstraße, veranstaltet, werden im Anschluß an die Experimente mit der neuen Hochspannungsanlage für 150 000 Volt auch Phänomene mit außerordentlich rasch schwingenden elektrischen Wechselströmen (Hochfrequenz-Strömen) gezeigt werden.

— Okerlongesse. Am die Osterzeit tagen drei namhafte wissenschaftliche Versammlungen: der 13. Kongreß der Deutschen orthopädischen Gesellschaft, der 43. Kongreß der Deutschen chirurgischen Gesellschaft und der Jubiläumskongreß der Deutschen Röntgengesellschaft.

— Ein neues Mittel gegen Tuberkulose machte im Frankfurter ärztlichen Verein Geheimrat Prof. Dr. Speich bekannt: eine Goldjodkaliverbindung, die zwei Jahre lang geprüft wurde und erfolgreich gewirkt haben soll.

— Kunstkronik. Der Maler Artur Wendrat, der zur Dresdener Künstlergruppe der „Albier“ gehörte, ist in Irrenhaufe gestorben. Zahlreiche Städtebilder, besonders aus seiner Vaterstadt Danzig, haben seinen Namen gut bekannt gemacht.

— Ein Demokrat-Denkmal. Dem im vorigen Jahre verstorbenen Demokraten Janson wird in Düsseldorf ein Denkmal errichtet werden. Die Organisation einer Subskription zu diesem Zweck wird von der parlamentarischen Linken, Sozialisten und Liberalen, in die Hand genommen.

— Flugzeuge als Minenjäger. Die Marineverwaltung der Vereinigten Staaten legte am Hafeneingang von Pensacola in Florida an neun verschiedenen Stellen Minen aus.

— Ein neues Mittel gegen Tuberkulose machte im Frankfurter ärztlichen Verein Geheimrat Prof. Dr. Speich bekannt: eine Goldjodkaliverbindung, die zwei Jahre lang geprüft wurde und erfolgreich gewirkt haben soll.

— Ein Demokrat-Denkmal. Dem im vorigen Jahre verstorbenen Demokraten Janson wird in Düsseldorf ein Denkmal errichtet werden. Die Organisation einer Subskription zu diesem Zweck wird von der parlamentarischen Linken, Sozialisten und Liberalen, in die Hand genommen.

— Flugzeuge als Minenjäger. Die Marineverwaltung der Vereinigten Staaten legte am Hafeneingang von Pensacola in Florida an neun verschiedenen Stellen Minen aus.

zurückgezogen und die Vorlage in der Regierungsfassung angenommen.

Der § 96 des Militärstrafgesetzbuches betrifft den Ungehorsam vor versammelter Mannschaft und droht dafür, wenn die Handlung im Felde begangen ist, Gefängnis oder Festungshaft nicht unter einem Jahre an. Der Entwurf will in milderer Weise die Strafe bis auf 14 Tage strenger Arrest ermäßigt haben. Diese Bestimmung wurde ohne Debatte angenommen.

Auch der Strafbestimmung des § 96, die Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren androht, wurde hinzugefügt, daß in milderer Weise die Strafe bis auf 3 Monate strenger Arrest ermäßigt werden kann. — Eine geringe Milderung erfuhr auch der § 97, dem folgender Absatz angehängt wurde:

„Hat die Täterschaft eine schwere Körperverletzung oder den Tod des Verletzten verursacht, so ist statt auf Gefängnis oder Festungshaft auf Zuchthaus von gleicher Dauer zu erkennen; in milderer Weise tritt Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre ein.“

Schließlich sollte nach der Regierungsvorlage noch dem § 110a hinzugefügt werden, daß bei bestimmten schweren Vergehen neben der erkannten Gefängnisstrafe die Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zulässig ist. Abg. Stadthagen beantragte namens der Sozialdemokraten, hinzuzufügen: in milderer Weise ist die Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes unzulässig. — Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag abgelehnt, dann aber auch die Regierungsvorlage, so daß diese Klasse in der zweiten Lesung ausfällt werden muß.

Damit war die erste Lesung des Gesetzes erledigt und man kam zu der Beratung der Anträge, die über den Rahmen der Vorlage hinaus gestellt worden sind. Die Debatte über die Anträge wird in der nächsten Sitzung zu Ende geführt werden können.

### Die Bahnbauten in Ostafrika.

Am Dienstag kam in der Budgetkommission des Reichstags das große Eisenbahnprojekt in Ostafrika zur Beratung. Der Etat verlangt 314 Millionen Mark als Darlehen an die Ostafrikanische Eisenbahngesellschaft zur Fortführung der Eisenbahn Dar-es-Salaam—Morogoro bis an den Tanganjikasee (7. Rate), zur Ergänzung und Umbauten der Stammstrecke Dar-es-Salaam—Morogoro, zur Schaffung eines Referatsamtes und zum Bau einer Eisenbahn von Tabora nach Ruanda (1. Rate). Die letztere Linie soll neu in Angriff genommen werden, um für die Hauptlinie eine Zufahrtsbahn zu schaffen, die die dichtbesiedelten und fruchtbaren Gebiete von Ruanda und Urundi erschließt. Da die Sozialdemokratie von der Einführung der Waren- und Geldwirtschaft in die genannten Gebiete, die eine der ersten Folgen des Bahnbaus sein würde, die Auflösung der alten Wirtschaftsverhältnisse und eine Verschiebung in der Wirtschaftsstruktur, damit das Ausbrechen schwerer Konflikte und Kämpfe befürchtet, verlangte Genosse Vedebohr von der Regierung Auskunft über die Verhältnisse und Wirtschaftsverhältnisse bei den Watutsi (Herrenklasse) und Watutu (Arbeiterklasse). Nach den Ausführungen des Regierungsvertreeters sind die Hauptlinge nominelle Besitzer von Grund und Boden, den sie an Eingeborene vergeben. Diese wohnen meist in kleinen Familien, in einzelnen Gehöften und fühlen sich als Inhaber. Die Abgabe von Land zu Bahnbauten erfolgt auf Grund von Verträgen und gegen Entschädigung; es wird kein angekauft Land, sondern nur Weideland angekauft. Der Staatsorganismus in den genannten Gebieten legt von höherer Kultur Zeugnis ab, als sie sonst in Afrika angetroffen wird. Die deutsche Verwaltung werde hierauf Rücksicht nehmen. Die bisherige militärische Besetzung sei im Hinblick auf die durch die Bahn zu schaffende rasche Beförderung der Truppen ausreichend. Abg. Raumann (Sp.) wünschte zu wissen, ob sich die Gebiete als Produktions- und Ausfuhrland so bewähren würden, daß die Rentabilität der Bahn dauernd gesichert sei, und ob die bestehenden Lebensverhältnisse der Steuererhebung nicht hinderlich seien.

Der Staatssekretär stellte in Aussicht, durch Raffeanbau die Produktivkraft der Eingeborenen zu heben, auch würde der Bahnbau selbst die wirtschaftliche Entwicklung erheblich fördern. Die Steuererhebung werde die Lebensverhältnisse nicht beeinträchtigen. Mit der Hoffnung auf Plantagenbau dürfe nicht gerechnet werden, da das Eingeborenmaterial hierzu nicht geeignet sei. — Genosse Henke befürchtete, daß mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft die Bevölkerung der Watutu durch die Watutsi sich verschlimmern werde, und bezweifelte den Vorteil einer gesteigerten Produktausfuhr für die deutsche Wirtschaft, da die Kolonien ja als Zollausland gelten. — Abg. Baasche (natl.) redete dem Plantagenbau des Wort, wogegen sich Genosse Vedebohr entschieden wandte; die Einrichtung von Rüstwerkstätten und Versuchskulturen durch Weiche, um die Eingeborenwirtschaft zu heben, werde man begrüßen können. — Abg. Schwarz (B.) trat für den Weiterbau der Linie Roschi—Kusila bis Ruanda und von dort bis zum Kagera-Arnie ein. Ein Projekt, das die Regierung als undurchführbar ablehnte. — Genosse Dietmann fragte an, woher man die Arbeiter zum Bahnbau zu nehmen gedenke. Bei dem Bau der Mittellandbahn seien Tausende von Eingeborenen jahrelang von ihren Angehörigen ferngehalten worden, was zu schweren Störungen und Unzutuglichkeiten geführt habe. Trotz all den gegebenen Versicherungen werde die Folge des Bahnbaus sein, daß die Eingeborenen von Ruanda und Urundi in ein bis zwei Jahrzehnten ebenso verelendet und verflucht sein würden, wie die Bewohner der bereits unterjochten Gebiete. Die Geldwirtschaft werde einer krassen Ausbeutung Tür und Tor öffnen und der durch die Naturalwirtschaft bedingten milden Abhängigkeit und Sorglosigkeit ein Ende machen. — Der Staatssekretär Dr. Solff kam in seiner Antwort über allgemeine Versicherungen und wohlfeile Nebenbemerkungen nicht hinaus. Das Zentrum brachte eine Resolution ein, in der es die Erwartung ausdrückte, daß beim Bau der Eisenbahn keinerlei staatsförmlicher Zwang ausgeübt wird, daß für die beim Bahnbau beschäftigten Arbeiter genügende Arbeiterbestimmungen erlassen und innegehalten werden, daß eine Besiedelung von Ruanda und Urundi durch Weiche ausgeschlossen und die Residentenverwaltung dieser Gebiete vorerst beibehalten bleibt. — Genosse Vedebohr erklärte, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission dieser Resolution sympathisch gegenüberstünden, nach den Erfahrungen aber, die sie am Freitag mit ihrem weitgehenden Antrage gemacht, dem projektierten Bahnbau unmöglich ihre Zustimmung geben könnten.

In der Abstimmung wurde die Bahn gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt und die Zentrum-Resolution angenommen. Ohne wesentliche Debatte wurde hierauf der Rest des Etats von Ostafrika erledigt.

### Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagruhekommission des Reichstags wurde am Dienstag die Abstimmung über die Arbeitszeit in den Städten mit unter 75 000 Einwohnern vorgenommen. Abgelehnt mit den 16 Stimmen der bürgerlichen Parteien vom Freisinn bis zu den Konserwativen, gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten, des Grafen Pofadowski, der Christlichsozialen und des Abg. Rarquard bei einer nationalliberalen Stimmenthaltung wurde der sozialdemokratische Antrag, jene Arbeitszeit auf 2 zusammenhängende Stunden bis spätestens 1 Uhr festzusetzen. Angenommen mit wesentlichen derselben bürgerlichen Mehrheit wurde dagegen der Kompromißvorschlag unter Zentrumsführung, 3 Stunden Arbeitszeit für die Städte mit unter 75 000 Einwohnern als Regel mit der Maßgabe zuzulassen, daß in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern diese Beschäftigungsdauer ununterbrochen sein muß, d. h., daß sie in den kleinen Gemeinden sogar auf Vor- und Nachmittags verteilt werden kann. Eine bestimmte Schlußstunde wurde nicht beliebt. Ferner beschloß dieselbe Mehrheit nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Milderungsantrages, der Befugnis der Verwaltungsbehörde für „besondere Verhältnisse“ die Festsetzung zu geben, jene reguläre Sonntagsarbeit von drei Stunden für Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern um zwei Stunden, für die von 10 000 bis 75 000 Einwohnern um eine Stunde zu

verlängern. Dann ging man zur Regelung der Ausnahmen für das sogenannte Bedürfnisgewerbe über. Hier will die bürgerliche Kompromißmehrheit noch einmal weitere Arbeitszeiten gestatten. Für Bad- und Konditorwaren sollen nicht weniger als 6 Stunden, für Milch und Kalkzementwaren drei Stunden extra in allen Gemeinden freigegeben werden. Eine Mittagsruhe von 15 Minuten ist hier wiederum nicht vorgesehen. In den Gemeinden von 75 000 Einwohnern aber soll die höhere Verwaltungsbehörde für alle möglichen sogenannten Bedürfnisgewerbe bis zu zwei Stunden extra freigegeben können, hier allerdings nur bis 1 Uhr mittags. — Die Sozialdemokraten erklärten, daß für die Gemeinden von unter 75 000 Einwohnern durch die verhängnisvollen Mehrheitsbeschlüsse auch das Bedürfnisgewerbe schon mehr als ausreichend berücksichtigt sei. Sie beantragten deshalb nur für die Orte mit völliger Sonntagsruhe drei freie Stunden mit Schlußstunde 10 Uhr Vormittags für sieben namentlich aufgeführte und im Gesetz festzulegende wirkliche Bedürfnisgewerbe (Milch, Bäcker- und Konditorwaren, feines Gemüse, Fleisch und Wurst, frische Blumen, Zeitungen, Eis und Mineralwasser). Die Entscheidung darüber fällt nächsten Donnerstag.

## Soziales.

### Wie langsam eine Aufsichtsbehörde in Krankensachen arbeitet.

Der Schlosser Wth. K. in Eisenspaltzei (Kreis Ober-Barnim) war am 17. September des vorigen Jahres erkrankt. Am 1. Dezember wurde ihm die weitere Leistung durch die in Frage kommende Betriebskasse entzogen. Angeblich war er vom Arzt als gesund erklärt. K. ging nun zu einem Arzt Dr. Schneider, der in der Kasse bisher bei Nachuntersuchungen in Betracht gekommen war. Dieser hielt ihn für operationsbedürftig und legte seine Ansicht in einem Schreiben nieder. K. ging zur Kasse und berief sich auf die Auffassung des Dr. Schneider. Ihm wurde aber gesagt, — wie folgen immer der Darstellung des K., — das gehe Dr. Schneider nichts an, Dr. K. habe ihn für arbeitsfähig erklärt. K. ging darauf zu dem Dr. K. Dieser sagte ihm nach Lesen des Briefes des Dr. Sch.: Daß Sie noch krank sind, weiß ich. Um mich aber mit dem Herrn S., dem Betriebsdirektor, nicht zu erzürnen, habe ich Sie auf seinen Wunsch gesund geschrieben.

K. erhob nun am 5. Dezember Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde. Ausgangs Dezember bekam er auf Anfrage den ersten Bescheid der Aufsichtsbehörde. Er ging dahin, die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen. Am 18. Januar fragte K. erneut an, am 12. Februar bekam er vom Landratsamt für Ober-Barnim den Bescheid: „Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, Bescheid wird Ihnen seinerzeit erteilt werden.“ Dabei ist es bis heute geblieben.

Daß eine solche Verzögerung einer Bescheiderteilung nicht im Interesse des Kranken liegen kann, sollte sich auch die Aufsichtsbehörde fügen. Sind wirklich die Ermittlungen in diesem Falle so schwer anzustellen, daß sie sich in nahezu drei Monaten noch nicht abschließen lassen? Wenn eine Operation in Frage kommt, so handelt es sich doch nach einer bereits bestehenden fast dreimonatigen Krankheit nicht um einen ganz geringfügigen Fall. Was sagt die Aufsichtsbehörde der Aufsichtsbehörde zu der langsamen Erledigung eines eiligen Falls?

### Immer Portemonnaieinteressen.

Wenn die herrschenden Kreise sich für etwas begeistern, dann hängt das mit unfehlbarer Sicherheit irgendwie mit den großen Portemonnaies zusammen. Das gilt auch von dem Eier, die sogenannte militärische Erziehung zu fördern und der Jugendpflege sich zu widmen. Die Verhandlungen des Vereins für ländliche Wohlfahrt und Heimatspflege in der vergangenen Woche lieferten dafür einen neuen Beweis. General von Voebell sprach dort über „Heimatsvorbereitung auf dem Lande“. Unter anderem forderte er Einschränkung der Freizügigkeit, Ueberwachung der Jugendlichen von 14 bis 17 Jahren und Einführung einer Leibezeit für Landarbeiter. Das könnte den Agrariern zu passen. Verhinderung der Landflucht, ohne daß die Arbeitsbedingungen verbessert zu werden brauchen, das ist ein agrarisches Ideal. Die hier vorgeschlagene ländliche Leibezeit als — Heimatsvorbereitung stellt sogar eine Erparnis an Löhnen in Aussicht. Den „Lehrlingen“ auf dem Acker und im Viehstall würde man natürlich keinen Lohn mehr geben. Vielmehr müßten die armen Eltern noch Vergeltung zahlen. Abwandern könnten die jungen Leute ja nicht mehr, wenn die erwähnten Forderungen verwirklicht würden. — Selbstverständlich fanden und finden die Voebellschen Vorschläge begeisterte Zustimmung bei alten Agrariern.

## Aus Industrie und Handel.

### 225 Millionen Mark Aktienkapital.

Ehe noch die Deutsche Bank ihre Einzelpläne zur Durchführung der Kapitalerhöhung von 200 auf 250 Millionen veröffentlicht hat, verbreitet die Diskonto-Gesellschaft die Mitteilung, daß auch sie ihr Kapital von 200 auf 250 Millionen Mark heraussetzen wolle. Die Diskonto-Gesellschaft ist also die erste deutsche Großbank und zugleich die erste deutsche Aktiengesellschaft überhaupt, die ein Aktienkapital von mehr als 200 Millionen Mark besitzen wird. Vielleicht ist in der Kapitalerhöhung der Diskonto-Gesellschaft nur eine Wohnnahme zu sehen, die als Konkurrenzmanöver gegenüber der Deutschen Bank gedacht ist, um nicht in dem öffentlichen Ansehen hinter der Deutschen Bank zurückstehen zu müssen. Die Leitung der Diskonto-Gesellschaft gibt zur Begründung nur an, daß ein Teil des neuen Kapitals zum Erwerb von 10 Millionen neu auszugebenden Anteilen der Deutschen Bank in Hamburg verwendet werden soll. Neben der Verhäufung ihres Einflusses bei der Norddeutschen Bank (die zurzeit 51,2 Millionen Mark Aktienkapital besitzt) wird ein weiterer Teil des neuen Kapitals wohl für die Erweiterung des Geschäftsumfanges in Holland benutzt werden. Denn wie die Verwaltung der Diskonto-Gesellschaft weiter mitteilt, wird sie in Antwerpen eine Filiale errichten.

Nach dem Jahresabschluss der Diskontogesellschaft ist der Bruttogewinn gegen 1912 von 39,8 auf 41,5 Millionen Mark gestiegen. Mehrerträge brachten die Einnahmen aus Zinsen, Wechseln, Provision und die Beteiligung an anderen Banken. Die Einnahmen sanken dagegen aus dem Verfall von Wertpapieren. Die Gewinnrechnung zeigt also das typische Bild der übrigen Großbankabzweige: Mehrerträge durch die hohen Gelddräge des Jahres 1912, Vindererträge durch Kursverluste, Rückgang des Börsengeschäfts und Einschränkung der Ruandgabe von Wertpapieren.

Aus dem Reingewinn, der nur eine ganz geringe Erhöhung auf 25,73 Millionen zeigt, werden wie im Vorjahr 10 Proz. oder 20 Millionen Mark als Dividende ausgeschüttet.

32 Prozent Dividende zahlen wie im Vorjahr die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Die Verwaltung gibt den Reingewinn an mit 5,78 Millionen gegen 5,77 Millionen im Jahre 1912. Die Steigerung ist angesichts des gesteigerten Bedarfs an Kriegsmaterialien im vergangenen Jahre so gering, daß man annehmen muß, die Verwaltung hat die Gewinne des Unternehmens in der Gewinnberechnung und Bilanzanstellung vermindert, um nicht der Öffentlichkeit Anlaß zur Kritik zu geben.

Verleibung der österreichischen Schiffahrtsindustrie. Nachdem die Austria-Americana (Triest) wie der gesamte österreichische Auswandererverkehr zum größten Teile von dem deutschen Einfluß befreit worden ist, geht auch die ungarische Regierung daran, eine

selbständige ungarische Schiffahrtslinie Triest—New York zu errichten. Die Cunardgesellschaft hat die Verpflichtung übernommen, auf Wunsch der Regierung eine selbständige Schiffahrtslinie Triest—New York einzurichten.

## Berichtszeitung.

### Zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Presse.

Am Montag fällt das Reichsgericht ein Urteil, in dem es grundsätzlich in weitgehendstem Maße die zivilrechtliche Haftung der Presse wegen unrichtiger Behauptungen ausspricht.

Der Kläger S. war bis zum Herbst 1906 Besitzer eines Hotels in Ruhla. Ein von ihm entlassener Hausdiener Th. hat in dem Jahrbuch „Der Hotelbesitzer“ in der Nummer vom 1. Juni 1906 einen Artikel veröffentlicht, in dem gesagt war, daß die Zustände im Hotel des Klägers jeder Beschreibung spotteten; Küssen, Schwochen und Ratten liefen in der Küche über Geschirr und Gläser. S. habe auch mit seinen Angestellten schwere Differenzen gehabt. Am Schlusse findet sich der Satz: „Für die Wahrheit der geschilderten Zustände stehe ich mit vollem Namen ein. Fr. Th. Hausdiener.“ Der Artikel ist von verschiedenen Tageszeitungen übernommen worden, so u. a. vom „General-Anzeiger für Thüringen“, von der „Wühlfänger Zeitung“ und vom „Langensalzaer Kreisblatt“. Gegen die Verleger und Redakteure dieser drei Zeitungen hat der Kläger S. eine Klage auf Schadenersatz erhoben, indem er geltend macht, durch diese unwahren Zeitungsaufsätze sei sein Hotel in schlechten Ruf gekommen, seine Einnahmen seien zurückgegangen, und er habe es schließlich billig verkaufen müssen; dadurch sei ihm ein Schaden von insgesamt 23 000 M. entstanden, wovon er zunächst 15 000 M. einlegte. Der Urheber der Mitteilung, der Hausdiener Th., ist auf die Beleidigungsklage des Klägers bestraft worden. Eine Notiz über die behaupteten Mißstände im Hotel des Klägers ist auch in anderen größeren Zeitungen, u. a. in der „Frankfurter Zeitung“, in der „Erfurter Tribune“ und in der „Post reisender Kaufleute“ erschienen.

Vom Landgericht Erfurt wurden die Beklagten als Gesamtschuldner verurteilt, dem Kläger 12 000 M. zu zahlen. Das Oberlandesgericht Raumburg dagegen hat die Klage abgewiesen, indem es zwar die Behauptungen des Artikels nach der Beweisaufnahme als objektiv unwahr bezeichnet, auch ein Verschulden der Beklagten bei der Aufnahme der Notiz annimmt und die Wahrnehmung berechtigter Interessen verneint. Es hielt aber den Nachweis des dem Kläger entstandenen Schadens in ursächlichem Zusammenhang mit dem Erscheinen des Artikels in den Zeitungen der Beklagten nicht für erwiesen.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision des Klägers zurückgewiesen. Zur Begründung führte der höchste Gerichtshof kurz aus: Es ist kaum zu verkennen, daß dem Kläger durch das Erscheinen der fraglichen Artikel ein Schaden entstanden ist. Die Beklagten haben auch durchaus fahrlässig gehandelt. Was das angebliche Interesse anlangt, das sie mit der Verbreitung der Behauptung wahrgenommen haben wollen, so hat das Publikum nur ein Interesse an wahren Nachrichten und nicht an solchen unwahren Angaben, wie sie hier der entlassene Hausdiener gemacht hat. Daß es angängig gewesen wäre, sich vor dem Erscheinen des Artikels zu erkundigen, kann gar nicht zweifelhaft sein. Aber die Revision scheitert an der tatsächlichen Feststellung des Oberlandesgerichts, daß der Kläger einen Schaden nicht nachgewiesen hat, daß insbesondere der Verlauf des Hotels und die Festsetzung des Kaufpreises mit dem Artikel nichts zu tun hat. (VI. 354/13.)

### Zwei Preßprozesse.

1. Der verantwortliche Redakteur der „Deutsch-sozialen Blätter“ Bucher hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des Chefredakteurs des Berliner Tageblattes Theodor Wolff zu verantworten. Die „Deutsch-sozialen Blätter“, deren verantwortlicher Redakteur der Angeklagte H. hatten das „Berliner Tageblatt“ als „berufsmäßigen Schandspiegel“ bezeichnet, ihm „Kuppigkeit und Schnoddrigkeit“ vorgeworfen und dergleichen Dinge mehr. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 200 M. Geldstrafe.

2. In der „Welt am Montag“ und im „Kleinen Journal“ waren sensationell zugespitzte Artikel über die Internierung der Brüder v. Besen enthalten, die gegen den Staatsanwalt den hinsichtlich Vorwurf erhoben, er habe aus persönlichen, nicht aus sachlichen Gründen die Internierung veranlaßt. Gestern standen deshalb der Redakteur Scholz und der Schriftsteller Reuß von der „Welt am Montag“, der Redakteur Wegener vom „Kleinen Journal“ unter der Anklage der Beleidigung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Nach satzungsmäßiger Beweisnahme gaben die Angeklagten die Erklärung ab: „Ich habe mich überzeugt, daß der qu. Artikel auf Grund unvollständiger und daher unrichtiger Information erschienen ist. Ich habe durch die gefälschte Hauptübersetzung die Uebersetzung genommen, daß die Bearbeitung der v. Besenschen Entmündigungssache durch die Staatsanwaltschaft III Berlin nach rein sachlichen Erwägungen und sachlich einwandfrei erfolgt ist. Ich sehe daher nicht an, zu erklären, daß ich mich bei Abfassung des Artikels geirrt habe und daß ich die gegen die Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfe ausdrücklich zurücknehme.“ Die Staatsanwaltschaft nahm darauf den Strafanzug zurück. Das Verfahren wurde hierauf eingestellt.

### Magistratsschreiber vor dem Schwurgericht.

Ein recht plumpe angelegter Vertragsbruch gegen die Dresdner Bank lag einer Anklage zugrunde, die gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Karsten beschäftigte. Wegen Fälschung öffentlicher Urkunden und verhehlter Beträge waren die ehemaligen Magistratsschreiber Ernst Wegener und Herbert Haas aus Rönitz angeklagt, die von den Rechtsanwälten Sohaagewer und Strelitz verteidigt wurden.

Der Angeklagte Haas war drei Jahre lang bei dem Magistrat in Rönitz als Schreiber angestellt gewesen. Er verlor diese Stellung, da er sich verschiedene Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließ. Von dieser Tätigkeit her konnte er die Unterschriften der Bürgermeister Dr. Langerhans und Primers sowie des Stadtrats Ringer und wußte auch, daß die Stadt Rönitz mit der Dresdner Bank in Verbindung stand. Offenbar von der Ansicht ausgehend, daß es, wie „berühmte“ Beispiele zeigen, nicht schwer sein müsse, die Stadt Rönitz in den Mittelpunkt eines Schwindels zu stellen, schickte er Anfangs Dezember den Plan, sich auf eine verhältnismäßig leichte Weise Geld zu verschaffen. Er kaufte sich für 10 Pf. Wechselformulare und fälschte eines davon mit dem Namen des Bürgermeisters Dr. Langerhans und der beiden anderen Namen. Gleichzeitig fälschte er ein Beglaubigungs schreiben für den Mitangeklagten Wegener, der die Rolle des Kassaboten übernehmen sollte. Sodann ging er während der Rittagspause des städtischen Bureaupersonals nach dem Rathaus, wo er in dem Zimmer des Einwohnermeisters einen dort freierumliegenden Stempel nahm und die beiden gefälschten Urkunden damit stempelte. Als Wegener den auf 20 000 M. lautenden Wechsel und das Beglaubigungs schreiben an der Kasse der Dresdner Bank in der Wahrenstraße vorlegte, schloß der betreffende Kassabote Verdacht, und zwar nur deshalb, weil es sich um eine für eine städtische Behörde auffallend kleine Summe handelte. Nach telefonischer Erkundigung in Rönitz wurde der angebliche Kassabote festgehalten und der Polizei übergeben.

Vor Gericht haben die Verteidiger die Geschworenen, den noch recht jugendlichen Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen, da es sich offenbar mehr um einen Dummejungenstreich handele, der von vornherein keinerlei Aussicht auf Erfolg gehabt habe. Die Geschworenen kamen dieser Bitte auch nach, so daß die Angeklagten vor dem Justizhaus bewahrt blieben. Das Urteil lautete deshalb Wegener nur auf 3 Monate und gegen Haas auf 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von je 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.



Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Akoholfreie Getränke

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrschule

Bade-Anstalten

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummivarren

Bäcker- u. Konditoreien

Turban

A. Bickel, Ehingerstraße 33

Alw. B. Knecht, Rindfleisch

Paul Bock, Rindfleisch

Waldemar Bröse, Rindfleisch

Hermann Busch, Rindfleisch

Ernst Buller, Rindfleisch

Gust. Böhm, Rindfleisch

G. Böhmer, Rindfleisch

Alb. Dackwitz, Rindfleisch

David Landwehr, Rindfleisch

Paul Dolly, Rindfleisch

Alb. Donner, Rindfleisch

Rud. Donner, Rindfleisch

Friedr. Ebdler, Rindfleisch

Max Faust, Rindfleisch

Carl Feist, Rindfleisch

Paul Freitag, Rindfleisch

H. Freyer, Rindfleisch

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bäcker- u. Konditoreien

C. Kanze, Langestr. 40

Karl Kumerle, Langestr. 40

Max Köhl, Triftstr. 9

Felix Kynast, Dänenstr. 8

Bäckerei Künscher

Ew. Liesegang, Danzigerstr. 42

Carl Lindenberg, Lybcarstr. 4

H. Lübs, Reichelstr. 64

Fritz Ludwig, Hohenzollernstr. 2

W. Luzemann, O. Gabrielstr. 2

W. Megow, Lichtenh. 6

H. Markgraf, Charl. Goethestr. 49

R. Markworth, Pfingststr. 11

R. Mascher, Lichtenh. 6

Anton Meyner, Landbergerstr. 17

Alfred Meyer, Fuldstr. 10

Mühlstein, Spandau, Bismarckstr. 3

G. Mosler, Weidenburgerstr. 42

E. Mühle, Mantelstr. 87

Max Müth, Falkenstr. 77

Carl Neudorff, Hühnerstr. 36

Wilhelm Nikola, Malplaquetstr. 6

Gustav Nielsen, Lindowstr. 2

P. Nitzsche, Cadinerstr. 4

Paul Otto, Danzigerstr. 21

Robert Pätzschke, Sprengelstr. 49

J. Pätzschke, Amst. 104

Herm. Prager, Gr. Frankfurterstr. 26

Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 25

Richard Raach, Weidenstr. 12

Bezugsquellen-Verzeichnis

Carl Lange, Lindenstr. 2

F. Laufmann, Reimkendorferstr. 293

O. Quies, Hell. 117, Reimkond.-O.

Willy Rosenow, Camphausenstr. 4

K. Schotta, Fankow, Florastr. 94

M. Thorge, Schöneberg, Kaiserstr. 66

Ch. Vongerau, Fank. Berlinerstr. 11

Cigarronfabriken

W. Herbst, Ritterstr. 33, Tel. Moritzstr. 1873

Damen-Konfektion

M. Bröding, Weidenweg, Lughausstr. 149

Otto Güllé, Prenzlauer Allee 27

Maria Jahn, Spand. Potsdamstr. 66

Dampf-Waichanstalt

Reimkondorf, Hauptstr. 23-27

Drogen und Farben

O. Barkow, Weidenweg 72

Besselt-Drogerie, Stoll, Besseltstr. 8

E. Beckmann, Weidenburgerstr. 10

Drogerie Lippehnerstr. 24

Drogerie Sudrow, Ebertstr. 28

Alt-Gilienich, N. Klinka, Kaiserstr. 66

M. G. Jürgen, Winastr. 32

F. Kullmann, Prenzlauer Allee 87

Otto Kretschmar, Rosenthalerstr. 5-7

Kreth's Drogerie, Fannstr. 51

Langwitz-Rickmann, E. Wilhelmstr. 15

Max Schf. Inmannstr. 29, E. Winastr. 17

Alfr. Marach, Culmstr. 37

Rathaus-Drogerie, Villa, Besseltstr. 24

Rathaus-Drogerie, Fankow, Besseltstr. 24

G. A. Müller

Neu-Jeniburg - Frankfurt a. M.

Spezialität: Frankfurter Würstchen

N. F. Zimmermann

A. Möbes Ndf.

Fleischwaren u. Würstfabrik

Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Otto Müller, Zorndorferstr. 58

Josef Otto, Scharnweberstr. 67

Th. Preussler, Nannynstr. 6

Carl Passow, Scharnweberstr. 6

Gustav Pönnig, Golakowskystr. 15

M. Pietsch, N. Klinka, Kassebeckstr. 152

Jos. Radefeld, Adalbertstr. 80

Herm. Raschfeld, Zietenstr. 10

Hermann Reubert, Elisabethstr. 34

Fritz Reichelt, Emdenerstr. 48

G. Rohloff, Nannynstr. 8

W. Rohloff, J. A. Hafer, Klinka-Allee 82

E. Rummel, Theodorstr. 60

Alfr. Richter, Scharnweberstr. 50

Jos. Ritze, Scharnweberstr. 50

Leberecht Schröder, Waidstr. 48

Seyfar, Gr.-Lichterf., Chaussee 11

Hermann Schmidt, Theodorstr. 48

K. Scheffler, Chodowickstr. 21

Paul Seidel, Schönbühl, Allee 80

J. Suchorsky, O. Libanstr. 12

Gebr. Schulz, Lichtenh. 6

W. H. Schwarz, Königsbergerstr. 28

Heinr. Schütz, Danzigerstr. 37

G. A. Müller

Neu-Jeniburg - Frankfurt a. M.

Spezialität: Frankfurter Würstchen

N. F. Zimmermann

A. Möbes Ndf.

Fleischwaren u. Würstfabrik

Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Otto Müller, Zorndorferstr. 58

Josef Otto, Scharnweberstr. 67

Th. Preussler, Nannynstr. 6

Carl Passow, Scharnweberstr. 6

Gustav Pönnig, Golakowskystr. 15

M. Pietsch, N. Klinka, Kassebeckstr. 152

Jos. Radefeld, Adalbertstr. 80

Herm. Raschfeld, Zietenstr. 10

Hermann Reubert, Elisabethstr. 34

Fritz Reichelt, Emdenerstr. 48

G. Rohloff, Nannynstr. 8

W. Rohloff, J. A. Hafer, Klinka-Allee 82

E. Rummel, Theodorstr. 60

Alfr. Richter, Scharnweberstr. 50

Jos. Ritze, Scharnweberstr. 50

Leberecht Schröder, Waidstr. 48

Seyfar, Gr.-Lichterf., Chaussee 11

Hermann Schmidt, Theodorstr. 48

Paul Seidel, Schönbühl, Allee 80

J. Suchorsky, O. Libanstr. 12

Gebr. Schulz, Lichtenh. 6

W. H. Schwarz, Königsbergerstr. 28

Heinr. Schütz, Danzigerstr. 37

Güher-Honig

Hokenkamp & Neumann

M. Krügers

P. Lange, Waldemarstr. 40

B. Ludwig, Schraw. 58, 60, Reich-W.

Fr. Pawlitzki, Provinzialstr. 103, Reikd.

O. Pöschel, Schraw-Allee 18

Alfr. Richter, Stromstr. 24

Frans Richter, Malplaquetstr. 25-28

Range, Otto, N. Klinka, Hermannstr. 35

A. Scharf, Feilbühl, Scharnweberstr. 50

Fritz Schell, Schwedterstr. 47

Schleutner, Emil, Huttenstr. 7

Emil Schulte, Reimkondorf, Reimkond.

A. Sittinat, Reimkondorf, Reimkond. 81-104

W. Thoms, Reimkond.-Str. 54

Erich Thiel, Weiden, Langhausstr. 129

H. Vogel, J. A. Schreiber, Waidstr. 11

Aug. Wörke, Müllerstr. 105

G. Zimmerling, Weinbergweg 4

Kohlen, Koks, Holz, Briquets

W. Bussan, Immanuelstr. 11

Otto Müller, O. Romintenstr. 33

Frans Richter, Maxstr. 16-19

C. Richter, J. A. Schreiber, Scharnweberstr. 50

Ferd. Wree, Reimkondorf, Reimkond.

Kurz-, Weis-, Wollwaren

Alb. Berk, Fankow, Florastr. 41

Herm. Engel, Tegel, Schloßparkstr. 20

H. Heussler, Reimkondorf, Reimkond. 74

M. Gardels

Ferd. Joachim Nachfolg.

C. Linkogal, Poststr. 46

H. Nolte, Teichstr. 94-98

W. Störck, Teichstr. 94-98

Heinrich Stump, Beckowstr. 4

R. Thoner, Eisenstr. 78

Nahrungsmittel

H. John, Wörtherstr. 33

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 36

Ed. Hroda, Frister & Hofmann

Nähmaschinen, Rosenthalerstr. 19

Littauer Nähmach., Spandau

3 Jahre Garantie, Teichstr. 94

Nähm.-Spz.-Gesch.-Firmastr. 10

Littauer Nähmach., Weiden, Berl. 11-14

Alb. Ruhke, Berlinerstr. 117, Paul

Singer Nähmaschinen

Läden in allen Stadtteilen

Obst, Gemüse

C. Bitt, N.W., Turmstr. 64

Ernst Göthling, Schwedterstr. 1

Kleine Markthalle, Fank. Florastr. 24

Fritz Wolff, Naugauerstr. 45

Optiker, Mechaniker

Dass, Paul, N. Müllerstr. 174

G. Groß, O., Frankfurter Allee 16

Groß, Paul, Wankauerstr. 64

Leop. Patocka, Brunnenstr. 45

Schubert, Carl, N. Klinka, Bergstr. 104

W. Zapletal, Frankfurter Allee 163

Partiwaren u. Rolleiager

G. Glanz, Weiden, Berl. Allee 55

Amol Hausmittel

Bäcker- u. Konditoreien

Bräuerei Königstadt

Cigarronfabriken

G. A. Müller

Güher-Honig

Hokenkamp & Neumann

Max Busse Brunnenstr. 176/177. E. Hempel Goldschmiedemeister, Fessler, in a. Weddingplatz. G. Karger, O., Grünbergerstr. 15. Kulebusch, W., Frft. Chaussee 96. H. Kühn, N. Schick, K. Wils, 31. 35. Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40. Schrammek, G. Frft. 7. N. J. J. Schmitz, 19. W. Schroeder, Linsendammstr. 25. G. Schurig, Bruns. - St. 86. Wecker, Zeisr. 7. Soffner Nachf., Schöneberg. Max Storch, Kolonnenstr. 60. C. Wagner, Reinickendorf, Str. 94. Georg Weigel, Wrangelstr. 27.

Hugo Selig 60 Filialen in allen Stadtteilen. Groß-Dezillat. Schiefe Haube. Herm. Meyer & Co., Act. Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen. Wirtschafften, Etablißments. Kino-Variété Sanssouci, Cottbuser Str. 6. Gut gepflegte Biere. Dienst. Donnerst. Sonnt. Ball. Volkstümliche Preise. Café Metropol. Grand-Café „Zoppella“.

Die erste selbstspiel. Doppelgeige Patzenhofer. Riebeck-Bier-Ausschank. Konzert-Café Nord-Palast. Riebeck-Ausschank. Patzenhofer Ausschank. Yoghurt-Präparate. Yoghurt-Milch-Kakao.

Zahnteiler. Max Alm, Franseckstr. 18. P. Barel, Steinmetzstr. 30. W. Best, Stadlerstr. 42 E. Yrasplet. M. Dreier, Grützerstr. 701, Treptow. Dübby, H., Neukölln, Bergstr. 483-K-1179. Goetz, Kais.-Friede.-St. 18811, N.-Kölln. E. Junk, Blumenstr. 88 Kgt. 12846. H. Lindeke, Warschauerstr. 9. R. Mende, Schulstr. 117, Eke-Haxstr. Ernst Müller, Invalidenstr. 160. Zahn-Atel, Volkswohl, Willersstr. 124a/b. M. Rasenke, Birkenstr. 22. Reimann, Reichenstr. 115, Reichenk. E. Sager, N.-Kölln, Bergstr. 62, Tel. 5944. Hermann Schultze, Beusselstr. 15. Emil Sann, Große Frankfurterstr. 4. Karl Sommer, Frankfurter Allee 114. Strauchmann, Reichenk. St. 5. H. E. W. Thiedt, Reinickendorferstr. 7. Weiss, Max, Reichenk. Str. 119. Witte, Max, Eke-Haxstr. 16. Adlershof. Britz.

E. Schröder, Bick. Chaussee 101a u. 104. St. Sorowka, Bickerei, Runtowenstr. 34a. Fr. Tschentke, Bick. Chaussee 75. Bohnsdorf. G. Schülerkind-u. Schweinemetz. Fredersdorf. H. Göb, Drogen und Farben. Carl Schließer, Brot-u. Feinbäcker. Gust. Schönefeld, Schuhw. u. Rep. Carl Tegel, Brot-u. Feinbäcker. Königs-Wulterhausen. Butterhandlung Monopol. Kaufhaus Emil Bergmann. Otto Krusche, Fris., Kottbuser Str. 14. Max Leib, Herrenartik. Geogr. 1967. Franz Pischner, Hans- u. Köchenerstr. Otto Schampe, Eisenhandlg., Hausartikel, Haus- u. Köchengeräte. R. Schatte, Spezialmaschinen, Feinmechanik. Schloß-Drogerie Paul Malan. Rich. Scholz, Bäckerei u. Konditor. W. Werdermann, Kolonialwaren, Gastwirtschaft. E. Stark, Bäckerei, Berlinerstr. 26. R. Wilke, Schuhwaren u. Reparaturen. Lichterfelde. Königsberger & Co. Lankwitzstr. 1. Herrenartikel und Konfektion.

Mariendorf. A. Bäckmann, Glasperl- u. Samenhandlg. Ferdinand Titel, Kanonenstr. 37. Konfituren-Weber, Chaussee 40. Mahlsdorf. Rud. Brunow, Bäck., Conditorei, Lehnardt, Bäck.-Conditorei, Bohnh. 2. Wehlig, Eisenw., Werkzeuge, Bäckhofstr. 44. Neukölln. E. Groß, Stuttg. Str. 44 Bäck., Kondit. Bolzar, Bäck. u. Konditorei, Nienstedtstr. 3. B. Jaenichen, Bäckerei, Hermannstr. 45. K. Karpman, Psp. Schreib., Bismarckstr. 193. C. Kamper, Bergstr. 137, Uhr, Goldw. Kaufhaus Felix Levy Nachf., Hermannstr. 53, Eke-Haxstr. R. Kerstian, Bergstr. 122, Poudre. Krause, Kais. Friede. St. 79, Schwereisen. Mahel, Treptowstr. 14, Schwereisen. Fr. Pannock, Bergstr. 135, Lederw. E. Schüler, Bertastr. 1, Posamentierw. Schöneberg. W. Hübner, Bölowstr. 61 Möbel. O. Kurzweg, Schuhm., Festringsstr. 37. Tegel. E. Scheller, Ark.-Berfakt. Berlinstr. 84.

Spandau. J. Bode, Pichelsdorferstr. 96. W. Lutter, Fahr., Pichelsdorferstr. 39. O. Rauer, Pichelsdorferstr. 117, Kiebelgck. O. Wenzel, Pichelsdorfer Str. 29. Straußberg. C. Klopfer, Möbelhandlung, Rottkowsky, Fleisch., Warstr., Gr. St. 19. Weidend. Beerling, Lust. Stawegsw. Spand. Berg. 1. O. Kammer, Spand. Bergstr. 11, Obst, Gemüse. K. Zartha, Harslerstr. 14c, Obst, Gemüse. Weidenf. W. Koch, Schlichter, Lehrstr. 2. Mehlh. Pastorius, Gest. 14. Str. 17. Thüßing's Drogerien Weissenhof. E. Gleising, Fla. W. Sgr. Langasserstr. 14. Kaiser-Roxlau, Möbeln, Gest. 14. Str. 17. Wilhelmsh. Carl Gahl, Schlichter, Eke-Haxstr. 20. J. Laschinski, Bäck., Edelweidstr. 11. P. Megow, Kiebelgck. Lindenallee 12. W. Sillack, Sargfabr., Hansplatz, 28. A. Trenner, Uhr- u. Goldw., Hauptstr. 13. R. Weisendorf, Kolonialw., Hauptstr. 13. Zossen. Butterhandlung Monopol. Warenhaus S. Cohen.



# 30 jährige Erfahrung

in der Küche hat den Beweis des Wertes von Quaker Oats erbracht. Die Hausfrau weiss jetzt, dass Quaker Oats in hundertfacher Weise zubereitet werden kann, es die Gesundheit kräftigt, und dass es das sparsamste Nahrungsmittel ist, welches sie kaufen kann.

## Gratis-Löffel für Quaker Oats Konsumenten

Quaker Oats Pakete enthalten Gutscheine, für welche wertvolle, schwer versilberte Löffel gänzlich kostenlos erhältlich sind. Diese Löffel tragen keinen Reklameaufdruck, sind von grosser Haltbarkeit und eine Zierde für jeden Tisch.

Genauere Abbildung in Naturgrösse. Ohne Reklameaufdruck.

Theater. Mittwoch, den 4. März 1914. Anfang 8 Uhr. Neues Operntheater (Kroll). Saterland. Anfang 8 1/2 Uhr. Deutsches Künstler-Theater. Peterhans Wondelacht. Berliner. Die Braut von Messina. Schiller - Charlottenburg. Jopi und Schwert. Anfang 8 Uhr. Einest Palaß am Zoo. Varieté-Vorstellung. Anfang 6 1/2 Uhr. Einest Volkstheater. Varieté-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Rgl. Cyrenhaus. Cavalleria rusticana. Anfang 7 1/2 Uhr. Rgl. Schanzenhaus. Der Familienstag. Deutsches Königstheater. Königgräber Strasse. Brand. Zirkus Busch. Galavorstellung. Zirkus Schumann. Galavorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen. Anfang 8 Uhr. Urania. Der Krönungsschmuck der Kaiserin Gisela. Anfang 8 Uhr. Urania. Der Krönungsschmuck der Kaiserin Gisela. Anfang 8 Uhr. Urania. Der Krönungsschmuck der Kaiserin Gisela. Anfang 8 Uhr.

Cineastentheater. Varieté-Vorstellung. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Andreas Hofer. Donnerstag, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel. Freitag, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt. Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Jopi und Schwert. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer. Freitag, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel. Theater in der Königgräber Straße. 7 1/2 Uhr: Brand. Komödienhaus. 8 Uhr. „Kammermusik“. 8 Uhr. Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Wie einst im Mai. Friedr.-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Trullala. Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin. Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Mittwoch, 9 1/2 Uhr: Peterchens Mondfahrt. Mittwoch, 8 Uhr: Cafard. Donnerstag, 8 Uhr: Cafard. Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut. Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin. Theater am Nollendorfplatz 5. 8 Uhr: Prinzess Gretli. ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Die Maschinenbauer von Berlin. Voigt-Theater. Badstraße 38. Mittwoch, den 4. März 1914: Er und seine Schwester. Puffe m. Gel. in 4 Bild. u. Buchdrucker. Staffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Freitag, 13. März: Benefiz. F. Röhle: Philippine Welser.

Theater a. d. Weidendammerbrücke. Götting. d. Reformmännerin Adore Villany. 8 Uhr. Residenz-Theater. Der Regimentspapa. Metropol-Theater. Abends prägnant 7 Uhr 55: Die Reise um die Erde in 40 Tagen. Casino-Theater. Lothringer Straße 57. Täglich 8 Uhr. Ein neues Berliner Volksstück: Die olle Webern. Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Saal der alten Wallner-Bühnen. Sonnt. 4 Uhr: Mädchenehre. Folies Caprice. Café Pingsheim. Der Heiratsrat Meyersteins. Vereinigte Berliner Volksbühnen. Waihall-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Tangosieber. Or. Poffe m. Gel. u. Tanz in 3 Akten von E. Urban. Ruhl u. Hugo Hirsch. „Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus. Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91. Großes Doppel-Konzert! Berliner Konzerthaus-Orchester. Dirigent: Franz v. Bion. Musikkorps d. Garde-Füsiliers-Regiments. Dirig. Oberm. Dippel. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

URANIA Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Geh. Reg.-Rat Prof. vom Falke: Krönungsschmuck der Kaiserin Gisela. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Bernsd: Abstammung der Menschen. Admiralspalast. Eis-Arena. Täglich: Die lustige Puppe. Großes Ballett auf dem Eise. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung. Germania-Prachtsäle N. Chaussee 110. K. Richter. Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitanz. - Borgugsarten gelten. - Jeden Donnerstag: Großes Militär-Streich-Konzert. Nichtl. Familienfranzosen. Zirkus Alb. Schumann. Heute Mittwoch, den 4. März: abends 7 1/2 Uhr: Große Sport-Vorstellung. U. a. u. Neu! The Arrigonia. Ein Potpourri in den Lüften. Original Little Freds. Akrobat u. kunstreich. Hunde. Geschw. Blumenfeld, vier römische Grazien zu Pferde und die übrigen neuen März-Attraktionen. u. d. übrige. neuen März-Attraktion. Um 9 1/2 Uhr: Das gr. Ausstattungsgst. i. 7 Bildern „Tipp“ der Derby-Favorit 1914. Zirkus Barum-Schau. Premiere in Berlin-Pankow. An der Berliner, Ecke Biazstraße. Donnerstag den 5. März abends 8 1/2 Uhr. Der Zirkus ist gut geheizt. Passage-Panoptikum. Der englische Riese Teddy Bobs. Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow. 19 Jahre alt. Ohne Extra-Entree! Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zimmer No. 18. Urkomische Barlokke. Anfang 8 Uhr. Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Cavalleria schufficann.

Zirkus Busch. Heute Mittwoch, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr: Große Jubiläums-Vorstellung. Zum 100. Male: „Pompeji“. City. Hochachtungsvoll-Bantominne des Zirkus Busch in 5 glänz. Akten. Vorher d. gr. Gala-Programm. II. a.: Der Sprung mit dem Fahrrad aus der Zirkusstoppel ausgeführt durch Mad. Garnier. Ferner: Bale Troupe, Stummballett, Die Revells, groteske Resturmer. WINTER GARTEN. Neues Programm! Idette Mado Minty. Brémouval in ihrer Scène Paris. Sängerin „Die Spinne“. The Piccolo Company. Ludwig Amann in der Scène: „In d. Putzstunde“ und eine Auslese hervorragender Kunstkräfte! - Rauchen gestattet! - Apollo-Theater. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr. Zum 73. Male: 8 Uhr. Der Stolz d. 3. Kompagnie mit Hartstein. Jeden ohne Pause! Rauchen gestattet! Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Er und der Andere. Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht. Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zimmer No. 18. Urkomische Barlokke. Anfang 8 Uhr. Nächsten Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Cavalleria schufficann.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung. Verantwortlicher Redakteur: Alfred Witzke, Reußh. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornharts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zum Doppelmord am Teufelssee.

Seit der Entdeckung des entsetzlichen Doppelmordes spielt der Draht nach allen Richtungen und überall hin wurden Kriminalbeamte und Gendarmen geschickt, um die Fährten der Mörder aufzunehmen.

Die erste aufgenommene Spur hatte der Polizeihund Treff aufgespürt, der an der Nordwaffe Bitterung bekommen hatte. Er lief durch den schluchtartigen Dohlweg nördlich vom Talort, rund um den großen Rabenberg und am Jagenstein 26/26 26/40 hörte die teils als Fuß-, teils als Radspur erkennbare Fährte auf.

Eine andere Beobachtung bezieht sich auf einen Mann, der wenige Tage vor dem Doppelmord in der Nähe des kleinen Rabenberges sich aufhielt und einer Holzhammerin seine Hilfe anbot.

Reutköln. Heute abend ist bei Varsch, Hermannstraße 49, die Versammlung der Jugendsektion. Genosse Richard Seidel spricht über das Thema: „Der Mensch der jüngeren Steinzeit“.

Friedenau. Am Freitagabend von 7 Uhr an findet von den Bezirkslokalen eine Flugblattverbreitung statt. Die für heute (Mittwoch) angedachte öffentliche Versammlung kann umständehalber erst in der nächsten Woche abgehalten werden.

Über Schönweide. Freitag, den 7. März, abends von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Es ist notwendig, daß sich die Genossinnen und Genossen pünktlich und zahlreich einfinden, da es gilt, zum Frauentag und zur Gemeindevahl einzuladen.

Braunhelle. Heute (Mittwoch) abend pünktlich 8 1/2 Uhr, Extrazahlabend bei Wille.

Gesicht aufgefressen und vorläufig festgenommen. Er gibt an, daß er kürzlich in Werneuchen angehalten, bei seiner Festnahme Widerstand geleistet und hierbei die Krampfwunden erhalten habe.

Neue Theatervorstellungen.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin hat noch eine Anzahl Plätze für verschiedene Tage im März in mehreren Theatern belegt. Er bringt auch diese Karten, trotzdem es sich um Abendvorstellungen handelt, zum Preise von 1,10 M. einschließlich der Garderobengebühr und des Zettels zum Verkauf.

Wir kündigen zunächst folgende Vorstellungen im Neuen Volkstheater, Köpenicker Straße 68, an:

1. Dienstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr. Verkaufsstelle für die Karten: P. Horst, Engelauer 15, Zigarrengeschäft.

2. Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr. Verkaufsstellen: Zigarrengeschäft von Baumann, Rungestr. 30; Bureau des vierten Wahlkreises, Stralauer Platz 10/11 (von 9-1 und 5-7 Uhr); „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4; Restauration Dieseler, Brunnenstr. 145; Jakzewski, Zigarrengeschäft, Feldstr. 9; S. Schröder, Zigarrengeschäft, Hagelbergerstr. 53/54.

3. Sonntag, den 15. März, abends 8 Uhr. Verkaufsstellen: Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstr. 71 (von 9-1 und 5-7 Uhr). Restauration Paersch, Oldenburger Str. 10.

4. Freitag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr. Verkaufsstellen: Paul Horst, Zigarrengeschäft, Engelauer 15. Baumann, Zigarrengeschäft, Rungestraße 30. Restauration Dieseler, Brunnenstr. 145. Jakzewski, Zigarrengeschäft, Feldstr. 9.

Zur Aufführung gelangt an diesen Tagen: Frau Warrens Gewerbe. Schauspiel in 4 Akten von Bernard Shaw. Sodann folgende Vorstellung im Deutschen Künstler-Theater, Nürnberger Straße.

Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr: Das Prinzip von Hermann Bahr.

Verkaufsstellen: Zigarrengeschäft Horst, Engelauer 15; „Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4; Bureau des sechsten Wahlkreises, Gerichtstr. 71 (von 9-1 und 5-7 Uhr); Zigarrengeschäft Schröder, Hagelber Str. 53/54. Wir empfehlen den Arbeitern und Arbeiterinnen den Besuch der angekündigten Vorstellungen.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Parteiangelegenheiten.

Reutköln. Heute abend ist bei Varsch, Hermannstraße 49, die Versammlung der Jugendsektion. Genosse Richard Seidel spricht über das Thema: „Der Mensch der jüngeren Steinzeit“.

Wilmerdorf. Am Freitag, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Victoria-Garten“ (großer Saal), Wilhelmstraße 114. Genosse Dr. Rudolf Breitscheid spricht über das Thema: „Volkseindliche Politik in Wilmerdorf und die Sozialdemokratie“.

Friedenau. Am Freitagabend von 7 Uhr an findet von den Bezirkslokalen eine Flugblattverbreitung statt. Die für heute (Mittwoch) angedachte öffentliche Versammlung kann umständehalber erst in der nächsten Woche abgehalten werden.

Lichterfelde. Infolge der bevorstehenden Gemeindevahlen findet am Freitag, den 6. März, abends 8 Uhr, für den ganzen Ort ein gemeinsamer Zahlabend bei Bahrendorf, Wäldstraße statt.

Über Schönweide. Freitag, den 7. März, abends von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Es ist notwendig, daß sich die Genossinnen und Genossen pünktlich und zahlreich einfinden, da es gilt, zum Frauentag und zur Gemeindevahl einzuladen.

Braunhelle. Heute (Mittwoch) abend pünktlich 8 1/2 Uhr, Extrazahlabend bei Wille.

Berliner Nachrichten.

Krankenhaus oder Bethaus?

Soll in öffentlichen Krankenhäusern auch für die Befriedigung religiöser Bedürfnisse der Kranken gesorgt werden? An sich wäre dagegen nichts einzuwenden. Wer in gefunden Tagen in die Kirche zu gehen liebt, wird wahrscheinlich in der Krankheit ebenso sehr und vielleicht noch mehr nach dem Pastor verlangen.

In unseren öffentlichen Krankenhäusern scheint man anderer Meinung zu sein und bei ungläubigen Kranken keine Abneigung gegen salbungsvolle Ansprachen und fromme Lieder voranzujagen. Daß in solchen Anstalten die Ungläubigen sehr stark vertreten und sicherlich weitans in der Mehrheit sind, können auch die Krankenhausdirektoren wissen.

kommt und eine Erbauungsstunde abhält. Aus dem Friedrichshain-Krankenhaus schickten mehrere Patienten uns einen Brief, in dem sie ihr Entsetzen über diese Verfrömmungsbestrebungen ausdrücken. Letzten Sonntag mußten sie in den Vormittagsstunden eine predigtähnliche Ansprache über sich ergehen lassen, die ein im Saal sich aufplanzender Herr, vermutlich ein Stabmissionar, vortrug.

Vorläufig sind's nur die Evangelischen, die ein solches Recht beanspruchen. Aber vielleicht machen es ihnen die Katholiken und am Ende auch noch die Juden nach; denn es liegen ja nicht nur Evangelische in den Krankenhäusern der Stadt Berlin. Die wäre, wenn schließlich auch noch für die Konfessionslosen Patienten ein Redner von Krankenjaal zu Krankenjaal ginge und sie mit einer Ansprache unterhalte?

Ein gräflicher Wohlthäter.

Graf Wilhelm Heinrich Hedern hat an seinem 26. Geburtstage eine halbe Million Mark zur Errichtung einer Pensions- und Unterstufungskasse für Beamte und Arbeiter und zum Bau und Betrieb eines Alters- und Krankenhauses für Arbeiter gestiftet. Anlaß zu der Stiftung bot der Verkauf der zum Hedernschen Fideikommiß gehörenden Herrschaft Lanke an die Stadt Berlin.

Die Stadt Berlin hat die Herrschaft Lanke für den Preis von 20 Millionen Mark erworben. Da kann man leicht den Wohlthäter spielen.

Vorsicht beim Austritt aus Kirche und Tempel!

Die im letzten Jahre zum Entsetzen der Frommen angeschwollene Austrittsbewegung macht es den Geistlichen, Kirchen- und Tempelratsmitgliedern und sonstigen Dienstbesitzenen schwer, alle die Ausreißer zu beschützen. Da macht man es sich bequemer und bestelt die Untreuen zu sich hin.

Sehr geehrte (Namen handschriftlich). Betreffs Ihrer Austrittserklärung aus der ev. Landeskirche bitte ich, einer mündlichen Aussprache wegen, (Tag), den (Datum), zwischen (Zeit), um Ihren werten Besuch.

Mit Hochachtung (Name) (Wohnung).

Aus diesem Schreiben, das nur mit einem Namen unter Weglassung der Amtsbezeichnung unterschrieben ist, kann niemand ersehen, um was es sich bei der Einladung handelt. Man scheint den Glauben erwecken zu wollen, es hänge dies Schreiben mit der Austrittsbewegung oder den vereinigten Komitees zusammen.

Es ist weit genug gekommen mit einer Kirche, welche schon die Firma verliert. O, über Euch Kleingläubigen!

Gefundene Kindesleichen.

Auf dem Gelände des Jagens 87 entdeckten Spaziergänger in einem dichten Gestrüpp ein Palet. Als sie es öffneten, fanden sie zu ihrem Entsetzen die Leiche eines neugeborenen Knaben darin vor. Sie verständigten von dem schaurigen Fund die Polizei.

Aus dem zweiten Stockwerk herabgestürzt. Die Vergewaltigungstat eines jungen Mädchens rief gestern vormittag in der Guelkenstraße Aufsehen hervor. Das zwanzigjährige Dienstmädchen Martha F., das bei dem Obergeringentur W. Guelkenstraße 66, in Stellung ist, stürzte sich aus dem zweiten Stockwerk auf den gepflasterten Hof und zog sich schwere innere Verletzungen zu.

Eisenbahnstation Seddinssee. Eine für die Berliner Ausflügler erfreuliche Nachricht kommt aus der Eisenbahndirektion Berlin. Schon seit langem wurde es recht unangenehm empfunden, daß zum schönen Seddinssee, der im Sommer das Ziel vieler tausender Naturfreunde ist, keine ausreichende Bahnverbindung war.

Einem Wüstling fiel das 4 Jahre alte Töchterchen eines Arbeitercheparees aus der Mantelkiste in die Hände. Die Mutter hatte der Kleinen erlaubt, auf dem Hofe zu spielen. Sie lief aber von dort auf die Straße hinaus und hier rief ein Mann sie zu sich, ver sprach ihr Bonbons, lockte sie in ein Nebenhaus und vergewaltigte sie dort auf der Bodentreppe.

Selbstmord eines Professors. In der Wohnung seines Schwagers, des Syndikus Braumüller in der Varfker Str. 14 zu Wilmerdorf tötete sich gestern abend der Professor Woskele aus Pritz durch einen Dolchstoß in das Herz. Professor W. hatte sich wegen einer schweren Erkrankung nach Berlin in ärztliche Behandlung begeben und schon wiederholt Selbstmordabsichten geäußert.

Im Apollo-Theater gelangte am Montagabend das neue Märzprogramm zur Aufführung. Daß der Hauptschlagert: Hartmann

„Der Stolz der 8. Kompagnie“, sich auch im neuen Monat ungeschwächt erhalten würde, hatte wohl niemand bezweifelt. Obwohl dieser urkomische Rheinländer bereits zum 71. Male die Bretter des „Apollo“ zierte, war des Lachens kein Ende. Auch der prolongierte Otto Röhr, humoristisch am Flügel, löste durch seine vorzügliche Mimik wie durch seine originelle Art des Vortrags an diesem Premiertage die gleichen Wirkungen auf die Lachmuskeln der Zuhörer aus wie vordem. Außer diesen beiden „Jugnummern“ ist das Programm um einige vorzügliche Piecen bereichert. Das Paar Les Jaurice führt vornehme Tänze auf, die durch die Eleganz der Bewegungen bei dem Publikum großes Interesse hervorriefen. In den Akrobaten Deralbes haben wir eine Truppe, die auf ihrem Gebiet Vortreffliches leistet, und die komischen Radfahrer Brownings Brotberd sind Künstler von Klasse. Nicht unerwähnt seien die erstaunlichen Vorkührungen der dreifürten Karabus Vellonia. Auch sonst bot das Programm noch eine Reihe des Interessanten.

**Verloren.** Am Sonntag, den 1. März, ist auf dem Wege nach dem Turnplatz des Turnvereins „Fichte“ in Leipzig ein goldenes Medaillon mit Kette verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, seine Adresse anzugeben resp. abzugeben bei E. Kennert, Johstr. 18.

**Kleine Nachrichten.** In seiner Werkstatt vergiftet hat sich der 52 Jahre alte Tischlermeister Hugo Dreher aus der Schlesischen Straße. — Im Tiergarten erschossen hat sich Montag abend ein unbekannter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht bestimmt feststeht, der aber nach Bayern, die man bei ihm fand, wahrscheinlich ein 26 Jahre alter aus Bromberg gebürtiger Kaufmann Paul Barth ist. Wahrscheinlich hat Mittellosigkeit den jungen Mann in den Tod getrieben, denn er besaß nur noch etwas mehr als eine Mark. — In der Nöhringer-Bierquelle am Oranienburger Tor vergiftete sich gestern nachmittags die 30 Jahre alte Kassiererin Mariha Lentz aus der Schwarzkopffstr. 19. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht. Das Motiv der Tat scheint in der langen Stellunglosigkeit der Kassiererin zu liegen.

## Vorortnachrichten.

### „Die Justiz im Dienste der Politik.“

Ueber dieses Thema sprach am Montagabend Genossin Rosa Luxemburg und A. Stadthagen in der Arbeiterstadt Dichtenberg. Schon kurz nach 7 Uhr zeigte das Straßenbild ein gänzlich verändertes Aussehen. Scharen auf Scharen strömten zum Versammlungsort, dem in der Frankfurter Chaussee belegenen „Schwarzen Adler“. Bald war der große Saal, aus dem sämtliche Tische entfernt waren, überfüllt, halb sämtliche Nebenräume zum Brechen voll, und immer noch heftigste neue Massen Einlass. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung sperrte die Polizei die Versammlungsräume. Die Referenten, Genossin Luxemburg und Genosse Stadthagen, die sich nur mühsam einen Weg durch die dichtgedrängte Menge bahnten, wurden mit begeisterten Ovationen empfangen. Die glänzende Rede der Genossin Luxemburg über „Die Justiz im Dienste der Politik“ wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Als Rednerin die Reichstagsrede Vebels zitierte, die sie auch in Frankfurt zur Sprache gebracht und die vom Staatsanwalt wiederholt angeführt wurde, jenen Passus von dem holländischen Kolonialsoldaten, der in der Notwehr den Unteroffizier niederschlug — draußte mitemitlanger Beifall durch den Saal. „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“ so schloß Genossin Luxemburg.

Auch der zweite Referent, Genosse Stadthagen, der das Frankfurter Urteil von der juristischen Seite beleuchtete, erzielte lebhafteste Zustimmung. Mit beifolgendem Sarkasmus zerpflückte er das Ulaiboyer des Staatsanwalts und das Frankfurter Urteil. Als er die läppische Furcht des Staatsanwalts, der sogar von der „roten“ Rosa sprach, ironisierte, löste sich härmliche Lächerkeit aus. Wenn er auch die Agitation der Genossin Luxemburg sehr hoch einschätzte, so mußte er doch konstatieren, daß noch andere ihr über seien, nämlich: Staatsanwalt und Richter in Frankfurt. Diese aufreizende Agitation sei sehr hoch einzuschätzen; in der Roten Woche müsse sie uns ausgezeichnete Dienste tun. Darum: Dank dem Staatsanwalt! Grisch auf zum Kampf!

Trotzdem das Dichtberger Lokalblättchen die bürgerlichen Gegner eifrig zum Besuch der Versammlung anfeuerte, um die Meinung der „roten“ Rosa zu hören, meldeten sich Gegner nicht zum Wort. Die eingebrachte Resolution, die der gestrigen veröffentlichten Stellung gleich, wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende, Genosse Jaffe, ermahnte zum Schluß in eindringlichen Worten, in der Roten Woche die Ausführungen der Referenten in die Tat umzusetzen. Mit brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie, auf Rosa Luxemburg und Stadthagen wurde die Versammlung geschlossen.

Nach der Versammlung gaben Hunderte Genossinnen und Genossen der Rednerin das Geleit. Eine starke Schutzmannschaft wollte den Gang über die Proffauer Straße hinaus nicht gestatten. Sie schrien aber allmählich einzusehen, daß die Straße dem Verkehr zu dienen habe und man niemand wehren darf, nach Hause zu gehen. Ein Polizeileutnant fragte die dann in der Mitte der Frankfurter Allee Weiterziehenden ganz verwundert, wohin denn die vielen Personen gehen. An der Petersburger Straße trennten sich die Genossen mit Hochrufen auf die Referenten.

### Neukölln.

#### Stadtverordneten-Erkaufwahlen.

Am Freitag, den 6. März, in der Zeit von 11 bis 9 Uhr, finden im 2. und 3. Bezirk für die zweite Abteilung Erkaufwahlen statt. Die Gegner arbeiten mit allen Mitteln, um die Mandate zu gewinnen. In einem Flugblatt wird von maßlosen Forderungen, krassem Terrorismus, Nichtachtung der ephlichen Ueberzeugung Andersdenkender, Herrschaft der Masse und wirtschaftlichem und moralischem Niedergang gesehelt. Die Freiheit des Bürgertums soll ein Ende haben, wenn die Sozialdemokratie die Mandate erzwinge. Bei solchen Stillschaltungen muß doch wirklich jedem „Ordnungsmann“ eine Gänsehaut überlaufen. Das ist also die Kampfmethode von angeblich Liberalen, ja sogar fortschrittlichen Leuten, damit glauben die Leute noch Eindruck zu machen. In Wirklichkeit sind diese iden Schlagwörter dem Reichsverband und der R. Stadtwischer Sadelstücke entnommen. Das Flugblatt wird zur höheren Weiße von den diversen Grundbesitzervereinen, fortschrittlichen Bezirksvereinen, dem Bund der Festbesoldeten, dem Verein des Bundes deutscher Rikistatärwörter, der Schulpolitischen Vereinigung und dem Verein städtischer Beamten gezeichnet. Wahelich eine hurnt zusammengewürfelte Gesellschaft, die schon allein durch ihre Titel beweist, daß sie „Allgemeininteressen“ vertreten wird.

Die Agitation scheinen in der Hauptsache die städtischen Beamten zu betreiben, da wird die „Angströhre“ herausgesucht, man stellt sich als Magistratssekretär vor, erzählt hübsch, daß ein jeder sieben Wähler zu bearbeiten hat, fragt, um welche Zeit das Automobil zur Abholung kommen soll und noch anderes. Wenn diese Tätigkeit eine so ganz freiwillige ist, müßten die betreffenden mit Blindheit geschlagen sein. Keine Partei ist so rückhällig für die Verbesserung ihrer Lage eingetreten wie die Sozialdemokratie.

Aus alledem ist zu ersehen, daß unsere Parteigenossen und alle freiheitlich denkenden Bürger Neuköllns alles aufbieten müssen, um den Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie zu bringen. Ein jeder muß diese (schlechte Kampfmethode als einen Faustschlag ins Gesicht empfinden und seine ganze Kraft in den Dienst der Gerechtigkeit stellen.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind im 2. Bezirk: Dentist Hans Verwald, im 3. Bezirk Eigentümer Paul Peiri.

### Auf an die Wählerarbeit!

#### Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde in nichtöffentlicher Sitzung der Personaletat beraten und die vom Magistrat vorgeschlagenen Erhöhungen größtenteils abgelehnt. Infolge des Vertrages mit Wilmsdorf über Benutzung von 150 Betten im städtischen Krankenhaus ist die Einrichtung eines Pavillons erforderlich. Die hierzu erforderlichen Kosten von 50 000 Mark wurden bewilligt. Der Beschaffung eines Automobilbüschzuges für die Hauptfeuerwache wurde einstimmig zugestimmt. Hierauf gelangten die Einzelsetats zur Beratung. Beim Friedhofsetat beantragte Genosse Hoffmann, die Leichenräumer anzustellen; ein Risiko ertrage die Stadt nicht, da die Vetreffenden aus anderweitig beschäftigt werden könnten. Stadtrat Schüler wendete sich gegen den Antrag. Nachdem noch Genosse Hoffmann für den Antrag gesprochen, lehnte die Versammlung den Antrag ab. Beim Gärtnereietat bedauerte Genosse Peterson, daß die Gärtnereibewaltung einen Teil städtischer Arbeiten an einen Unternehmer verlege, der geringere Löhne zahle als die Stadt. Stadtrat Harber erklärte, daß es üblich sei, die Arbeiten in der Weise zu vergeben. Genosse Bernstein rügte ein derartiges Verfahren, das gerade von seinem sozialen Verständnis zeuge. Hierauf berichtete Genosse Ritter über den Etat der Volkshochschule. Genosse Röhls wies auf Uebelstände in der Badeanstalt hin und fragte an, wann eine Erweiterung bzw. Neuerrichtung eines Hallenschwimmbades in Angriff genommen werde. Der Magistrat schwieg sich hierüber aus.

Bei der Tiefbauverwaltung rügte Genosse Baumler, daß bei den Lagerplatzarbeitern, obwohl einige bis zehn Jahre beschäftigt, eine Anrechnung der Dienstjahre nicht erfolge, es würden immer noch die Mindestlöhne von 26 M. wöchentlich gezahlt. Er beantragte daher, diese Jahre anzurechnen. Ferner teilte der Referent mit, daß die Fahrkarten zum Preise von 4,10 M. erneut bewilligt sind. Stadtrat Roemer betonte, daß die Angelegenheit der Lagerplatzarbeiter der Deputation für Arbeitsfragen unterbreitet werde, die demnächst zusammentrete. Den Bescheid über schlechte Straßenpflasterungen konnte nicht beigegeben werden. Der Antrag des Genossen Baumler, den Lagerplatzarbeitern die Dienstjahre anzurechnen, wurde abgelehnt, nur die Sozialdemokraten stimmten dafür. Beim Armenetat wurde beschlossen, das Gehalt der Köchen-, Haus- und Dienstmädchen auf jährlich 300 M. zu erhöhen. Genosse Peterson teilte noch mit, daß über Uebelstände in der Armenverwaltung Klage geführt würde, besonders gebe das Verhalten der Armenvorsteher dazu Anlaß; dieselben erhielten zwar für Vergabe eines Himmels 300 M., doch würden die Leute meist in der Küche abgefertigt. Der Betrag für Seelsorge im Altersheim sei zu freieren, dagegen sollte man den alten Leuten den täglichen Zuschuß etwas erhöhen. Salsinger (Lib. Frakt.) meinte, in der Küche seien keine Armen abzufertigen, aber soweit dürfe es nicht gehen, daß der Armenverwaltung nach außen hin ein Vorwurf gemacht werde. Stadtrat Bohmannsdorf meinte, die vorgebrachten Beschwerden seien nicht so tragisch zu nehmen, auch wenn Armenvorsteher die Armen in der Küche abfertigen. Auf gewisse Leute, die um Almosen einkommen, müsse eine energische Hand gehalten werden. Der Antrag, den armen Leuten pro Monat 2 M. statt 1,50 M. zu gewähren, wurde nach zweimaliger Abstimmung durch die Liberalen abgelehnt. Beim Feuerlöschetat wurde mitgeteilt, daß bei den Feuerwehrlenten das Besoldungsdiensaltier herabgesetzt worden sei und das Endgehalt statt in 24 Jahren, nunmehr in 21 Dienstjahren erreicht werde. Die Petition der Oberfeuerwehrlente um eine besondere Erhöhung, sowie die der nichtaktiven Feuerwehrlente, die als Heizer und Boten tätig sind, wurde von der Mehrheit der Liberalen abgelehnt.

Beim Steueretat wurde mitgeteilt, daß der Betrag für die Provinzabgabe sich um 50 000 M. ermäßigt habe. Ferner wurde der Magistrat ersucht, festzustellen, wie hoch sich die Erträge der Wertzuwachssteuer nach der Schöneberger Wertzuwachssteuerordnung belaufen. Genosse Bernstein bedauerte, daß die Stadt nur sehr wenig Mittel besitzt, um die Besitzer des Geländes in der Martin-Luther-Straße zu zwingen, ihre Grundstücke, die mit einem Zaun umgeben sind und als Bezungierung der Stadt dienen, zu veräußern oder besser zu gestalten.

Die Militärämter sollen eine besondere Gehaltssteigerung erhalten. Genosse Ritter betonte, nach der Erklärung des Rämmerers werde die Erhöhung nur für einen Teil gewährt, das könnten die sozialdemokratischen Vertreter nicht mitmachen. Die Mehrheit nahm daraufhin den Stückwerkentwurf an.

Ferner wurde beschlossen, die für die Herstellung des Kaiser-Wilhelm-Ruhlänks-Spielplatzes notwendigen Vorarbeiten so rechtzeitig in Angriff zu nehmen, daß der Spielplatz im Jahre 1916 seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Die Interessenten des Handels und der Gewerbetreibenden er suchten, die Erhöhung des Fortbildungsschulgeldes abzulehnen. Rund (Freie Fraktion) erklärte, seine Fraktion sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Erhebung von Schulgeld abzulehnen sei. Genosse Ritter sprach sich für Schulgeldfreiheit aus. Die kleinen Handwerker und Kaufleute würden damit bedeutend belastet, darum sollte man die Regierung veranlassen, ihren bisher gezahlten Betrag zu erhöhen statt zurückzugeben. Mit 23 gegen 18 Stimmen wurde die Erhebung von Schulgeld beschlossen. Die liberale Fraktion stimmte einstimmig für Erhöhung. Engel (Lib. Frakt.) wünschte die kleinen Handwerker zu entlasten und die größeren Betriebe stärker heranzuziehen. Hierauf folgte geheime Sitzung.

#### Tegel.

Die Gemeindevertreterwahlen. Das bereits gestern gemeldete Teilergebnis wurde durch die Wahlen am Dienstag bestätigt. Es wurden gewählt im 1. Bezirk die Genossen Krug und Leimbach mit 1218 Stimmen, während auf die Hausbesitzerpartei nur 1153 Stimmen entfielen. Im 2. Bezirk wurde der Demokrat Oberst a. D. Bädke mit 1496 Stimmen gewählt, während es sein Gegenkandidat nur auf 1105 Stimmen brachte.

#### Zegel.

Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl fielen auf den Genossen Alexander Meyer 509 Stimmen, während der bürgerliche Gegenkandidat nur 348 Stimmen erhielt. Genosse Meyer ist somit gewählt. Bei der am Montag stattgehabten Wahl entfielen auf unseren Genossen Rasia nicht 530, sondern 551 Stimmen. Sämtliche zu wählenden Mandate der 3. Abteilung fielen somit in unseren Besitz.

#### Pankow.

Dem Ratsherrn stalteten Eindröcker in der Nacht zum Dienstag einen unerwünschten Besuch ab. Sie waren vom Hof aus durch die Küche in den Ratsherrn eingedrungen und erbeuteten hier für ungefähr 1000 M. Silberplatt und Taschentücher.

#### Johannisthal.

Die Gemeindevertreterwahl der 3. Klasse endete mit dem Siege unseres bisherigen Vertreters Genossen Albert Hobin. Trotzdem ein Angehörer zur Wahl stand, hatten unsere Gegner, jedenfalls in Ermangelung anderer geeigneter Durchfallskandidaten, zwei Nichtangesehene aufgestellt. Von 1093 Wahlberechtigten erhielten Herr Gabriel vom Beamtenwohnungsverein 28 und der Kandidat des Bürgervereins Herr Otto Berger

20 Stimmen, während für den Genossen Hobin 376 Stimmen abgegeben wurden. Zieht man in Betracht, daß die Wahl am Sonntag stattfand, so muß die Wahlbeteiligung als äußerst gering bezeichnet werden. Aus dem Resultat der abgegebenen Stimmen ergibt sich die Vermutung, daß die zahlreich am Ort bezirkete Bahnarbeiter- und Beamtenchaft durch Fernbleiben von der Wahl gegen die öffentliche Stimmabgabe protestierte. — Könnte in der 3. Klasse von einem eigentlichen Wahlkampf nicht die Rede sein, so gestaltete sich die Wahl der 2. Abteilung, in der unsere Genossen das Jünglein an der Wage bildeten, zu einer äußerst spannenden. Galt es doch, einen Reaktionär der gemeingefährlichsten Sorte, den fast allmächtigen Beherrscher Johannisthals, Baron Trübschler von Rallenstein, zu Fall zu bringen. Trotzdem der Herr Baron gewissermaßen in Johannisthal nur eine Schlafstelle besitzt, indem er sein Grundstück vermietet hat, und nur den Schein als Einwohner wahr, war es ihm, der die Interessen der B. Trübschlerschen Erben in der Gemeindevertretung zu wahren hat, lange Jahre möglich, auf die Mehrheit der Gemeindevertreter seinen unheilvollen Einfluß auszuüben. Nebenbei dürfte er den Reform in der Beschimpfung unserer Partei geschloßen haben. Sein maßlosberühntes Schicksal hat ihn ereilt. Bei einer guten Wahlbeteiligung, es wurden von 93 eingeschriebenen Wählern 67 Stimmen abgegeben, erhielten Herr Kaufmann Ernst, Kandidat des Bürgervereins, 36 Stimmen, Herr v. Trübschler 27. Vier Stimmen entfielen auf Herrn Gastwirt Wendt. Herr Ernst ist somit gewählt.

Im Wahlbezirk der 1. Abteilung (zwei eingeschriebene Wähler) ernannten sich die Herren Dr. med. Dietrich und Dr. Kalinse vom Flugplatz gegenseitig zu Gemeindevertretern.

Einen frohlichen und humoristischen Ausschlag fand die Wahl der 2. Abteilung dadurch, daß es sich zwei unserer Genossen nicht nehmen ließen, dem anwesenden Herrn v. Trübschler ein Abschiedsständchen zu bringen. Unmittelbar nach Verlesung des Wahlergebnisses durch den Herrn Gemeindevorsteher ertönte mit Kompetenzfall und Motivbegleitung die lustige Weise: „Ruh i denn, muß i denn zum Städtele hinaus“. Und danach das schmerzliche: „Rehüt dich Gott, es wär so schön gewesen“. Soviel Anteilnahme hatte der Herr Baron nicht erwartet, ganz geknickt sah er da — eine geborgene Säule.

#### Wahlisdorf an der Ostbahn.

Bei der Gemeindevertreterwahl siegte im Nordbezirk Genosse Giese mit 121 Stimmen. Auf die Gegner entfielen 85 und 9 Stimmen. Im Südbezirk trug Genosse Oertel mit 97 Stimmen den Sieg davon. Auf die Gegner entfielen 76 und 14 Stimmen.

#### Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Wegen der Richtigkeit der Wählerliste waren drei Einsprüche erfolgt, von denen zwei als berechtigt anerkannt wurden. In der vorletzten Sitzung wurde gegen unsere Stimmen beschlossen, die Straßenreinigung einem Privatunternehmer zu übertragen, nachdem sie jahrelang in eigener Regie verwaltet wurde. Da sich auf die Ausschreibung hin nur ein Unternehmer gemeldet hatte, der 19 000 M. für die Straßenreinigung forderte, wurde auf Antrag des Gemeindevorstandes das Angebot einstimmig abgelehnt. Aus der Mitte der Versammlung wurde nunmehr der Antrag gestellt, eine neue Ausschreibung auf drei Jahre vorzunehmen, da die geringe Beteiligung wohl auf die kurze Frist zurückzuführen sei, weil sich kein Unternehmer auf ein Jahr für einen derartigen Vertrag findet. Unsere Genossen wandten sich auch diesmal ganz entschieden gegen die Ausschreibung und verlangten, daß die Gemeinde unbedingt die Straßenreinigung in eigener Regie behalten müsse. Nach längerer Debatte wurde gegen unsere Stimmen beschlossen, die Straßenreinigung auf drei Jahre auszuschreiben. Die Ausschreibung soll am 1. Oktober stattfinden, damit am 1. April 1915 der neue Vertrag in Kraft treten kann.

#### Hohen-Schönhausen.

Der Gemeindevorstand wird von den Bürgerlichen in aller Heimlichkeit geführt. Der Grundbesitzerverein Hohen-Schönhausen verfenet an alle weiblichen und auswärtig wohnenden Hauseigentümer ein Rundschreiben, dem ein Formular beigelegt ist, worin einem Gerichtsfreier A. Hofn die Vollmacht zur Stimmabgabe übertragen werden soll. Zur Erreichung dieses Zweckes wird in dem Rundschreiben kästigt mit dem roten Lappen geschwenkt. Da die Herren offenbar befürchten, daß die Formulare die Vollmachten mehrmals ausstellen könnten, ist in dem Formular ein Passus enthalten, nach dem alle vorher gegebenen Vollmachten für ungültig erklärt werden. Zum heutigen Mittwoch hat der Grundbesitzerverein im Lokal von R. Schulze eine Versammlung einberufen, zu der dorchichtigweise nur die bürgerlichen Wähler der dritten Klasse eingeladen werden. Unsere Genossen sind selbstverständlich nicht müßig. Sind sie doch hier wieder diejenigen, die den Wahlkampf in aller Öffentlichkeit führen. Heute, am Mittwoch, kommen die Parteigenossen bei Genossen J. Hehder, Berliner Straße 23, zusammen zur Erledigung von Wählerarbeiten. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, ergeben die Wahlauforderungen an die einzelnen Wähler. Gleichzeitig findet eine allgemeine Flugblattverteilung statt zu einer am Freitag, den 6. März, abends 8 Uhr im Lokal des Herrn Max Kuh, Berliner Str. 94, am bekannten Versammlung. In derselben wird Genosse Paul Krühl, Stadtverordneter in Dichtenberg, über „Sozialdemokratische Kommunalpolitik“ referieren.

#### Ahrensfelde-Marzahn.

Was will die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung? Ueber dieses Thema referierte in einer gutbesuchten Kommunalwählerversammlung Stadtverordneter Genosse P. Orski-Lichtenberg. Redner schilderte in großen Zügen die in den einzelnen Gemeinden herrschenden Mißstände. Besonders betonte er die Rückständigkeit im Schulwesen, sowie der Armen- und Waisensplege. In der Diskussion brockten die Genossen Kuppert und Lehmann ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß der Amtsvorsteher von Marzahn den Antrag, die Wahl auf einen geschloßenen Ruhetag zu verlegen, abgelehnt habe. Dasselbe treffe auch auf Ahrensfelde zu; auf den hier gestellten Antrag habe der Amtsvorsteher geantwortet, daß die Mehrheit der Wähler kein großes Gewicht auf die Anberaumung der Wahl auf einen Sonntag lege. Die Wahlzeit ist nunmehr wie folgt angelegt: III. Klasse abends 6-7, II. Klasse 7-1/2, I. Klasse 1/2-8 Uhr.

Als Kandidaten wurden für Ahrensfelde in der III. Klasse die Genossen Gastwirt Julius Schneider und August Ufert, für Marzahn wurde in der III. Klasse der Genosse Hermann Ritsche einstimmig aufgestellt.

Der Vorsitzende ersuchte die Versammelten, tatkräftig mitzuarbeiten, um am Tage der Wahl über Erfolge der Sozialdemokratie berichten zu können.

#### Alt-Glienide.

Die Bewilligung von Gemeindegeldern für die nationale Jugendpflege rief in der letzten Gemeindevertreterversammlung eine lebhafteste Debatte hervor. Genosse Winkelmann betonte, daß, wenn die Vertretung für diesen Zweck 100 M. bewillige, ein solcher Beitrag auch der Arbeiterjugend zugewilligt werden müsse. Der Gemeindevorsteher meinte, er könne es mit seiner ideoamitlichen Stellung nicht berechnen, daß öffentliche Mittel für sozialdemokratische Zwecke hergegeben würden. Unsere Genossen wandten sich entschieden gegen diese Gründe. Trotzdem wurde die Vorlage mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über den Antrag Winkelmanns, der Arbeiterjugend die gleiche Weiße zu gewähren, erklärten sich fünf Vertreter dafür, während sich die übrigen der Abstimmung enthielten. Genosse Bartel erklärte hierauf, daß der Antrag angenommen sei. Jetzt erwiderten die Dorfväter mit einmal und erklärten, die Frage nicht richtig verstanden zu haben. Bei der nochmaligen Abstimmung wurde der Antrag unserer Genossen abgelehnt. Vorher hatte die Vertretung für Rotlandsarbeiten die fehlende Summe von 500 M. nachbewilligt.

### Bruchmühle.

Zu den am Freitag, den 6. März, stattfindenden Gemeindevertreterwahlen nahm eine Wählerversammlung Stellung. Genosse Käming als Referent betonte, die Gegner hätten sehr zu ihrem Schaden der Parole von oben Folge geleistet und seien der Versammlung ferngeblieben. Hier hätten sie wirklich etwas lernen können. Redner schilderte in seinem Vortrage die Entstehung der Gartenstädte, wie die Länderschleifer es verstehen, den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche zu locken, und wie jetzt diese kleinen Besitzer sich zu Grundbesitzvereinen zusammenschließen, um nicht etwa den Ort weiter zu entwickeln — dazu reicht ihr Begriffsvermögen nicht aus —, sondern um zu verhindern, daß Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung gelangen. Wie weiter darauf hingewiesen wurde, hat sich ein neuer Grundbesitzerverein gebildet, dessen Aufgabe von vornherein war, den schon bestehenden Verein mit aller Macht zu bekämpfen. Jetzt, wo es zur Wahl geht, liegen sie sich in den Armen, nur um unsere Kandidaten um so besser niederzuringen zu können. Wenn jedoch unsere Anhänger am Tage der Wahl alle auf dem Posten sind, so kann es ihnen nicht gelingen, uns den Sieg streitig zu machen. Die Gemeindevorwahlen finden nachmittags 3 Uhr im Schulhause statt. Unsere Kandidaten sind in der dritten Abteilung Edwin Gebauer und Bernhard Linneken, in der zweiten Max Lindholz und in der ersten Fink. Jeder sei pünktlich zur Stelle.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

**Friedrichshöhe - Karlshorst.** Freitag, den 6. März, abends 6½ Uhr, im Schulgebäude, Rummelsburger Straße.  
**Pankow.** Am Donnerstag, den 5. März, abends 6 Uhr, im Rathshaus, Stadtdirektion.  
**Marieuberg.** Donnerstag, den 5. März, nachmittags 5 Uhr, im Rathshaus, Kaiserstraße.  
**Koienhof.** Am Donnerstag, den 5. März, abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindegemeinschaft, Schillerstraße.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Versammlungen.

**Holzarbeiterverband.** Die am Montag abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich mit den Verhandlungsgegenständen des am 24. Mai stattfindenden Verbandstages. Gl. Lok. erstattete Bericht über die von der Ortsverwaltung gebilligten Vorschläge der Statutenberatungskommission. Dieselben gehen im wesentlichen dahin: Die Bezeichnung „Zahlstelle“ soll durch die Bezeichnung „Ortsverein“ oder „Zweigverein“ ersetzt werden. Die Befähigung der gewählten Ortsvorstände durch den Verbandsvorstand soll grundsätzlich fortfallen, nur für besondere Anlässe soll dem Verbandsvorstand das Recht verbleiben, eine Neuwahl örtlicher Vorstandsmitglieder zu veranlassen. — Neben dem Verbandsvorstand soll ein Beirat eingerichtet werden, der aus dem Gewerkschaftsleiter, dem Verbandsvorstand und einer Vertretung Berlins bestehen und bei der Entscheidung wichtiger Fragen, besonders der Tarif bei Lohnbewegungen und Tarifberatungen mitwirken soll. Die Mitwirkung einer derartigen Instanz sei notwendig, weil eine große Organisation nicht dem Vorstand allein die Entscheidung in allen wichtigen Fragen überlassen könne. Das habe in letzter Zeit besonders der Arbeiterstreik gezeigt, der auch auf dem Verbandstage wohl besprochen werden wurde. — Ferner hält es die Statutenkommission für wünschenswert, daß die Zeit, für welche Arbeitslosenunterstützung bezahlt wird, um zwei Wochen verlängert wird, unter der Voraussetzung, daß Mittel und Wege zur Deckung der dadurch bedingten Mehrkosten gefunden werden. — Weiter soll beantragt werden, die Gemahrgeldesteuerunterstützung für Verheiratete und Ledige gleichmäßig festzusetzen. — Eine Erweiterung der Befugnisse der Statutenkommission wird ebenfalls gewünscht. — Es ist angeregt worden, eine Alters- und Invalidenunterstützung im Verbande einzuführen. An sich ist dagegen nichts einzuwenden, es müßte aber für die Einrichtung eine Form gefunden werden, die die Annahme ausschließt, daß der Kampfcharakter des Verbandes dadurch beeinträchtigt werden könnte. Der Verbandsvorstand soll beauftragt werden, das Material für eine derartige Unterstützung zu prüfen und dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu machen. — Die angeführten Anträge der Statutenberatungskommission sollen der nächsten Generalversammlung zur Abstimmung unterbreitet werden.

Einige aus der Versammlung gestellten Anträge für den Verbandstag wurden diskutiert und zur Abstimmung gebracht. Angenommen wurde ein Antrag, der es beurteilt, daß beim Bau des Verbandshauses Arbeiten an eine Firma vergeben wurden, die als nicht vertrauenswürdig bezeichnet wird. Auch die Veranlassung eines Festsessens aus Anlaß der Fertigstellung des Verbandshauses wird durch diesen und einen zweiten, gleichfalls angenommenen Antrag beurteilt. — Ferner wurde ein Antrag angenommen, welcher verlangt, daß die Angestellten bei Anträgen, die sich auf Regulierung ihrer Gehälter beziehen, kein Stimmrecht haben. — Ein ebenfalls angenommener Antrag der Bauarbeiter wünscht, daß auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den rückständigen Industriebezirken hingewirkt werde. — Ein Antrag, der für die Delegiertenwahl einen anderen Modus verlangt, bei dem die einzelnen Branchen berücksichtigt werden, wurde abgelehnt. — Nachdem die Versammlung einige auf Formalitäten der Kandidatenliste bezügliche Beschlüsse gefaßt hatte, wurden die Kandidaten für den Verbandstag aufgestellt.

## Aus aller Welt.

### Eine Hammerstein-Reminiszenz.

Ein Stadtbrief der Baseler Staatsanwaltschaft ruft die schöne Zeit der Hammerstein-Periode in der „Kreuzzeitung“ ins Gedächtnis zurück. Flora W., einst die bevorzugte Geliebte des Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“ und Reichstagsabgeordneter Freiherrn v. Hammerstein, wohnte seit längerer Zeit im Dinninger Schloßchen, eine Pension in der Nähe von Basel (Schweiz). In der Stadt Basel selbst durfte sie nicht wohnen, da sie hier bereits 24 Jahre Gefängnis wegen schwerer Erpressungen verbüßt hat. Neben die erforderlichen Reize, um Männer der besten und vornehmsten Kreise zu fesseln, verfügt die Flora nicht mehr, sie hat deshalb ihr Gewerbe etwas geändert. Während sie sich früher den Männern selbst hingab, führte sie ihnen in letzter Zeit junge Ware, zum Teil Mädchen unter 18 Jahren, zu. Um das Geschäft voll auszunutzen, beging sie neben der Kuppelerei an ihren Kunden die üblichen Erpressungen. Vor einigen Wochen hat sich nun ein hochangesehener Arzt in Basel vergiftet, weil er sich der Erpressungen der Frau nicht mehr erwehren konnte. Durch diesen Fall wurde das Treiben der Frau bekannt und die Staatsanwaltschaft leitete eine Strafuntersuchung gegen sie ein. Als man den Vogel einfangen wollte, war er bereits ausgeflogen.

### Schreckenstag einer Mutter.

Eine schwere Bluttat, die offenbar in einem Anfälle von Selbstvergiftung verübt wurde, wird aus Ulm gemeldet. Die 82 Jahre alte Ehefrau des Schweigers Marien fand sich am Montag im Amtsgerichtsgefängnis ein und machte die Anzeige, daß sie ihre drei Kinder, von denen das älteste 6 Jahre, das jüngste vier Monate war, in Abwesenheit ihres Mannes in der Wohnung aufgehängt habe. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit

dieser Anzeige. Die Kinder wurden an der Zimmerdecke und am Türpfosten hängend tot aufgefunden.

### Grubenkatastrophe in Belgien.

Ein schweres Grubenunglück hat sich in der Nacht zum Dienstag in der Grube Streji-Bracquignies bei Mons zugetragen. Durch Bruch eines Wasserrohres wurde ein Schacht überflutet. Ein Gewölbe brach ein und das Wasser stürzte mit großer Schnelligkeit hinunter. Es stieg bis zu 70 Meter Höhe. Neun Arbeiter und 22 Pferde sind ertrunken. Außerdem ist ein Haus eingestürzt. Auf der Grube sind insgesamt 680 Arbeiter beschäftigt, die jedenfalls mehrere Monate feiern müssen.

### Der Schneesturm in New York.

Nach einem Telegramm aus New York sind im Ostende der Stadt während der letzten 24 Stunden etwa fünfzig Grände ausgebrochen, doch kann die Feuerwehr nur langsam ihren Weg nach den Brandstätten gehen, da der tiefe Schnee die Straßen sperrt. Auch sind die Hydranten und Schläuche eingefroren. Der Verkehr New Yorks ist fast ganz lahmgelegt. Der Betrieb der Trambahnen und Hochbahnen ist eingestellt. Sechs Schiffe sind an der Küste der Neuenlandstaaten gescheitert. Etwa zwanzig Menschen sind umgekommen. Es scheint andauernd weiter. Die Stadt befindet sich in einer schlimmeren Lage als zur Zeit des schweren Blizzards im Jahre 1888.

### Kleine Notizen.

Das preussische Ideal. In Warschau und Lodz wurden Passenderhaltungen von Arbeitern vorgenommen, die im Verdacht standen, einen Ausstand vorzubereiten. Der Grund des beabsichtigten Streiks ist die Nichtzahlung der Arbeiter über die Durchführung der Versicherungsgehalte.

Auf der Flucht niedergeschossen. Wie gemeldet, sind aus dem Gefängnis in Windau in den russischen Ostseeprovinzen drei Sträflinge entflohen. Auf der Flucht hieß sie von den hier verfolgten Polizeibeamten niedergeschossen. Alle drei blühten den Drang zur Freiheit mit ihrem Leben.

Ein blutiger Konflikt. Zwischen Schülern einer wasserwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Schule in Escorial (Frankreich) und jungen Rekruten der benachbarten Gemeinden kam es zu einem Handgemenge, weil die Schüler den Soldaten ihr Getränk nicht bezahlen wollten. Ein Schüler wurde getötet, mehrere wurden schwer verletzt. Einschreitende Polizeibeamte feuerten in der Notwehr auf die Rekruten, von denen mehrere verwundet wurden.

### Jugendveranstaltungen.

**Pankow-Niederschönhausen.** Jugendheim. Mittwoch: Mädchenabend, Freitag, den 6. März: 4. Vortrag über „Deutsche Geschichte“.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sachverständigen sind Mandat Nr. 69, vorn vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentags von 4¼ bis 7¼ Uhr abends, Sonnabends von 4¼ bis 6 Uhr abends. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anträgen, denen keine Abnommenbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Unklare Fragen tragen man in der Sachverständigen Nr. 76. Solange der Schuldner nicht einen Einzahlungsbescheid einreicht und die im Einzahlungsbescheid genannte Summe hinterlegt hat,

kann mit Zwangsversteigerungsmassregeln vorgegangen werden. Die Einlegung der Berufung ist von der erfolgten Hinterlegung nicht abhängig. Gewinn der Beflagte den Betrag, so bekommt er das hinterlegte Geld zurück. — **Fr. R. 80.** Ihre Frau kann Waisen einer beliebigen Lohnklasse weiterleben. — **W. 1. 1. Ja.** Soweit zur Deckung der besonderen Ausgaben nicht erforderlich. 2. Ja. 3. Nur dann, wenn vorher vereinbart, andernfalls besteht nur Anspruch auf Zahlung der Beitragsanteile. — **B. R. 18.** 1. Die weiter als vier Jahre zurückliegenden Ansprüche unterliegen der Verjährung. 2. 30 R. monatlich. Außerdem die Einblendungs- und Sechswochenkosten, die ebenfalls in vier Jahren verjähren. 3. Bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Vater zuletzt im Inland seinen Wohnsitz hatte. Eventuell mit dem dortigen Konsulat in Verbindung setzen. 4. Einen Ausbruch auf Herausgabe des Kindes hat der uneheliche Vater nicht. — **B. R. 100.** Unleser Erbschaften ja. — **G. S. 175.** 1. Nein. 2. Gefängnis. — **G. R. 29.** 1. Entziehung kann zulässig, wenn Unvollblüt im Sinne des Gesetzes nicht mehr vorliegt. Dafür sind in der Regel ärztliche Gutachten maßgebend. 2. Ja. 3. Bis zum Erben abends. — **W. S. 32.** 1. Sie können aus der katholischen Kirche auscheiden. Eine Verpflichtung dazu haben Sie nicht. 2. Das ist uns nicht bekannt. — **W. S. 34.** — **H. R. 41.** Ihre Schwiegermutter kann auch Witwenrente beanspruchen, sofern bei ihr Unvollblüt im Sinne des Gesetzes vorliegt. Der Antrag ist unter Uebereinstimmung der Aufrechnungsbestimmungen und der letzten Unvollblüt des Verstorbenen beim Versicherungsamt oder bei der Landesversicherungsanstalt zu stellen. Wegen eines abnehmenden Gehalts kann Berufung beim Übersichtsamt eingeleitet werden. — **S. 22.** 1. Die länger als 4 Jahre zurückliegenden Ansprüche, also im vorliegenden Falle die Ansprüche vom 1. Oktober 1909 bis Februar 1910 sind verjährt. 2. Ja, soweit notwendige Auslagen in Frage kommen. — **C. S. 100.** Es kommt gleichzeitige Kündigung in Frage, die bis zum 15. eines Monats mit Wirkung zum darauffolgenden Ersten zulässig ist, falls der Mietzins nach Monaten bemessen ist. Ist der Mietzins nach längeren Zeitabschnitten bemessen, so beträgt die Kündigungsfrist 3 Monate zum Quartalsersten. — **H. R. 30.** 1. Ja, sofern in der dort gesetzlich vorgeschriebenen Form geschehen. 2. An die Kirchenbehörde, falls die Veranlassung zur Steuer erfolgt ist. — **Witwengemeinschaft.** 1. Gütertrennung oder sogenannte Vermögensgemeinschaft, die den Reichraum des Mannes an dem eingetragenen Gute der Frau einschließt. 2. Falls Gütergemeinschaft bestehen soll, ist diese zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll zu vereinbaren.

**Wartpreise von Berlin am 2. März 1914, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.** Weitz (mitgez), gute Sorte 16,90—17,20, Donau 00,00—00,00. Weitz (mitgez), gute Sorte 14,70—15,00, Richtstroh 0,00 bis 0,00. Heu 0,00—0,00.

**Kartoffelmarktpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Sojabohnen, weiße 35,00—36,00. Samen 40,00—42,00. Rartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,00. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kase 1,60—3,20. Bänder 1,40—3,20. Getreide 1,40—2,80. Sardie 1,00—2,20. Schine 1,60—3,20. Hase 0,80—1,60. 60 Stück Straß 3,50—4,00.

### Witterungsbericht vom 3. März 1914.

Stationen	Barometer stand am 3. März	Windrichtung	Wolkenhölhe	Temperatur	Stationen	Barometer stand am 3. März	Windrichtung	Wolkenhölhe	Temperatur
Schwandau	758	SW	2	1	Charlottenburg	758	SW	2	1
Hamburg	759	SW	1	0	Berlin	757	SW	1	bedekt
Berlin	760	SW	1	bedekt	Seitz	760	SW	1	bedekt
Frankfurt	760	SW	1	Dunst	Übersee	761	SW	1	bedekt
München	761	SW	1	Schnee	Paris	765	SW	1	bedekt
Wien	759	SW	2	Regen					

**Wetterprognose für Mittwoch, den 4. März 1914.** Abkl. und veränderlich, vorherrschend wolfig bei ziemlich trübigen Witterungen; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

# Stoffe

**Masanzüge, Paletots**  
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.  
**Damen-Kostümstoffe**  
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.  
**Original englische Stoffe**  
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.  
**Loden für Pelerinen, Anzüge**  
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.  
**Reste günstigste Kaufgelegenheit.**  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Patriarkirche.

Ohne jede Abzahlung!!  
Reine Kaschier, feine Ratoni  
Bettwäsche, Toppiche,  
Portieren, Bilder, Gardinen,  
Stores, Stopp- u. and. Decken.  
**HATZNER,**  
Gniefandstraße Nr. 41.

# Werkstatt

best. billig Alexanderstr. 29 und  
Sellestr. 5.  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockenfuß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Mäßige Preise.  
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11

**Möbel-**  
**Ausstellung**  
Ausstellung von neuzeitlichen  
Ein- und Zweizimmer-Einrich-  
tungen i. sehlechter godigener  
Geschmackrichtung unter Ber-  
ücksichtigung der Bestrebun-  
gen der Kommission für vor-  
bildl. Arbeiterwohnungen in  
**Höfner's Möbel-Engroshaus**  
Berlin N. 201,  
Veteranenstr. 11, 12, 13.  
Besichtigung frei.  
Abgabe der kompl. Einrich-  
tungen sowie einzelner Stücke  
zu ganz mäßigen Preisen.

Zur  
**Konfirmation**  
empfiehlt  
**KREDIT-FEDER**  
in grosser Auswahl  
Konfirm.-Anzüge Konfirm.-Kleider  
Prüfungs-Anzüge Prüfungs-Kleider  
Schuhwaren Knopf-, Schnürschu-  
Wäsche und Hüte Hemden und Hos-  
Krawatten usw. Koselet und Gürtel

**Kleinste Anzahlung**  
1 Mark Wochenrate 1 Mark  
**Meine Preise** sind trotz Kreditgewährung  
bussert niedrig bemessen,  
und ist die Auswahl wie im größten Spezialgeschäft  
**Knaben u. Mädchen erhalten**  
**schöne Präsente**  
Achten Sie auf blauweisse Schilder!

**Brunnenstrasse 1**  
**Frankfurter Allee 89**  
**Kottbuser Damm 103**  
**Charlottenburg, Scharrenstr. 5**

**Raucht**  
**August Bebel-Cigaretten** Ges.  
gesch.  
Nur Qualität  
Preis 2, 2½, 3 und 5 Pfg.  
Überall zu haben.  
General-Vertrieb für Deutschland Hagen i. W., Königstr. 15. Tel. 2767.  
Tüchtige eingel. Vertreter gesucht.

# Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

# Entfettungstee

„Graziana“, rein natürlich aus  
Meerespflanzen (Fucus vesiculosus),  
deren fettzersetzende Wirkung  
wissenschaftl. anerkannt ist. Total  
unschädlich. Kein Abführmittel.  
**Große Gewichtsabnahme**  
ohne strenge Diät, einfache An-  
wendung, nachweisl. hohe Er-  
folge. M. 2.50, 3 Pak M. 7.—  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

# Möbel- **Kredit**

Beim Kauf hierfür 3 R. gut!  
Bis 20. März 5 Proz. Nach-  
lass bei jedem Kauf!  
Denen Sie sich Möbel kaufen,  
sehen Sie sich meine für  
**265** Mark zusammen-  
gestellte solide Wohnungs-  
einrichtung an. Anzahlung  
20 Mark, Abzahlung ganz  
nach Uebereinkunft.  
Ehrlich, Alte Schönhauser Str. 32.

# Ladeneinrichtung

komplett, fast neu, billig beim Ger-  
maller, Bellestr. 5.

# Teppdecken

größte Auswahl, billigst,  
auch Aufarbeiten aller  
Teppdecken.  
**Bernhard Strohmangel.**  
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

**Sie bleiben gesund,**  
wenn Sie Leuzipin  
**Milo-Rund**  
Bester russischer Augen-  
Schnupftabak  
in  
Dosen und Päckchen a 10 Pf.  
durch den Zigarrenhandel.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon **ANZUG** od. **Paletot**  
nach **MESS**, **schick**, **amerik.**, **Zeiten**  
von **25 Mark** an. **Moritz Laband**,  
Neue **Pankow** 8, II. (Städt. Bldg.)



# Zum Frauentag.

## Das Frauenwahlrecht, eine politische Waffe.

Solange die Frauen in der Familie ihren Lebensunterhalt fanden und bei ihrer vielseitigen produktiven Tätigkeit innerhalb der Familie und für diese Kräfte und Talente in vollem Maße entfalten und anwenden konnten, waren ihre Lebenskreise eng; das „Haus ihre Welt“. Das Verlangen nach einem Heraustrreten aus dieser Gebundenheit, in die hinein man geboren wurde, war unbelannt.

Allenfalls in Revolutionszeiten, wenn der allgemeine Freiheitsdrang auch vereinzelte geniale und leidenschaftliche Frauennaturen ergriff, erhoben diese ihre anlagende Stimme und forderten mit begeisternder Beredsamkeit Rechte, die ihnen eine öffentliche und politische Tätigkeit ermöglichen sollten. Mehr oder weniger blieben sie jedoch „Prediger in der Wüste“, so geistreich, leidenschaftlich und anfeuernd ihre Argumentation auch sein mochte. Der große Revolutionär der kapitalistischen Entwicklung mußte erst die Lebensbedingungen der Frau gründlich wandeln, bevor bei ihr das Verlangen nach politischen Rechten und politischem Einfluß allgemeiner und drängender wurde. Dieselben gesellschaftlichen Mächte, die sie lehrten, ihren wohlbegründeten Anspruch auf volles Bürgerrecht zu erkennen, lehrten sie gleichfalls dessen Wert und die Notwendigkeit seines Besitzes. Gleich dem Manne in langer Tagesfron an die Maschine gefesselt, auf dem Bau, in der Ziegelei, im Kontor, im Laden, auf dem Felde oder in der Hausindustrie tätig, erkennt die Frau, daß sie des Wahlrechts bedarf zur Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts, zum Ausbau der Sozialgesetzgebung, zum wirksamen Kampf gegen den Zollwucher, der einen nicht geringen Teil ihres fauer erworbenen Lohnes verschlingt, zur Niederbringung des unerfüllbaren Vampyr Militarismus usw., kurzum, zur Beeinflussung aller gesellschaftlichen Maßnahmen und Einrichtungen, die das Interesse der Frau mit dem öffentlichen Leben verknüpfen. — Am schärfsten fühlt deshalb die Frau das bittere Unrecht und die brennende Schmach ihrer politischen Helotenstellung bei den Wahlen, bei denen sie in aufgewungener Passivität verbarren muß. Just die Proletarierin, die neben dem kapitalistischen ausgebeuteten Manne im Kampf um eine bessere Gegenwart und sonnigere Zukunft steht, empfindet so und rüttelt zähneknirschend an den Ketten ihrer Rechtlosigkeit. Gleich dem Manne von der Not des Lebens gepeinigt, gleich ihm von der Erkenntnis des wirtschaftlichen und politischen Geschehens und seiner treibenden Kräfte durchdrungen; gleich ihm freiheitsdürstig und sonnenhungrig; sieht sie sich der wichtigsten Waffe für den Befreiungskampf ihrer Klasse beraubt.

Die Waffe des Wahlrechts sollte es ihr ermöglichen, Reformen zu erzwingen, die gleichermaßen ihr eigenes Leben und das ihrer Klasse erschellen und deren Kampfesfähigkeit stärken. Das Wahlrecht sollte ihr ferner ein wichtiges Mittel sein zur politischen Erziehung und Erziehung bisher Indifferenter. Gerade sie als die doppelte und dreifache Belastete bedarf vor allem des Wahlrechts zu diesem Doppelzweck. Als der körperlich schwächere Arbeiter, als der weibliche Mensch, der Sonderaufgaben zu erfüllen hat, ist gerade für die Proletarierin die feste Schranke unerlässlich, die durch Gesetz der kapitalistischen Ausbeutung gezogen wird; ist für sie das Mittel zur politischen Erziehung ihrer noch gleichgültigen Geschlechtsgenossinnen eine unbedingte Notwendigkeit. Denn sie alle müssen ja mit klarer Einsicht in das Wesen und die Entwicklung des Kapitalismus erfüllt werden und mit dem Willen der inneren Bereitschaft zur Eroberung der politischen Macht. — Je schneller das geschieht, desto leichter wird die Umwandlung der kapitalistischen Ordnung der Dinge in die sozialistische Gesellschaft. Erst der Sieg des Sozialismus wird der Frau die Befreiung von dem Doppelschloß der Lohn- und der Geschlechtsknechtschaft bringen und damit der Menschheit die Eroberung vollen Menschentums. In dieser Beleuchtung erhält das Frauenwahlrecht erhöhten Wert für die Proletarierin und für die gesamte Arbeiterklasse. Im erbitterten Kampf mit den reaktionären Mächten, die der Arbeiterklasse Aufstieg und Befreiung hemmen und hindern möchten, ist jeder Kämpfer unentbehrlich und die Ausrüstung der Kämpfer mit scharfen und wichtigen Waffen eine Notwendigkeit. Es stehen deshalb auch nicht nur die Frauen im Kampfe um ihr volles Bürgerrecht, in treuer Waffenbrüderschaft gesellen sich ihnen alle in der Sozialdemokratie zusammengeschlossenen Männer zu. Der Kampf um die Eroberung des politischen Wahlrechts der Frau ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Sie bringt diese Überzeugung und den Willen zur Tat erneut zum Ausdruck durch die Veranstaltung unseres diesjährigen Frauentages am 8. März.

## Agitationsmaterial für den Frauentag.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Probenummern der „Gleichheit“ für die Werbung neuer Leserinnen beim Frauentag und in der roten Woche gern unentgeltlich vom Verlag J. D. W. Dieb, Stuttgart, Furtbacherstr. 12, abgeholt werden. Es empfiehlt sich schleunigste Bestellung, damit das Material rechtzeitig vor dem Frauentag in den Händen der Besteller ist.

Ferner weisen wir wiederholt auf die im gleichen Verlag erschienenen und ebenfalls von der Genossin Zeitlin herausgegebene vorzügliche Frauenwahlrechtszeitung hin.

## Reichstag.

226. Sitzung, Dienstag, den 3. März 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Lisso, Kraetke.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

### Kleine Anfragen.

Abg. Keil (Soz.):

Pressemittelungen zufolge sind beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigsburg eine größere Anzahl Mannschaften infolge Genusses gesundheitschädlicher Wurst erkrankt. Kann der Reichszentralrat Auskunft geben über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?

Württembergischer Generalmajor v. Grävenitz:

Bei dem Württembergischen Trainbataillon Nr. 13 waren 18 Mann an Paratyphus erkrankt, der auf den Genuss von Wurst zurückzuführen ist. Der Verlauf der Krankheit war günstig und sämtliche Mannschaften sind genesen. Es ist geprüft worden, ob bei der Herstellung und Abnahme etwas verdammt worden ist. Das hat sich nicht feststellen lassen. Die Abnahmebestimmungen sind im vorigen Jahre noch verschärft worden. Es ist immer möglich, daß Krankheitserreger in die Wurst kommen, ohne daß sie

sich gleich durch Farbe oder Geschmack der Ware feststellen lassen. Eine Sicherheit ergibt erst die bakteriologische Untersuchung, die naturgemäß erst eintreten kann, wenn die Leute bereits erkrankt sind. Es ist wohl möglich, daß die verhältnismäßig warme Witterung jener Tage die Entwicklung der Krankheitserreger begünstigt hat, es haben sich aber bisher keine Anhaltspunkte ergeben, daß gegen die Lieferanten oder die Aufsichtsbeamten ein Vorwurf zu erheben wäre. Durch Vorschriften kann man solche Vorfälle nur einschränken, aber nicht völlig verhindern.

Abg. Brey (Soz.):

Kann der Reichszentralrat Auskunft darüber geben, welches die Ursachen der Explosion in der Kautschukfabrik Lichtenberg-Kummelsburg sind, und werden Maßnahmen ergriffen, die vor einer solchen Katastrophe ausreichende Sicherheit gewährleisten?

Ministerialdirektor Caspar:

Sofort beim Eintreffen der Kunde von dem besagten Unglücksfall in Kummelsburg hat der Reichszentralrat das zuständige Reichsamt des Innern beauftragt, an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Die Ursache der Explosion hat noch nicht festgestellt werden können. Es werden noch die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen und der Sachverständigenuntersuchungen abzuwarten sein. Ausgegangen ist die Explosion von einem Apparat, in dem Nitrobenzol hergestellt wird. Dieser Stoff wird in den Farbenfabriken aller Länder in der gleichen Weise und in Kummelsburg seit dreißig Jahren hergestellt. Der Apparat war, soweit die Befichtigung erkennen ließ, ganz in der üblichen Weise gebaut. Sobald die Ursache des Unglücks festgestellt, werden die zuständigen Behörden nicht zögern, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Darauf wird die

## zweite Beratung des Postetats

fortgesetzt.

Abg. Kiel (Sp.):

Die Massenhaftigkeit der Petitionen von Postbeamten beweist, daß noch sehr vieles in den Verhältnissen der Beamten zu wünschen übrig läßt. Wir halten die Einrichtung von Beamten-Ausschüssen für sehr wichtig und wertvoll für beide Teile. Das Petitionsrecht darf den Beamten in keiner Weise gekürzt werden. Doch sollten die Beamten nicht einzeln petitionieren, sondern durch ihre großen Organisationen, damit einheitlich vorgegangen werden kann. Das Weltereinheitsporto wird hoffentlich bald durchgeführt. — Unsere Partei mit der gepanzerten Germania ist wirklich nicht schön, unsere Künstler sollten veranlaßt werden, die Germania in etwas idealer Form darzustellen. — Die Paketbeförderung muß beschleunigt werden. Die Bestimmungen über den Versand von Drucksachen sind ganz unklar. Redner trägt dann noch einige zum Postetat gehörende Wünsche vor.

Abg. Merzin (Sp.):

Die Postagenten möchte auch ich dem Staatssekretär wieder an sein warmes Herz legen. — Die weiblichen Kräfte bei der Post haben sich nur im Telephondienst gut bewährt. Auf keinen Fall geht es an, daß 16-jährige junge Mädchen in kleinen Postämtern alten Beamten Vorbildungen machen können. — Die postlagernden Sendungen sollten, wenn nicht verboten, so doch sehr eingeschränkt werden. Bei den Ausführungen des Abg. Ebert über Rabern möchte ich denken: welche verkehrte Welt! Sonst sind es gerade die Herren der Eisen, die die Beamten angreifen und über Vertuschung von Verfehlungen der Beamten durch die Verwaltung Beschwerde führen. Und nun muß ausgerechnet Abg. Ebert dem Staatssekretär vorwerfen, er schäme seine Beamten nicht genügend. (Sehr gut! rechts.) Vorwürfe hat Oberst Keuter in der Öffentlichkeit gar nicht erhoben. Befriedigt ist durch die Untersuchung, daß von der Verwaltung als nicht zu bestellen bezeichnete Poststellen trotzdem besetzt worden sind. (Hört! hört! rechts.) Erfreulicherweise handelt es sich hier offenbar nur um Ausnahmefälle, im allgemeinen ist unsere Beamtenenschaft die beste der Welt. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Kraetke:

Ich wundere mich, daß gerade ein Vertreter der Rechten, die uns immer vorwirft, wir wirtschaften zu teuer, sich dagegen wendet, daß in kleinen Postämtern weibliche Hilfskräfte beschäftigt werden. Die Entwicklung der Telephoniepraxis mag in Amerika schneller vor sich gehen, weil dort die Angestellten nicht Beamte, sondern abhängig sind von den Gesellschaften und daher freier der Gefahr der Entlassung ausgesetzt sind, wenn sie nicht das Höchste leisten. — Ueber die teureren Telephonengebühren auf dem Lande sollten die Herren nicht klagen, die den Telephontarif, der die Einzelgesprächsgebühr davor, abgelehnt haben. (Sehr richtig! rechts.) — Dabon, daß Petitionen den Beamten verboten seien, ist keine Rede. Ich hindere die Herren Abgeordneten auch keineswegs, in Veranlassungen der Beamten zu gehen; das ist Geschmackssache. Aber ich wundere mich allerdings darüber, daß die Herren dort ohne die Stellung der Verwaltung zu kennen, Wünsche der Beamten ohne weiteres für berechtigt erklärt haben. — Die telephonische Verbindung mit England wird ständig im Auge behalten. Die Legung von Unterseekabeln machte früher große Schwierigkeiten. Wir sind jetzt mit Holland in Verbindung getreten, damit wir das von dort nach England gelegte Kabel benutzen können. Später wird auch ein Kabel direkt zwischen England und Deutschland gelegt werden. Allerdings wird das so teuer herzustellen sein, daß Dreiminutengespräche 10 bis 15 M. kosten werden. — In dem Bestreben, die Zahl der Postagenturen nach Möglichkeit zu vermehren, gehen wir mit dem hohen Hause einig. (Bravo! rechts.)

Abg. Brandts (Pol.):

Briefe, die eine Aufforderung an russische Arbeiter usw. zur Auswanderung enthalten, worden von der russischen Behörde zurückgehalten. Dagegen sollte die deutsche Postverwaltung protestieren. Briefe mit politischen Adressen werden noch immer schikanös behandelt. Auf Denunziation des Dörmarsenvereins sind eine Reihe polnischer Postbeamten aus ihrer Heimat vertrieben worden. Wegen die Dörmarsenzulage werden wir selbstverständlich wieder stimmen zum Protest gegen die preussische Antipolenpolitik. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Kraetke:

Mit dem Dörmarsenverein bin ich noch nie in Verbindung getreten, alle Verfehlungsgehalte werden von der betreffenden Verwaltung, in einzelnen Fällen auch vom Reichspostamt geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt. — Auf die russische Postverwaltung haben wir keinen Einfluß.

Abg. Werner-Siechen (Antif.):

Spricht für die Dörmarsenzulagen, resp. ihre Ausdehnung auf alle gemischtsprachigen Gebiete. — Beamtenauschüsse sind notwendig. — Wegen die Verwendung von Frauen im Telephon- und Telegraphenverkehr läßt sich im allgemeinen nichts sagen. — Mit der Verwendung von Frauen bei den Postämtern dritter Klasse sind die meisten Postverwalter nicht einverstanden. Daß die Frauenarbeit die Löhne und Gehälter drückt, darüber sind sich auch die organisierten Arbeiter klar. — Der Verkehr mit postlagernden Sachen hat sich speziell in Großstädten zu einem Unfug ausgebildet, dem gesteuert werden muß. Unfug wird auch mit der Postkassette gemacht; was sagt der Staatssekretär dazu, daß in Pirna im Annoncenteil des Telephonbuchs die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ empfohlen wird. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Zubeil (Soz.):

Wie im Falle des Obersten Keuter hat die Postverwaltung stets nach oben hin Entschuldigungen, während sie nach unten hin strenge vorgeht. Der Staatssekretär verläßt, die für ihn peinliche Angelegenheit auf ein anderes Gebiet hinüberzu spielen, indem er auf die im Hause sitzenden Sozialdemokraten losfährt. Es dürfte ihm aber sehr schwer werden, nachzuweisen, daß von uns häufig ungenaue Anschuldigungen gegen Beamte erhoben werden. Unsere Aufgabe ist, die Unterbeamten gegen grobe Behandlung und gegen Uebergriffe der Vorgesetzten zu schützen, und das werden wir auch in Zukunft tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Den Staatssekretär möchte ich fragen, ob die Postfreiheit sich auch auf den Wertebereich in Nordhausen ausdehnt. Ein Kuriosum ist, daß im Oktoberleber Drucksachen von einem Kilo 30 Pf. kosten, dagegen nur 20 Pf., wenn sie in vier Briefe verpackt werden. Die Frauenarbeit wollen wir keineswegs verbieten. Freilich wollen wir die wirtschaftlichen Verhältnisse gerne so gestalten, daß der Mann seine Familie ernähren kann. Gerade bei den Postbeamten müssen die Frauen oft in hohem Maße zum Unterhalt der Familie noch etwas mitverdienen. Aber gegen die Anstellung der Frauen als Beamte haben wir nichts einzuwenden, freilich müssen sie so bezahlt werden, daß sie

nicht als Lohnbrüder

wirken. Wir halten es auch nicht für eine Herabsetzung eines Unterbeamten, eine Frau als Vorgesetzte zu haben. Die Behandlung und der Lohn wird auf den Beamten, wo das der Fall ist, sicherlich ein anfänglicher werden. Postüberstellungen werden bei einfachen Leuten streng verfolgt, wegen lumpiger 10 Pf. wird oft eine Strafe von 3 M. eingetrieben. Als aber in Bochum ein Fabrikdirektor sich ohne Wissen der Postbehörde einen Nebenanschlus ins Schlafzimmer gelegt hatte, sah man das einfach als Mißverständnis an; man nahm lediglich den Nebenanschlus fort und machte den Herrn auf die Bestimmungen aufmerksam. Trotzdem fand man im nächsten Jahre bei der Revision den Anschlus wieder hergestellt, aber wiederum begnügte man sich mit der Annahme eines Mißverständnisses. Als derselbe Herr einen Unterbeamten durch das Telefon auf gräßliche Beleidigung, sagte der Postdirektor zu dem Beamten, der um Schutz bat, er möchte gern aus der Sache heraus, weil er gesellschaftlich mit dem Direktor verkehre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ganz kolossal häufen sich auf unseren Kantern die Aufsichtsorgane. Sie haben für die Postverwaltung lediglich die Bedeutung als Polizeibeamte. In Berlin hat man sogar einen Verkehrsprüfer eingesetzt. Eine Neuordnung der Tagelöhner wäre dringend nötig. In Berlin, Frankfurt a. M. und Köln erhalten die Postbeamten eine Tageszulage von 50 Pf. pro Tag, an anderen Orten kommen Sätze von 10 Pf., 20 Pf., 30 Pf. vor, selbst wirtschaftlich und häufig zusammenhängende Gebiete wie Groß-Berlin werden verschieden behandelt. Hamburg, Altona und Leipzig stehen mit Berlin auf einer Stufe, dort ist der Satz aber 20 Pf. weniger. Die im Eisenbahnanhangendienst beschäftigten Beamten bitten um eine Zulage von 50 Pf., wie sie auch die Eisenbahnbeamten erhalten. Die Beschäftigungszulage der Postboten, die jetzt in diesen Dienst hineinkommen, beträgt nur 30 Pf., während die früher Hineinkommenden 50 Pf. erhalten. Nach einer Verfügung der Oberpostdirektion in Königsberg i. Pr. die Benutzung eines Kades verboten worden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Erschöpfung ihres Dienstes schlimmster Art. — Der Bahnpostdienst ist ein überaus schwieriger. Fahrten bis zu zwölf Stunden sind nichts Seltenes, wobei von Ruhe keine Rede sein kann. Die Werbetransporte der Beamten haben daher bedeutend zugenommen. Unbedingt bedarf die Ausstattung der sogenannten Weisagen einer erneuten Prüfung. In den ungeheizten Wagen müssen die Begleiter oft bis zu 10 Stunden in der bittersten Kälte ausharren. Dabei fehlt ihnen warme Kleidung und warmes Schuhwerk, das die Bahnverwaltung ihrem Personal seit langem stellt. Auch die Kufenaltersräume, die den Bahnpostkoffern auf den Stationen zur Verfügung gestellt werden, spotten jeder Beschreibung. Hat der Staatssekretär noch nie ein Herzblatt des Reichsgesundheitsamts in der Hand gehabt, in dem auf die Wichtigkeit gesunder Aufenthaltsräume hingewiesen ist? Wer in die Orisankrankenhäuser nicht eintritt, dem wird jedes Unterstützungsgesuch abgelehnt. Der Reichszuschuß für die Krankenkassen ist viel zu gering; ihre Ausgaben übersteigen weitlich die Einnahmen, trotzdem die Leistungen niedrig sind. Wir haben beantragt, den Reichszuschuß für dies Jahr um 100 000 M. zu erhöhen, damit die Kassen leistungsfähig werden. Eine Vertrags-erhöhung, die ja allerdings immer ein sehr unangenehmes Mittel ist, ist notwendig. Die Organisationen haben die Aufgaben, auch die jüngeren Beamten, die augenblicklich keinen großen Vorteil von den Kassen haben, von dieser Notwendigkeit zu überzeugen. — Unhaltbar ist der Zustand, daß mancher Postbeamte von einem Postvertrauensarzt, der sie für krank erklärt, zu einem anderen Vertrauensarzt geschickt werden, der dann ihre Arbeitsfähigkeit bescheinigt. (Hört! hört!) — Aus den Reihen der Telegraphenarbeiter sind mir soviel Klagen über unberechtigte Sparbarkeit zugegangen, daß ich bis morgen früh reden möchte, wenn ich sie alle vorbringen wollte.

Ich komme dann zu den einzelnen Postämtern. Beim Postamt 39 wird darüber geklagt, daß die Bestelgänge der Beamten zu ausgedehnt sind; es müßte das Personal vermehrt werden. Trotzdem in den letzten 14 Jahren eine Menge Straßen in seinem Bezirk ausgebaut sind, ist die Zahl der Beamten nicht vermehrt worden. Darunter leidet natürlich auch das Publikum. Eine Untersuchung ist im vorigen Jahre eingeleitet, aber die Oberpostdirektion hat eine Verringerung abgelehnt. Können die Briefträger nicht alles bestellen, so werden ihnen Geldstrafen auferlegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dem

Obersekretär Mittelstädt

sollte „Knigges“ Umgang mit Menschen“ zur Verfügung gestellt werden. Seine ständige Nebenart auch zu alten Beamten ist: Ihnen gehört ein Stett vor den Kopf und darauf geschrieben: „Hier kann Schutt abgeladen werden.“ (Weiterkeit rechts.) Da die Dienststunden für die Ausführung der Arbeiten viel zu kurz bemessen sind, muß eine große Anzahl Leberstunden geleistet werden. Alle Vorstellungen sind bis jetzt unberücksichtigt geblieben. Hier wird Raubbau mit der Kraft der Beamten getrieben. Das müßte auch Herr Direktor Vorberg merken, da eine auffallend große Zahl Briefträger dieses Amtes im letzten Jahre krank geworden sind. — Auf dem Amt 40 läßt die Behandlung der Unterbeamten durch den Direktor und seinen Obersekretär sehr viel zu wünschen übrig. Ich erwarte, daß hier eine strenge Untersuchung stattfindet. Die Behandlung eines Teils der Obersekretäre auf diesem Amt ist geradezu unwürdig. Den Obersekretär läßt der Direktor schalten und walten wie er will. Junge Beamte werden älteren vom selben Range als Aufsichtsorgane vorgelegt. Auf allen Kantern sind

schwarze Listen

eingeführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Verfehlten Unterbeamten wird von vornherein gesagt: Wetzogen Sie sich auf meinem Amte aber besser als auf dem früheren. (Sehr gut! rechts.) Die Beamten haben keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, was in den schwarzen Listen steht, sie sind vogelfrei. Auch auf diesem Amt ist die Zahl der Aufsichtsbeamten sehr groß. Auf dem letzteren Bahnhofamt haben sich die Beschwerden erst gehäuft, seitdem der

neue Direktor im Dienst ist. Die Behandlung auf diesem und anderen Postämtern ist genau wie in der Kaiserzeit. Einige Beamte, die sich die Behandlung nicht gefallen lassen wollten, wurden nach dem Tode von ihrer Wohnung entfernt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eben krank gewesene Beamte, denen der Arzt Schonung anbefohlen hatte, wurden sofort in den zugehörigen Postamt gesteckt, so daß sie wieder krank wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verfügung, daß Krankenatteste mit der Post eingeliefert werden können, existiert für diesen Postdirektor nicht. Selbst ein fieberkranker Beamter mußte sein Krankenattest persönlich vorlegen. Der Postdirektor sollte sich einer solchen Behandlung kranker Beamter schämen. (Präsident Raempfer erhebt den Redner, sich in seinen Ausdrücken zu nähigen.)

Den Gratifikationen stehen wir nicht sympathisch gegenüber. Statt dessen sollten die Überstunden bezahlt werden. Dann würde dem

#### Krieger- und Denunziantenwesen

der Boden entzogen werden. Die Ausschüttungsgelder, die für Rotfälle der unteren und mittleren Beamten bewilligt sind, gehen meist nach oben. Auf dem genannten Postamt soll der Direktor und der Obersekretär einen großen Teil der Gelder erhalten haben. Dagegen wurde die Unterhaltung eines notleidenden Unterbeamten abgelehnt (Hört! hört!) und erst auf Anordnung des Staatssekretärs wurden ihm 100 M. bewilligt. Einem Oberhelfer auf diesem Amt, der sich verheiratet wollte, wurde der Urlaub nur gewährt, wenn er einen Vertreter stellte und nachher Nacharbeit leistete. Natürlich mußte er in den sauren Apfel beißen. (Heiterkeit.) Sehr gebessert hat sich der Direktor Wegner auf dem Amt 88, nachdem er von hier mehrere Jahre hindurch seine Strafpredigt bekommen hatte. Ich begriffe es nicht, daß er, der so ein alter Herr, — er ist noch älter als ich — sich noch als Besserungsfähiger erweisen hat. (Heiterkeit.) Ein bei allen Postämtern sehr beliebter Posthelfer hatte vor dem Direktor besonders unbeliebt. Wenn er fortierte, stand der Direktor mit der Uhr daneben. Ueberall wurde er gequirelt. Er war häufig krank und im August vorigen Jahres starb er plötzlich. Am Begräbnis nahm der Direktor teil und da sagte er zu der Frau: Ihr Mann ist viel zu früh gestorben, ich habe einen der besten Unterbeamten an ihm verloren! Die Abendropfenpause von dreißig Minuten ist den Beamten noch um zehn Minuten gekürzt worden. Meine Bitte, daß auf dem Schüttelwerk die Postkade aus dem Ausland wenn sie geleert sind, erst gereinigt werden, um Krankheitsübertragungen zu verhindern, ist leider unerfüllt geblieben. Auf dem Postamt Charlottenburg 2 in der Goethestraße ist das Personal aus dem Jahre 1883 überliefert. Am 9. Februar haben dieses Jahr die Beamten ganze 8 März für die diesen Überstunden zur Weidenschaft erhalten! Ganz Westend gehört zu diesem Postamt! Alle Anträge auf Besserung der Zustände werden von der Oberpostdirektion abgelehnt. Wenn der Direktor einmal die Verhältnisse prüft, sagt das Aufsichtspersonal seit zu und es werden Ausschüsse zugezogen von anderen Ämtern, ohne daß der Direktor etwas davon ahnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Welche! weist der Staatssekretär die Oberpostdirektion an, daß hier eine Änderung eintritt. So wird geplant, eine Anstalt zu schaffen, um die Säde nach unten zu befördern. Dadurch würden die Oberhelfer sehr entlastet. Aber dieser Plan wurde vom Postinspektor Spiegel als zu teuer abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Dienstzeit der Beamten ist zum Teil so lang, daß von einem Ausruhen keine Rede sein kann. In Westend hätte schon längst ein Hilfsamt eingerichtet werden müssen. Einem Unterbeamten wurde verboten, einen Weder anzustellen, weil sich die unter ihm wohnende Mieterin über die Ruhestörung beschwerte. (Hört! hört!) Aber kommt der Beamte etwas zu spät, so ist ihm 1 Mark Strafe sicher. In den Sortierkassen, wo bis hundert Menschen beschäftigt sind, ist nur ein ganz kleiner Ventilator vorhanden. Auch hier wird über die Verteilung der Ausschüttungsgelder geklagt.

Nun noch einiges über Reutlingen. Hier führt ein Herr das Regiment, der sich selbst als

#### Mann ohne Nerven

bezeichnet hat. Ein kranker Briefträger wurde so überlastet, daß er auf der Straße zusammenbrach. Bis dahin hatte der Vertrauensarzt nicht für nötig gehalten, ihn zu untersuchen. — Jetzt liegt er monatelang krank; wer zahlt nun die Kosten? Ueberhaupt sind die Briefträger in Reutlingen sehr überanstrengt. Durch einen ausgedehnten Spionendienst werden die Briefträger übermüdet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Oberpostdirektor inspizierte einmal das Amt. Der Postdirektor hatte davon Wind bekommen, und es wurden alle liegengelassenen Sachen eingeschlossen. Solche Inspektionen sollten immer unangemeldet erfolgen, dann würden die Herren ihr blaues Wunder auf manchen Postämtern erleben! — In Großkreutz sind die Gratifikationen ganz abgelehnt worden, Überstunden werden weder notiert noch bezahlt. In Biegenhals wird über den großen Hunger im Schichtraum geklagt, der Raum ist ungesund, die Fenster zerfallen. In Straßund soll auf dem Hauptpostamt die Behandlung der Unterbeamten so schlecht sein, daß sich eine Reihe Beamte frühzeitig haben pensionieren lassen. — Der Direktor spricht nicht mit seinen Beamten, er brüllt sie nur an. — Ich habe Ihre Zeit wieder lange in Anspruch genommen. Es sollte mir Freude machen, wenn ich mich im nächsten Jahre länger lassen könnte. Aber ich habe die Hoffnung noch nicht. So lange das jetzige Oberhaupt der Reichspost an dieser Stelle steht, werden die meisten meiner Wünsche und der Wünsche der Postunterbeamten kaum in Erfüllung gehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Staatssekretär Kracke:

Ich habe während der Ausführungen des Vorredners das tief niederdrückende Gefühl gehabt, daß hier das höchste Recht des Abgeordneten, die Redefreiheit ausgenutzt wurde (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Sie haben hier keine Zensur zu erteilen!), um treue Beamte zu beschuldigen auf Grund einseitiger Zusage. Wir bleiben mir übrig, ernstlich gegen diese Angriffsweise zu protestieren. Protestieren muß ich ferner dagegen, daß der Abg. Jubel sich erlaubt hat (Anruhe bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Was erlauben Sie sich denn? Präsident Raempfer: Ueber das, was ein Abgeordneter sich erlauben darf, habe ich zu befinden); also ich protestiere dagegen, daß Herr Jubel einen Beamten, den er angegriffen, als seinen „alten Freund“ bezeichnete. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Vorher Zweikampfs-Interpellation des Zentrums, zurückgestellte Abstimmungen, nachher Kolonialetat.)  
Schluß 7 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung, Dienstag, den 3. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Lenge, v. Dallwitz.

### Das Kommunalabgabengesetz.

Vor dem Haus in die Verhandlung eintritt, findet die feierliche Vereidigung der neuen Mitglieder durch den Präsidenten Schwerin-Schwinn statt. Darunter befinden sich die Abgg. Braun, Haenisch, Paul Hoffmann und Hofner. Darauf wird die Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes fortgesetzt.

#### Abg. Althoff (natl.):

Die Gemeinden haben in den letzten Jahren Bedeutendes auf dem Gebiete der Hygiene und Sozialpolitik geleistet. Um die umfangreichen Ausgaben für solche Kulturwerke bestreiten zu können, beantragte ich die Reduktion der Steuern, Reutlingen. Für den

müssen die Gemeindeverwaltungen neue Steuerquellen anbahnen. Es ist zu begrüßen, daß der Staatsgrundbesitz der Besteuerung durch die Gemeinden unterworfen werden soll. Die Ausführungen des Redners, der sich im weiteren gegen die kommunale Besteuerung der Bergwerksunternehmungen wendet, werden von den Beiratsmitgliedern der Abgeordneten überhört. Wenn man die Betriebe immer neu belastet, so gelangt man am Ende noch zu einer Expropriation des Eigentums.

#### Abg. Schrader (f.):

Es ist nicht angängig, die Bergwerksunternehmungen zu den Kommunalsteuern heranzuziehen, da die Industrie bereits zu stark belastet ist.

#### Abg. Baerwald (Op.):

An dem vorliegenden Gesetzentwurf sind noch wesentliche Änderungen vorzunehmen. So lehnen wir z. B. die in dem Entwurf vorgesehenen Gebühren, die das Publikum für Zeugnisse zu zahlen hätte, entschieden ab. Die Eisenbahnen müßten zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Die Ausnahmestellung der Staatsbahnen ist im Zusammenhang mit der herrschenden Gewerbeordnung nicht begründet. Die Grundsteuer ist für die Gemeinden unentbehrlich. Das Unheil, das die Vorkonkurrenz anrichtet, muß durch eine vernünftige Bodenpolitik beseitigt werden. Vor allem treten wir der von konservativer Seite geäußerten Auffassung entgegen, als ob die großen Ausgaben der Gemeinden für das Gemeinwohl, für die öffentliche Hygiene und Kultur, wie die von den Gemeinden eingerichtete Jahrsplege und Speisung von Schulkindern nichts anderes als ein überflüssiger Luxus wären. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

#### Zweite Lesung des Ausgrabungsgesetzes.

Nach einer unwesentlichen Debatte, in deren Verlaufe drei Anträge des Zentrums und der Polen von den Antragstellern wieder zurückgezogen werden, wird das Gesetz unverändert angenommen.

Zur weiteren Verhandlung steht ein Gesetzentwurf betreffend die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungs-Kassen.

#### Abg. v. d. Osten-Barnitz (f.):

Eine wichtige Frage ist, ob den Kassenverwaltungen genügende Rechtmittel gegen Strafverfehlungen zur Verfügung stehen. Wir sehen in dem vorliegenden Entwurf eine zweifelhafte Regelung der Disziplinarverhältnisse der Kassenbeamten. Wir beantragen, diesen Entwurf an die Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen.

#### Abg. Dr. Gottschalk (natl.):

Auch wir erklären uns für die Kommissionsberatung des Entwurfs.

#### Abg. Lippmann (Op.):

Wir wünschen ein Disziplinarrecht für die Kassenbeamten, aber der Uebertragung des durch das Gesetz von 1883 eingeführten Disziplinarverfahrens auf diese Beamten stehen wir ablehnend gegenüber, ebenso der Bestimmung, die das außerordentliche Verhalten der Beamten zu regeln sucht. Das gewährt die Möglichkeit, Kassenbeamten, die bei den Landtagswahlen sozialdemokratisch wählen, zu entlassen. Nach dem § 354 der Weichsel-Verordnung haben die Kassenbeamten das Recht, außerhalb der Dienstgeschäfte sich in religiöser und politischer Hinsicht vollkommen frei zu betätigen. In dieser Bestimmung steht die bisherige Jurisdiktion des Oberverwaltungsgerichtes in einem ungenügenden Gegensatz. Es ist ja verständlich, wenn die Regierung Bedenken hat, Akte der Staatshoheit solchen Beamten zu übertragen, deren politische Ueberzeugung sich gegen die Grundlagen des Staates richtet. Gleichwohl darf dieser Standpunkt nicht maßgebend sein und wir erwarten, daß in der Kommissionsberatung diesbezügliche Änderungen eintreten. Wenn man dies Gesetz als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie benutzen will, so ist das ein vollkommen verfehltes Mittel. (Beifall links.)

#### Abg. Braun (Soz.):

Was den letzten Punkt in den Ausführungen des Vorredners betrifft, so kann ich ihm darin nur zustimmen. Wir treten nicht nur diesem Gesetzentwurf, sondern auch der Kommissionsberatung ablehnend gegenüber, da wir ihn als den Versuch ansehen, die in den Kassenkassen versicherten Arbeiter und die dort angestellten Beamten zu entrechten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen vor allem die Notwendigkeit des Gesetzes nicht ein. Unter dem früheren Gesetz waren die Kassenkassen vorzüglich verwaltet und es liegt nicht die geringste Veranlassung vor, den Kassenkassenbeamten die Qualifikation von Staatsbeamten zu übertragen. Vor allem sind diese Maßnahmen nicht im Einklang mit dem Gesetz, dem der Reichstag zugestimmt hat. Es ist eigenartig, so zu leben, wie die preussische Regierung auf dem Umwege der Ausführung des Gesetzes die Bestimmungen des Gesetzes selbst zu umgehen sucht. In Niederbarnim und in Erfurt hat man Kassenbeamte, die seit vielen Jahren tätig sind und zur Jurisdiction der Verwaltung gearbeitet haben, nicht in die neuen Kassen übernommen, und diesbezügliche Beschwerden sind abgelehnt beantwortet worden. Der vorliegende Gesetzentwurf macht die Prüfungscommissionen, die die sachliche Befähigung der anzustellenden Beamten zu prüfen haben, zu einer

#### leeren Dekoration

dadurch, daß die Entscheidungen der Prüfungscommissionen durch die Vorstehenden der Versicherungsämter aufgehoben werden können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So werden die Kassenkassen der preussischen Verwaltung ausgeliefert.

Der Abgeordnete Lippmann hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der vorliegende Gesetzentwurf die Betätigung der religiösen und politischen Ueberzeugung der Kassenkassenbeamten zu verhindern sucht und auch dadurch auf dem Wege der Ausführung des Gesetzes das Erreichen will, was sich vom Reichstag nicht erreichen ließ. Von Seiten der Behörden ist man vielfach gegen die Kassenbeamten vorgegangen und hat denen, die man nicht direkt entlassen konnte, durch die preussische Musterdienstordnung einen Strich zu drehen gesucht. Es widerspricht vollkommen dem Sinn der Reichsversicherungsordnung, wenn man die Qualifikation des Staatsbeamten auch auf diejenigen Kassenbeamten zu übertragen sucht, die nicht lebenslanglich angestellt sind. Das Verstreben geht dahin, sämtlichen an den Kassen angestellten Beamten den Charakter des Staatsbeamten aufzudrängen, indem man den sogenannten geschäftsleitenden Beamten diesen Charakter durch den vorliegenden Gesetzentwurf verleihen sucht. Die Absicht ist klar. Man will eben alle Kassenbeamten unter die Fuchel und unter die Disziplinarergewalt der preussischen Regierung stellen. Indem man den Kassenbeamten, so sagt man, neue Rechte gewährt, muß man ihnen auch neue Pflichten auferlegen, aber die Kassenkassenbeamten bedanken sich sehr für die Rechte und Pflichten eines preussischen Beamten. Man betraute nur einmal unter Disziplinarergewalt, um das Verhältnis von Pflicht und Recht der Beamten zu erkennen. Man will ein Kampfmittel gegen die politische Ueberzeugung der Kassenkassenbeamten haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen es ferner entschieden ab, daß das Strafrecht gegenüber den angestellten Beamten vom Bürgermeister und vom Landrat vollzogen werden soll und nicht von den Verwaltungskörpern der Kassenkassen selber. Die rechtsstehenden Parteien wünschen eine Vereinfachung der Selbstverwaltung. Früher herrschte ein harmonisches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Kassenkassen; erst durch die neue Ordnung des Versicherungsgesetzes sind die Kassenkassen zu einem

#### politischen Kampffeld

gemacht worden. Das zeigt sich namentlich bei den Wahlen des Vorstehenden der Kassenkassen. Keulich hat man in Kommern Infanterieregiment veranm. Z. B. Ober, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

fogar einen Leutnant a. D. zum Vorstehenden einer Kassenkasse ernannt. Durch das jetzige Vorgehen werden nicht sachkundige, berufsunfähige Beamte für die Kassenkassen herangezogen, sondern Charaktere, die nach oben und unten Leichen sind und dazu beitragen, das Vertrauen zu vernichten, das sich die Kassenkassen erworben haben; den Arbeitern wird die Mitarbeit an der Kassenkassenverwaltung verweigert. Mißtrauen wird an Stelle des Vertrauens treten, das gerade diese sozialen Institutionen am allermeisten brauchen, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen. Deswegen werden wir mit aller Energie gegen dieses Gesetz stimmen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Handelsminister Dr. Sydow:

Der Vortragspunkt des Vorredners macht es mir zu erklärlich, daß er sich nach den schönen Zeiten des alten Kassenkassengesetzes zurücksehnt, wo die Vorstände der Kassenkassen durch einfache Mehrheit gewählt wurden, so daß sich das Uebergewicht der Arbeiterstimmen und der Sozialdemokratie geltend machte. Damals entschied die sozialdemokratische Gesinnungsmehrheit. (Sehr richtig! rechts.) An dieser Organisation hat das neue Kassenkassenversicherungsgesetz eine tiefgreifende Veränderung vorgenommen. Der Reichstag wollte die einseitige Parteiherrschaft in den Kassenkassen beseitigen. Nur die sozialdemokratische Partei hat diesen Zustand für gut erachtet. Die Regierung hat das Recht, Angehörige der Kassen als Beamte zu erklären. Mit Unrecht hat der Abg. Braun der Regierung einen Vorstoß gegen das Gesetz vorgeworfen, wenn sie von diesem Rechte Gebrauch macht. Ferner erhaltet die Kassenbeamten durch eine derartige Maßnahme der Regierung eine gewisse Sicherheit gegen vorzeitige und willkürliche Entlassung. Früher haben viele Kassenkassenangestellte bei einem politischen Richtungswechsel ihre Stellung verloren. Die Kassenkassenbeamten sollen alle Rechte und Pflichten von Kommunalbeamten haben. (Beifall rechts.)

#### Abg. Gronowski (Z.):

Es handelt sich bei dem vorliegenden Entwurf keineswegs um ein Ausnahmengesetz gegen die Kassenkassenbeamten. Früher hat die Sozialdemokratie mit den Kassenkassen Mißbrauch getrieben.

#### Abg. Gaup-Dblath (f.):

Ich stimme den Ausführungen des Ministers zu. Der Abgeordnete Braun wird wohl die Auffassung, daß die Kassenkassen sich mit Politik nicht befassen, nicht ernstlich aufrecht erhalten. So hat die Ortskassenkasse in Schöneberg als Substitutionsorgan den „Vorwärts“ gewählt. (Hört! hört! rechts.) In einem anderen Falle weigerten sich die sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder, in nichtsozialdemokratischen Vereinslokalen die Vorstandssitzungen abzuhalten. In Charlottenburg wurden Mitteilungen der Kassenkasse auf Briefbogen der sozialdemokratischen Partei verschickt.

#### Abg. Braun (Soz.):

Dem Minister habe ich zu antworten, daß es mir oblag, die Motive der Regierung hinsichtlich des vorliegenden Gesetzentwurfs zu kennzeichnen. Inzutreffend sind die von dem Vorredner vorgebrachten Beschuldigungen. Er hat Fälle ohne Ort und Zeitangabe angeführt, die ich deshalb nicht als wahr anerkennen kann. Wir können nicht alle Lügen, die gegen uns vorgebracht werden, berichtigen. Ihre Zeitungen (nach rechts) haben nicht einmal die unwahren Angaben über das Millionenvermögen, das der verstorbene Abgeordnete Weber hinterlassen haben soll, berichtigt. Man bringt einfach unsere Berichtigungen nicht mehr, dann werden wir auch keine mehr schicken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das vom Vorredner kritisierte Vorgehen der Kassenkasse in Schöneberg kann auch ich nicht billigen. Ich habe immer darauf gedrungen, daß derartige Anzeigen in den Blättern aller Parteien publiziert werden. Aber man bedenke dagegen, wie oft

#### konservative Winkelblätter,

die kein Mensch liest, zu solchen Substitutionsorganen benutzt werden. Sie (nach rechts), die Sie selbst das schlechte Beispiel gegeben haben, haben also keinen Grund, sich aufzuregen. Auch die anderen Vermutungen des konservativen Abgeordneten weist der Redner zurück. Durch die neue Dienstordnung sucht man nicht die politische Agitation der Kassenbeamten im allgemeinen, sondern nur die sozialdemokratische Agitation zu bekämpfen. Von einem Mißbrauch des Anstellungsrechtes durch die Kassenkassen kann nicht die Rede sein. Die Konservativen stellen dort, wo sie die Macht haben, sicher keine Sozialdemokraten an (Lachen rechts) und dort, wo die Christlichen vorherrschen sind, machen sie ebenfalls von ihrer Macht Gebrauch; und ganz ebenso stellen wir diejenigen Leute an, zu denen wir am meisten Vertrauen haben und das sind freilich oft Sozialdemokraten. Man hat von sozialistischen Verwaltungsgremien gesprochen. Nach unserer Auffassung sind das solche Gremien, welche das Interesse der Mehrheit der Versicherten, der Arbeitnehmer wahrnehmen. Es kommt ihnen nur darauf an, die sozialdemokratischen Vertrauensmänner trotz der Mehrheit der Versicherten auszuschließen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Gronowski (Z.):

Sozialistische Grundzüge sind nicht identisch mit den Interessen der Arbeiter. Die neue Reichsversicherung bedeutet eine wesentliche Verbesserung.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Der Gesetzentwurf geht an die Handels- und Gewerbe-Kommission.

#### Der Handelsetat.

Nach einer unwesentlichen Debatte kommt beim Titel „Ministergehalt“ ein nationalliberaler Antrag zur Besprechung, durch den die Regierung um Maßnahmen ersucht wird, die bei der in Aussicht stehenden Neuregelung der handelspolitischen Verhältnisse den deutschen wirtschaftlichen Interessen einen wirksamen Schutz gewährleisten sollen.

#### Abg. Dr. Deumer (natl.):

führt zur Begründung des Antrages aus, daß unsere Wirtschaftspolitik nicht vom Standpunkt des Kur-Kommentaren aus, den der Münchener Nationalökonom Professor Brentano irrigerweise vertritt, geleitet werden darf, sondern vom Standpunkt der Produktion. Das Ausland scheint die bestehenden Handelsverträge mit uns nicht erneuern zu wollen. — In seinen folgenden Ausführungen stimmt der Redner ein Loblied auf die bismarcksche Handelspolitik an.

Darauf verlag sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr. Weiterberatung des Handelssetats.  
Schluß 1/2 5 Uhr.

#### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

	am	still		am	still
	2.3.	1.2.		2.3.	1.2.
	cm	cm		cm	cm
Wasserstand	2.3.	1.2.	Wasserstand	2.3.	1.2.
Memel, Elbe	814 <sup>*)</sup>	-6	Saale, Gochsh	190	-9
Bregel, Ankerburg	146	-8	Saale, Gochsh	99	-1
Regel, Thorn	330 <sup>*)</sup>	+35	Saale, Gochsh	88	+8
Oder, Karibor	355	-25	Spre, Spremberg	97	-1
Kroffen	242	+16	Reckum	129	-1
Frankfurt	215	+9	Bejer, Wenden	253	-13
Barthe, Schwinn	308	+4	Wenden	338	-12
Landberg	147	0	Rein, Raminiansau	382	-9
Rege, Borsdamm	84	0	Kaib	292	-13
Eibe, Zeitmerg	165	-13	Kaib	311	-25
Bresden	63	-12	Redar, Heilbronn	130	+5
Harz	328	+7	Rain, Rain	244	-15
Wagdeburg	265	+7	Rain, Rain	147	-16

\*) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Untersegl. — \*) Höchst. — \*) Tiefst.

Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W.